

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis für den Monat 1,10 Mk., für den halbjährlichen 6,00 Mk., für den jährlichen 11,00 Mk., für den dreijährlichen 30,00 Mk. Einzelhefte 5 Pf. Sonntagsblätter 10 Pf. Die Neue Zeit 10 Pf. Postabonnements 1,10 Mk. pro Monat. Eingetragene in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsstelligen Rufnummern oder deren Raum 60 Pf. für politische und gewerkschaftliche Inserate und Veranlassungen 30 Pf. Kleine Anzeigen, das heißt die ersten 10 Zeilen, jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Schiffsvermietungen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Erscheint täglich außer Montags.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Freitag, den 15. März 1912.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Der Klassenstaat gegen das Bergarbeiterheer.

Binden (Westfalen), 14. März. Das Infanterieregiment Prinz Friedrich der Niederlande (2. Westfälisches) Nr. 15 ist mit einer Maschinengewehrkompanie mittels Sonderzügen nach Dortmund abgegangen.

Münster, 14. März. Heute vormittag gehen zwei Bataillone Infanterie und zwei Schwadronen Kürassiere in den Kreis Heddinghausen, ferner ein Regiment Infanterie und zwei Schwadronen Husaren in den Kreis Dortmund ab.

Dortmund, 14. März. Heute nachmittag sind ein Bataillon des Infanterieregiments Nr. 15 mit Maschinengewehrabteilung und zwei Schwadronen Husaren auf dem hiesigen Hauptbahnhof eingetroffen. Die Truppen sind für die Umgegend der Stadt Dortmund bestimmt. In der Stadt selbst hofft man mit den Polizeimaßnahmen auszukommen.

Im Streikrevier ist alles ruhig. Auch in Hamborn ist kein neuer Zwischenfall vorgekommen. Die Bergarbeiter haben Disziplin gehalten, ruhiges Blut bewahrt unter den schwierigsten Umständen. Und trotzdem!

Mittwoch abend noch hat die Regierung die Meldungen, sie wolle Militär ins Ruhegebiet schicken, dementieren lassen. Ueber Nacht hat sie dem Druck der Scharfmacher nachgegeben. Die haben kommandiert und die Regierungsleute sind eingeschwenkt wie die Unteroffiziere. Und als Unteroffiziere, die nur zum Schließen kommandieren können, stehen diese Minister dem gewaltigen Kulturkampf der ausgebeuteten Bergflaven gegenüber, die Minister des Reiches, in dem die Herrschenden unaufhörlich mit ihrer Almosen-Sozialpolitik prunken und in dem man die Maschinengewehrabteilungen mobilisiert, wenn arme Arbeiter von der reichsten Ausbeuterschicht eine bescheidene Besserung ihrer Lage fordern.

Als „roix des gueux“, als die Könige der Armen haben wir so oft in preissenden Festreden die Hohenzollern rühmend hören. Ohne die Zustimmung des obersten Kriegsherrn hätten die Truppen nicht gegen die Armen marschieren können. Im Herrenhause hatte ja kürzlich Herr v. Puttkamer geklagt, daß in Roabit nicht energisch genug vorgegangen, „zweckmäßige“ Anordnungen auf höheren Befehl zurückgenommen worden seien. Der Herrenhäuser hat heute keinen Grund zur Klage mehr.

Mittwoch hat die Zechenbesitzerversammlung über den ungenügenden Schutz der Arbeitswilligen Klage geführt und Militär verlangt. Und nach Militär haben im Verein mit den Scharfmachern die christlichen Arbeiterführer, die Vertreter, gerufen. Jetzt ist ihr Wunsch erfüllt.

Daß die Bergherren das Militär herbeiführen, daß sie mit allen Mitteln den Streik niederringen möchten, das nimmt bei diesen Leuten niemanden Wunder. Aber daß auch die christlichen Arbeiterführer das Militär herbeiführen, daß sie nur noch die eine Hoffnung haben, den Streik gewaltsam zu brechen, nachdem dies ihr elender Verrat nicht vermocht hat, das beweist, daß das Zentrum jeden Wunsch aufgibt, noch länger auch nur den Schein einer arbeiterfreundlichen Politik zu wahren. Der Streik soll durch Blut erstickt oder doch wenigstens durch Einschüchterung gebrochen werden, damit die verhasste Organisation geschädigt, ihr Einfluß geschwächt und der christliche Streikbrecherverein bei den Bergweiselnden neue Mitglieder werben kann. Es ist eine Verruchtheit, was die Zentrumsführer da planen, aber gerade das beweist, daß es auch mit dem Zentrumstrug und Zentrumslug zu Ende geht.

Es ist eine sehr ernste Situation, in die sich die Bergarbeiter, die ganze deutsche Arbeiterklasse befindet. Alle Gewalten sind gegen sie vereint. Die Konservativen wittern Morgenluft. Das Militär ist an Ort und Stelle, und Gelegenheit zur gründlichen Verwendung ist ja so leicht gegeben. Und liegen erst die Opfer, dann steigen die Klagen des Ausnahmezustandes nieder, dann ist die Stunde für die Staatskretter und Fortemonaieschützer gekommen. Und Herr v. Bethmann, der jetzt so nahe dem Sturze ist, kann sich als Mann der Ordnung unentbehrlich erweisen. Das Zentrum aber, den Konservativen auf Geheiß und Verberben verbündet, setzt alles daran, die Arbeiter ihren schlimmsten Feinden in die Hände zu spielen.

Doch was sind die Pläne der Arbeiterfeinde! Der Hauch der weltgeschichtlichen Bewegung des Proletariats berührt sie und sie sind nicht mehr! Einschüchtern läßt sich das deutsche Proletariat so wenig, wie sich die Bergarbeiter provozieren lassen. Der Streik steht fest, die Zahl der Ausständigen nimmt zu und die christlichen Arbeiter durchschauen immer mehr das schändliche Treiben der Führer. Mit Neugierde,

aber in unerschütterlicher Ruhe haben die Arbeiter die Ankunft des Militärs beobachtet. Zu tun hat es nichts bekommen und wenn Herr v. Bethmann etwas anderes wäre, als das nachgeordnete Exekutivorgan der Zechenherren und der anderen Arbeiterfeinde, er müßte heute noch den Befehl zum Abmarsch erteilen.

Er wird's nicht tun und schwere, gefährliche Tage stehen den Bergarbeitern bevor. Sie müssen sie tragen, die Arme verschränkt, die Zähne zusammengebissen. Ausharren, geduldig ausharren, wenn auch solche Geduld schier übermenschlich ist! Dann muß ihre gute Sache siegreich sein.

Der Widerhall im Reichstag.

Im Ruhrrevier gewittert's und im Deutschen Reichstag gab's darum gestern elektrische Entladungen. Die Stidluft, die gerade über den letzten Sitzungen dieses gewiß nicht stürmischen Parlaments zu lagern pflegte, zerriß, und wo gar zu oft aus den Fensterhöhlen das Grauen gähnt, schlugen lichterloh die Flammen aus dem Hause heraus, ein Widerschein jenes gewaltigen Brandes, der den Horizont Westdeutschlands blutigrot färbt. Um die Sache der Bergflaven geht es, jener unterirdischen Titanen der modernen Industrie, die wieder einmal an ihren Ketten rütteln und damit die Erde zum Zittern bringen, und da verfliegt auch in diesem Parlament, das noch gestern bei der Beratung der Maul- und Klauenseuche nicht mit Unrecht eine „Halle der Wiederholungen“ genannt wurde, alle Langeweile, aller Stumpf sinn wird erstickt und heftig plagt die Meinungen, die Leidenschaft, die Interessen aufeinander. Ein weltgeschichtlicher Luftzug streicht durch den Sitzungsaal und trägt einen Widerhall von den wirklich wichtigen Kämpfen da draußen hinein, denn wie erblickt in der Tat all das Gezüng um den Präsidentensitz vor dieser großen knirschenden Auflehnung der Grubenleibigen gegen die Macht der Grubenherren und ihrer Hintermänner!

Freilich, wenn die kämpfenden Bergknappen sich mehr auf das Wohlwollen der Regierung und des Parlaments als auf die eigene Kraft verlassen, der gestrige Donnerstag wäre kein tröstlicher Tag für sie. Dem Flammenschild ihres Kampfes gab nur das fanal Antwort, das leuchtend die Sozialdemokratie aufstekte: Wir sind da, um mit Euch zu kämpfen; wir vertreten, Mann für Mann, Eure Interessen; wir wollen Euch Helfer und Fürsprecher sein! Die Regierung aber, die bürgerlichen Parteien aber — eifrige Gleichgültigkeit, unverschleierte Hohn, billiges Wohlwollen, brutale Scharfmacherei, das hat man hier für jene Proletariatsheere bereit, die um ein bißchen mehr Licht und Leben ringen. Der breite Riß, der die Arbeiterklasse von der ganzen übrigen Welt trennt, klappte unüberbrückbar durch die ganze gestrige Sitzung.

Der zur Führung dieser Debatte unter den hundertzehn Sozialdemokraten der Berufene war, Genosse S a c h s e, tat in seiner breit angelegten Rede gewiß nichts, um künstlich diesen Riß zu verbreitern — er betonte die Bereitschaft der Bergknappen, unter halbwegs günstigen Bedingungen Frieden zu schließen — aber er wies doch mit aller Klarheit und Deutlichkeit auf diesen Riß hin. Er erfaßte seine Aufgabe im Sinne der unpolemischen Taktik: durch wuchtiges Artilleriefeuer, durch unwiderlegbare Tatsachen und unanfechtbares Material schmetterte er die Gegner nieder, um den folgenden Rednern unserer Partei die Infanterieangriffe auf einzelne Positionen zu überlassen. S a c h s e mußte dabei manchmal weit ausholen und sich in manche Einzelheiten verlieren, aber alle seine Ausführungen waren doch von dem Hauptwillen und -bewußtsein der Hunderttausende, als deren Sprecher er auf dieser Tribüne stand, wie von einem eisernen Keil umpannt, und immer wieder lohnte aus seinen Worten das Feuer der Empörung gegen die falschen Versprechungen der Grubenherren, gegen den Ausbeuterstandpunkt der fiskalischen Zechen, gegen die Schurkerei des Zentrums und der christlichen Auch-Arbeiterführer und gegen den Terrorismus der Gendarmerie und Polizei im Streitgebiet. Es wies die Behauptung, der Streik sei aus politischen Gründen frivol angezettelt worden, ebenso treffend als Lüge zurück wie die Zitatennachrichten von den Ausschreitungen Streikender — und zwar hauptsächlich an der Hand bürgerlicher Blätter, was, von dem Redner in einer persönlichen Schlussbemerkung noch einmal unterstrichen, selbst die Herren mit den eisernen Stirnen auf der Rechten und im Zentrum betreten schweigen ließ. Dafür brachte Genosse S a c h s e reichhaltiges Material über eine lange traurige Reihe von Polizeivorfällen, die in Anlage und Ausführung eine erstaunliche Ähnlichkeit mit dem Vorgehen von T a g o w s wilder verwegener Jagd in Roabit zeigten. Das ist nicht weiter wunderbar, wenn man weiß, daß unter den Polizeitruppen im Ruhrrevier sich ein ganzes Kontingent jener glorreichen Berliner Beamenschaft befindet, die sich auch aus Anlaß eines Kohlenarbeiterstreiks, auf den Straßen von Roabit so blutige Lorbeeren pflückte, und der an Gerichtsstelle eine

„Fülle unmotivierter Beleidigungen und Mißhandlungen“ nachgewiesen wurde.

Das Zentrum, das die Interpellation eingebracht hatte, befand sich in der peinlichsten Situation. Bei dem großen Streik von 1906 hatte es sich der Sache der kämpfenden Grubenproletarier angenommen — diesmal hatte es die Absicht, mit seinen christlichen Gewerkschaften beiseite zu stehen und so dem Interesse der Grubenkapitalisten zu dienen, wie auch einen Schlag gegen die verhassten freien Gewerkschaften zu führen. Aber siehe da! die christlichen Bergarbeiter ließen sich nicht als die „stummen Hunde“ behandeln, sondern hielten, wie Genosse S a c h s e rühmend hervorhob, treue Kameradschaft und traten über den Willen ihrer Führer hinweg in den Streik. Hinc illae lacrimae — daher die Zentrumsinterpellation.

Zu ihrer Begründung hatte die Partei einen ihrer unsympathischsten Leute herausgestellt, den ehemaligen „Arbeiter“ Schiffer: Mit seinem zusammengedrückten Kopf und seinen emporgesträubten Schnurrbarthen war er zu Beginn seiner Rede wie ein betrübter Kater anzuschauen, und wie zum Kater die Manschetten, so wackten zu diesem Mann die Redensarten von christlichen und fleißigen Bergknappen und Rechten des Arbeiters. Er fahelte von dem Sympathiestreik für England und dem sozialdemokratischen Mob und dergleichen mehr und trat schließlich, von minutenlangen Entrüstungskundgebungen der Sozialdemokratie begleitet, ab.

Außer Herrn Dr. Böttger, der sich als echten Nationalliberalen erwies, Kampe Halb und Halb, produzierte sich von den bürgerlichen Parteien noch der Konservative Rogalla von Dieberstein. Was bei dem „Arbeiter“ Schiffer amviderte, die gehässigen Anwürfe gegen die ganze moderne Arbeiterbewegung, das wirkte bei diesem Don Quixote aus der udermärktlichen La Manche nur ungemein erweiternd. Joll für Joll ein Prachtexemplar des ostelbischen Junkertums, so stand der Herr v. Dieberstein da und in den unerbittlichen Schnarrlauten des preußischen Kasernenhofs stieß er seine Behauptungen hervor: Höchst frivoler Streik — ah, ah — erfenlich, daß — ah — Militär herangezogen — ah, hoffen, daß Staatsregierung mit — ah — aller Macht einschreiten wird — und es war schließlich nur ein Widerhall aus den Herrenhausdebatten vom Dienstag, wo Feindesgleichen nach Blut und Straßenschlachten schrie.

Wichtiger als das Gestammel dieses ostelbischen Granden, dem kein Maximum von Intelligenz die Zubilligung mildender Umstände erschwerte, waren die Erklärungen der Regierung. Sowohl der Staatssekretär Dr. Delbrück wie auch der preußische Handelsminister Dr. Sydow betonten geflüstert ihre „Objektivität“, aber ihre Reden atmeten lediglich jene seltsame Spielart von „Objektivität“, wie sie ein kühl rechnender, leidenschaftsloser Sachwalter des Grubenkapitals aufzubringen vermag. In Delbrücks Rede ging das nicht minder aus dem Umstand hervor, daß er an der Hand langer Ziffernreihen den Zustand für nicht notwendig erklärte, wie aus dem Lob, das er auf den Schutz der Arbeitswilligen durch Polizei und Gendarmerie sang — daß er die „starke Faust“ zeigte, wurde von der Rechten mit Beifall begrüßt und später von Herrn v. Dieberstein noch mit einer lobenden Randbemerkung bedacht. Aber wenigstens war Herr Dr. Delbrück nicht auch so „objektiv“, den Zustand als Sympathiestreik für die englischen Arbeiter anzusehen, sondern wies darauf hin, daß schon seit vorigem Herbst eine Bewegung im Ruhrrevier im Gange sei. Dafür schob denn auch sein preußischer Kollege Dr. Sydow den Vogel ab, indem er sich einen Bericht des Regierungspräsidenten von Münster zu eigen machte, der angeblich das scharfe Vorgehen der Polizei und die Heranziehung des Militärs rechtfertigen sollte. Und er las und las — aber selbst auf der Rechten machte man enttäuschte Gesichter. Im Stil eines unteren Polizeibeamten gehalten, enthielt der Bericht, selbst durch die preußischste Ordnungsbille angehäut, nicht das allgeringste, was auch nur einen einzigen Polizisten hätte veranlassen können, die Hand an den Säbelgriff zu legen. Wuiruse — Spiekerlaufen mit häßlichen Bemerkungen! Das sind die furchtbaren Schandtatzen, die den Streikenden in diesem offiziellen Bericht nachgesagt wurden, und auch gute alte Bekannte aus den Roabit Spiegelberichten tauchten auf, wie die Kinderwagen, die als Streitwagen von rüstigen Frauen in den Kampf vorangeschoben wurden. ... Und deshalb, Herr Minister, zieht man blank und deshalb schießt man scharf, und deshalb schallt jetzt der Marschtritt gefechtsbereiter Bataillone durch die Bergarbeiterdörfer und deshalb raffen Maschinengewehre über das Pflaster der Industriestädte? Deshalb, Herr Minister?

Das ist so kennzeichnend wie die Szene, mit der die Sitzung eröffnet wurde. Jemandem verwildertem Mibian hat in Rom sein Bistol in der Richtung des Wagens abgedrückt, in dem Viktor Emanuel und Frau spazieren führen. Das bezugte Herr Kaempf zu einer höflichen Ovation, und ehrfurchtsvoll vernahm die von den Pfägen gequälte bürgerliche

Mehrheit des Hauses die Kunde von den zwei danebengegangenen Schüssen. Aber im Ruhrrevier sind in den letzten drei Tagen zwei Schüsse nicht danebengegangen. Nur allzu gut haben sie getroffen und zwei blühende Menschenleben vernichtet. Dieser beiden Proletarier, grundlos niedergeknallt von den Kugeln der Polizei und Gendarmerie, gedachte gestern kein Minister, kein Präsident und kein bürgerlicher Abgeordneter.

Und auch das war ein Sinnbild!

Protest gegen die Entsendung des Militärs.

Bochum, 14. März. (Privattelegramm des „Vorwärts“.)

Die Zahl der Streikenden hat zugenommen. Die wirkliche genaue Zahl läßt sich nicht leicht feststellen, weil ein großer Teil der christlichen Bergarbeiter, etwa 10 bis 15 000, mitstreifen. Außerdem sollen etwa 20 bis 25 000 Krankenscheine genommen haben. Dann liegt eine Schwierigkeit darin, daß ja die verschiedenen Verbände ihre Streikbureaus eingerichtet haben und die Kontrolle noch nicht richtig durchgeführt ist. Immerhin dürfte die Zahl der Streikenden 230 000 betragen. Heute ist es im Ruhrrevier etwas ruhiger gewesen als an den vergangenen Tagen.

In das Ruhrbeden ist heute Militär eingedrückt. Die Konferenz der Verbandsvorstände hat gegen die Entsendung von Militär ins Streikgebiet protestiert und folgende Resolution angenommen und veröffentlicht:

Die heutige Nachmittagsführung der Verbandsvorstände der drei Bergarbeiterverbände erkläre in der Entsendung von Militär in das Streikgebiet die Folge einer übertriebenen Beunruhigung der Bevölkerung durch falsche Nachrichten eines Teiles der Presse. Die Verbandsvorstände richten an die streikenden Kameraden und die ganze Bevölkerung wiederholt die dringende Bitte, für die Aufrechterhaltung der Ordnung mitzuforgen, damit den Sicherheitsorganen und dem Militär kein Vorwand zum blutigen Eingreifen gegeben wird. Die Konferenz spricht aber auch die Erwartung aus, daß die Sicherheitsorgane und das Militär besonnen bleibt. Unser Kampf ist ein ehrlicher, den wir glücklich durchführen wollen. Darum darf sich kein streikender Kamerad hinreichend lassen, etwas zu tun, was zu einer Störung der Ordnung führen könnte. Vor allem, Kameraden, bleibt den Ferkeln fern, bleibt zu Haus! Nach den uns zugehenden Nachrichten treten immer neue Scharen in den Streik ein, der daher siegreich sein muß!

Ruhe im Revier.

Bochum, 14. März. Die Einfahrt und Ausfahrt der Belegschaften im Polizeidirektionsbezirk Bochum ist ohne Störung verlaufen. Die gestrigen Ausschreitungen in Herne haben sich heute nicht wiederholt. Die Straßen waren stark besetzt, so daß jeder Versuch zu Ausschreitungen im Reime erstickt worden wäre. Nur auf der Schmechtingstraße in Bochum mußten die Schutzleute nochmals zur Schusswaffe greifen, weil eine Horde junger Burschen Schüsse gegen sie abgab. Es wurde niemand verletzt. In Hamborn war heute alles ruhig.

Das Verhalten der Christlichen.

Dortmund, 14. März. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Hier fand heute eine Konferenz christlicher Vertrauensleute statt, die aber tumultuarisch verlief, weil einzelne Vertrauensleute gegen die Streikbrechertaktik Stellung nahmen. Der abgelegte Generalsekretär Effert ist nun plötzlich wieder ins Revier gekommen. Er hielt auf der Konferenz das Referat. Mit der Streikbrechertaktik der Führer des christlichen Gewerkschafts erklärte er sich einverstanden. Er freute sich, dem „Rechte“ zum Siege verhelfen zu können. Die Streikenden, die die Straße überwachen, erklärte er für Mob und verlangte selbstverständlich mehr Schutz von der Regierung. Eine diesbezügliche Resolution, die nach mehr Schutz schreit, ist denn auch angenommen worden. Im übrigen während die Christlichen den Streikenden Unterstützung. Die Zeitung verlangt aber die schriftliche Erklärung von ihnen, daß sie nur aus Angst vor den Streikenden nicht zur Fesche gehen. Die Antwort der christlichen Bergarbeiter ist meist der Uebertritt in die übrigen Organisationen. Sie geben ihre Bücher ab oder erklären, zuerst ihre Streikunterstützung herauszuholen und dann aus dem Streikbrecher-Gewerkschaftsverein auszutreten.

Aus allen Nachrichten der Zentrumspresse, die die Frage der christlichen Streikbrechertaktik berühren, geht die Angst hervor, daß es dem christlichen Gewerkschaftsverein um Kopf und Kragen geht.

„Moabitereien.“

In Werne bei Langendreer ritten gestern mittag die Polizisten in eine friedliche Menschenmenge hinein. Diese bewegte sich auf einer Straße, die auch in ruhigen Zeiten einen starken Verkehr aufweist. Besonders bei schönem Wetter sind dablei Ansammlungen üblich. Ohne daß irgendwelche Gefahren vorlagen und ohne daß Aufforderungen gehört wurden, ritten die Beamten eine Attacke. Einzelne Passanten wurden bis in die Felder hinaus verfolgt, Geschäftsleute, die an den Haustüren standen, in die Wohnungen gewiesen. In die Wirtschaft Jungermann drängten Gendarmen hinein und trieben gewaltsam die Gäste hinaus. Bei der Attacke sind Mädchen und Frauen geschlagen worden. In Rothhausen wurde eine 56 Jahre alte polnische Witwe ins Bein geschossen. Als der Schuß auf die alte Frau fiel, behauptete die Polizei: Hände hoch! Die Streikenden, überhaupt die Männer, wurden nach Waffen untersucht, aber es wurde nichts gefunden. Glaubt die Polizei, daß Streikende auf alte Frauen schießen?

Ähnliche Meldungen über polizeiliche Laten kommen auch aus anderen Orten.

Der Bergarbeiterverband hat feststellen können, daß Polizisten in Bergmannskleidung umherlaufen und sich unter die Menge der Streikenden mischen, wodurch der Verdacht begründet erscheint, daß Agent provocateurs ihre Hand im Spiele haben.

Daß die Ordnung durch die Streikenden selbst am besten aufrechterhalten werden kann, beweist das Vorgehen des Bürgermeisters einer Stadt im Ruhrgebiet, der sich vom Bergarbeiterverband 20 Streikende zuerteilen ließ. Dort ist alles in bester Ordnung.

Ausschreitungen.

Am Dienstag morgen wurden auf dem Bürgersteig der Kaiserstraße in Gladbeck ruhiggewende Bergleute von den aufsichtsführenden Beamten von hinten aufs Gesicht getreten mit der Aufforderung, sie sollten schneller gehen.

In Erie bei Zeche Bismarck Schacht III und V wurden die Streikenden von Arbeitswilligen belästigt und ange-

griffen. Streikende Bergleute erhielten von dem dort stehenden Schutzmännern Schläge mit dem Gewehrkolben.

In Bottrop beschimpften Polizeibeamte streikende Bergleute als Robbungen und Bunde.

In Gladbeck wurden bis jetzt 40 Verhaftungen vorgenommen. Jeder Arbeiter, der sich auf der Straße oder in Hauseingängen sehen läßt und auf die Aufforderung der Beamten nicht schnell verschwindet, hat die Verhaftung zu befürchten.

Versammlungsverbote.

Dortmund, 14. März. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Für die zu Radbod gehörenden Dtschaften Vordum und Hübvel ist ein Versammlungsverbot ergangen, das folgenden Wortlaut hat:

Die Polizeiverwaltung. Hörde, 12. März 1912.
Zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung wird hiermit gemäß Teil II Zitel 17 § 10 des Allgemeinen Landrechts vom 5. Februar 1804 die Abhaltung öffentlicher Versammlungen in den Gemeinden Vordum und Hübvel bis auf weiteres verboten.

Der Ehren-Amtmann, gez. Freiherr von Zwidel.

Das Verbot widerspricht dem Reichsvereinsgesetz. Will man denn die Anstrengungen der Organisationen vereiteln, die sie für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung unablässig machen?

Die Bergleute protestieren.

Bochum, 13. März. Am gestrigen Tage kam es an verschiedenen Orten zu Zusammenstößen zwischen Polizei und Streikenden bzw. zwischen Polizei und Frauen und Kindern. In Herne schoß ein Polizist auf der Straße, obwohl der „Feind“ hier nicht zu sehen war. Ein Streikender, der sich den Vorfall notierte, wurde festsitzert. „Wir werden Ihnen helfen die Polizei zu kritisieren!“ Dieser Verhaftungsgrund ist gleichwertig mit der polizeilichen Schieberei. Einzelne Streikende wurden in dieser Stadt bis in die Höfe gejagt und dort mißhandelt. Kein Wunder, daß auch gewisse Zentrumsleute ihre Zeit gekommen sehen, und sich mit Revolvern bewaffnen, um Streikende zu bedrohen. Es ist schon bekannt, wie in Hamm einem christlichen Vertrauensmann, der Passanten mit der Waffe bedrohte, der Revolver abgenommen werden mußte. Dasselbe geschah mit dem ehemaligen christlichen Vertrauensmann Gerhard Köster, heute Hausierer in Herne. Köster bedrohte Streikende, so daß schließlich auf Veranlassung von diesen ihm durch die Polizei der Revolver abgenommen wurde. Das Vorgehen der Polizeibeamten hat große Beunruhigung in der Bevölkerung hervorgerufen. In einer Massenversammlung am Dienstagabend wurden die Polizeiausbreitungen scharf kritisiert und am Schluß folgende Resolution angenommen:

„Die heute in Herne tagende Versammlung der Streikenden protestiert gegen das Vorgehen der Behörden, der Polizei und Gendarmen während des Ausstandes. Wenn wir auch anerkennen wollen, daß viele Sicherheitsorgane mit Takt den Streikenden gegenübertraten, so muß doch gesagt werden, daß andere Beamte wieder in einer solchen provokatorischen Weise den Streikenden begegneten, daß man sich wundern muß, wenn es nicht schon zu größerem Blutvergießen gekommen ist. Die Versammlungen fordern die Regierung auf, die Behörden im Ruhrbeden zu veranlassen, daß die Beamten nicht nur mit Vernunft und Takt die Streikenden behandeln, sondern daß sie den bestehenden, auch den Bergleuten garantierten Gesetzen Rechnung tragen. Die streikenden Bergleute verlangen nicht nach Straßensperren, wie es gewisse im Ruhrbeden bekannte Kreise wünschen. Die Streikenden haben in Ruhe ihren Streik begonnen und wollen in Ruhe den Streik beenden.“

Eine Streikversammlung.

Bochum, 14. März. Heute morgen fand auf dem Schloßhofe eine von 10 bis 12 000 Personen besuchte Streikversammlung statt, worin von einem Redner mitgeteilt wurde, daß nach den Angaben der Streikbureaus der Streik auch heute wieder im Wachsen begriffen sei. Die Zahl der mitstreikenden christlichen Bergleute, die in den Kampf hineingezogen wurden, schätzte er auf 50 Proz. ihrer gewerkschaftlichen Organisation. Der Streik werde weiter geführt, bis die Führer das Signal zur Wiederaufnahme der Arbeit geben. Es wurde protestiert gegen das scharfe Vorgehen der fremden Ordnungsmannschaften und auf einen Fall in Solingen hingewiesen, auf Grund dessen man sich beim Minister beschweren. Ferner wurde Einspruch erhoben gegen die Verbeiholung des Militärs, zu der gar keine Veranlassung vorgelegen habe. Redner teilte mit, die Verhandlungen mit den Arbeiteraussschüssen hätten ablehnende Antworten gezeitigt mit Ausnahme einer Fesche, die mehrere Zugeständnisse machte. Die Streikenden wurden im Sinne des gestrigen Flugblattes zur Ruhe und Ordnung aufgefordert.

Ein Beschluß der Bergherren.

Essen (Ruhr), 14. März. In der gestrigen außerordentlichen Hauptversammlung des Ferkerverbandes wurde beschlossen, von dem Rechte der Arbeitsordnung, die Kontraktbrüchigen bereits nach dreitägigem Freiern aus der Belegschaftsliste zu streichen und ihnen den Lohn von sechs Schichten einzubehalten, erst dann Gebrauch zu machen, wenn sie nicht bis spätestens Sonnabend, den 16. d. Mts., die Arbeit wieder aufnehmen. Es sei zu erwarten, daß durch den erweiterten Schutz auch die Arbeiter, die jetzt noch wegen Bedrohungen und Verlastigungen durch die Ausständigen von der Arbeit fern geblieben sind, ebenso wie die bisherigen Arbeitswilligen wieder zur Arbeit erscheinen werden. Den Leuten, die spätestens am Sonnabend die Arbeit wieder aufnehmen, werden daher keine sechs Schichten einbehalten werden. Von dem Beschluß wird heute von sämtlichen Ferkeln jedem Ausständigen einzeln durch Postkarte Mitteilung gemacht werden.

Streikbruchprämie!

Ein Beweis für die struppellose Haltung der ultramontanen Presse ist die Veröffentlichung einer für Streikbrecher bestimmten Verlohnungsanzeige über welche die „Köln. Volkszeitung“ mitteilt:

„Auf Zeche Adler, deren Belegschaft überwiegend in dem christlichen Gewerkschaftsverein organisiert ist, hat die Direktion heute bekannt gegeben, daß jeder Mann der Belegschaft, sofern er während der ganzen Dauer des Streiks bei der Arbeit bleibt, eine Gratifikation von 80 M. erhalte!“

Das also glaubt man den christlichen Gewerkschaftlern schon bieten zu dürfen? Ganz offensichtlich gibt man ihrer Arbeitswilligkeit den Vorgesmack einer Judastat, die vom Kapital extra belohnt wird. Die Christen sollen sich wohl noch gar freuen darüber, anstatt, daß man sie schämt gegen den Verdacht, sie verlangten einen Judasold für einen Verrat an ihren Arbeitsbrüdern. Vielleicht entschließt sich das

Zentrum zur Anfertigung eines Diploms, das jeder mit einer Judashonorierung beglückte Streikbrecher am Bande um den Hals tragen kann.

Wie die christlichen Anti-Streik-Beschlüsse zustande kamen.

Essen, 14. März. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Am Sonntag fand im „Kriegerheim“ zu Essen eine Kundgebung christlicher Arbeiter statt, die sich gegen den Streik richtete. Zu dieser Versammlung waren alle Berufe eingeladen worden. Charakteristisch für die Art, wie der Öffentlichkeit Sand in die Augen gestreut wird von den christlichen Streikbrecherorganisationen ist das Zirkular, das als Einladung zu der Versammlung versendet wurde. Es hat folgenden Wortlaut:

Zentralverband christlicher Holzarbeiter. Oridverwaltung Essen.
Im Vordergrund des öffentlichen Interesses steht augenblicklich die Frage, was bringen die nächsten Wochen im Ruhrbergbau? Die Taktik des alten sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes und seiner Mitläufer läßt noch nicht mit aller Deutlichkeit erkennen, wie die Parole für die nächsten Tage lauten wird. Alle, die offenen Auges die Dinge in der letzten Woche verfolgt haben, werden kaum im Zweifel sein, wohin der Weg gehen soll. Auch die Stellungnahme des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter ist klar und für jeden wahren Freund der Bergarbeiter einwandfrei. Die augenblickliche Lage im Ruhrkohlenbergbau soll nun am kommenden Sonntag in einer großen öffentlichen Versammlung des Gewerkschaftsvereins eingehend behandelt werden. Diese Versammlung findet statt Sonntag, den 10. März, morgens 11 Uhr, im großen Saale des Kriegerheim, Bahnhofstr. 46 (Rheinisch-westfälisches Volks-Theater), Kollegen! Die Sache der christlichen Bergarbeiter interessiert auch uns als Holzarbeiter in weitgehendem Maße; weshalb ich alle unsere Kollegen dringend ersuche, unter allen Umständen die öffentliche Versammlung zu besuchen; umsonst, da es sich auch darum handelt, die Versammlung zu einer eindrucksvollen Kundgebung zu gestalten.

Mit kollegialem Gruß

gez. Franz Bruck

Lohnerhöhung und Verteuerung der Lebensmittel im Ruhrrevier.

Die von vornherein überaus maßvoll aufgestellten Forderungen der Bergarbeiter an die Ferkerverwaltungen sucht die bürgerliche Presse als unerfüllbar hinzustellen. Nun kennt man ja die „Begründung“ der Ablehnung aller, auch der berechtigten Ansprüche der Arbeiter: es geht den Arbeitern bereits sehr gut; anderwärts haben sie's noch schlechter, und der Unternehmer hält überhaupt auch das geringste Zugeständnis nicht mehr aus. So argumentiert auch die „Kölnische Zeitung“ in einer Zuschrift aus bergbaulichen Kreisen.

Was zunächst die Lohnfrage anbetrifft, so kann die „Kölnische Zeitung“ nicht leugnen, daß die Löhne gegen 1907 noch stark zurückstehen. Stellte sich doch der durchschnittliche Jahresverdienst eines Arbeiters im Oberbergamtsbezirk Dortmund im Jahre 1907 auf 1568 M., während er 1911 nur 1448 M., also 116 M. weniger betrug. Ganz falsch und irreführend ist es dagegen, nur die Löhnhöhe des letzten Vierteljahres von 1911 zu berücksichtigen. Was bedeuten aber die wenigen Pfennige gegenüber dem gewaltigen Lohnausfall, den die Bergarbeiterseelschaft seit 1907 erlitten hat! Wenn die Ruhrbergarbeiter in den Jahren 1908, 1909, 1910 und 1911 den Lohn erhalten hätten, der im letzten Vierteljahr 1907 gezahlt wurde, so hätten ihnen 145 828 947 M. mehr zufließen müssen. Die Ruhrbergarbeiter haben also in diesen vier Jahren einen Lohnverlust von 145,8 Millionen Mark erlitten. Der christliche Arbeiterführer Herr J. Busch rechnet im „Christlichen Zentralblatt“ sogar einen Lohnverlust von 152 372 048 M. heraus.

Wenn darauf hingewiesen wird, daß in anderen Bergbaubezirken niedrigere Löhne gezahlt werden, so ist das leider richtig. In Schlefien schuften Steinkohlearbeiter tatsächlich für den täglichen Verdienst von 980 bis 998 M. Wir glauben es auch gern, daß die Ferkelherren Westdeutschlands ihre Hörigen auf diese Lohnstufe herabdrücken möchten. Aber auch dort ist dieser Zustand nur möglich, weil ausländische Proletariat mit vorläufig geringeren Kulturbedürfnissen die Ware Arbeitskraft verkaufen müssen.

Ein Vergleich der Löhne in Deutschland und außerdeutschen Staaten nach der absoluten Löhnhöhe hat überhaupt keinen Sinn. Deutschland zeichnet sich durch so hohe Preise der Massenbedarfsartikel aus, daß selbst bei geringerem Nominallohn doch die ausländischen Arbeiter sich besser stellen. Seht man z. B. die Wochen Ausgaben eines englischen Arbeiters für notwendige Lebensmittel gleich 100, so stellen sich nach einer Berechnung des amerikanischen Arbeitsamtes die Ausgaben für das Wochenbudget eines deutschen Arbeiters auf 117, des belgischen und französischen Arbeiters dagegen nur auf 99.

Was nun aber über die geringe Verteuerung der Lebensmittel gesagt wird, ist größte Irreführung. Zunächst einmal muß es auffällig erscheinen, daß hier die Durchschnittspreise des ganzen Jahres gewählt werden, während bei der Löhnhöhe nur das letzte Vierteljahr 1911 berücksichtigt wurde. Die Steigerung der Lebensmittelpreise, die in voller Stärke erst im Juli eintrat, wird durch die Durchschnittszahlen des ganzen Jahres abgeschwächt. Hier liegen die neuesten Zahlen für den Januar und Februar bereits vor. Da für diese Zeit die Lohnerehöhung — und seine Nachzahlung für das Jahr 1911 — gefordert wird, müssen diese Zahlen als Beweis für die Notlage herangezogen werden. Welche Bedeutungen dadurch eintreten, zeigt sich in folgender Tabelle:

Preis für 1 Kilogramm in Essen:

Ware	Durchschnitt 1911 (Preise der Konsumanstalt Krupp)	Februar 1912 (amtliche Notierungen)
Rindfleisch	1,50 M.	1,70—1,80 M.
Lammfleisch	1,80	1,70—1,80
Butter	2,86	5,10
Schmalz	1,22	1,70
Kartoffeln	0,07	0,11
Kaffee	2,45	8,00
Weizenmehl	0,81	0,94
Bohnen	0,87	0,42
Sinken	0,87	0,46

Schon bei den in der „Kölnischen Zeitung“ angegebenen Zahlen macht die Verteuerung gegen 1907 8,4 Proz. aus. Berechnet man aber unsere amtlichen Notierungen entnommenen Zahlen für den gesamten Lebensmittelaufwand innerhalb eines Jahres, so ergibt sich die vom Bergarbeiterverband behauptete Höhe der Verteuerung gegen 1907.

Aber selbst wenn man die Berechnung der „Kölnischen Zeitung“ mit den Durchschnittspreisen für 1911 zugrunde legt, so ergibt sich, daß der Nahrungsmittelaufwand von 1907 auf 1911 von 785,88 M. auf 851,93 M., also um 66 M. gestiegen ist, während der Jahres-

Arbeitslohn in der gleichen Zeit von 1882 M. auf 1448 M., also um 116 M. gefallen ist.

Nun kommt noch eine andere Frage hinzu. Wie lebt der deutsche Bergarbeiter mit seiner Familie? Wird einer deutschen Normalfamilie der Nahrungsmittelaufwand des Marinesoldaten zugrunde gelegt, so ergibt sich für 1900 als jährliche Ausgabe für Ernährung 1154,40 M. Nun muß beachtet werden, daß nur 50 bis 60 Proz. des Lohnes für Nahrungsmittel draufgehen dürfen, wenn die Arbeiterfamilie nicht bankrott machen soll. Mitte 1911 betrug der errechnete Jahresaufwand 1577,68 M.

Wenn der deutsche Bergarbeiter sich und seine Familie so ernähren wollte, wie es der Staat mit den Marinesoldaten hält — und er hält es sicher nicht zu fett — dann hätte 1911 noch nicht einmal der ganze Lohn gereicht, um die notwendigen Nahrungsmittel zu bezahlen!

So lebt der Bergarbeiter, und darum streift er!

Die Bewegung im übrigen Deutschland. Streik im Saarrevier.

St. Avold, 14. März. Gestern Abend fand in Merlenbach eine von mehr als 2000 Personen besuchte Bergarbeiterversammlung statt, in der auch der Streik für die beiden anderen Schächte der Saar- und Moselbergwerksgesellschaft beschlossen wurde. Am Nachmittag hatte der Bergarbeiterausschuß eine längere Besprechung mit der Direktion der Gesellschaft, in der von der Direktion bis zum Juli (1) eine zehnprozentige Lohnerhöhung in Aussicht gestellt wurde. Die Bergarbeiter verlangten aber sofort 15 Proz., und da dies nicht bewilligt wurde, beschlossen sie weiter zu streiken. Die beschlossene Ausdehnung des Streiks auf die beiden anderen Schächte der Gesellschaft ist noch nicht in Kraft getreten. Heute morgen ist auf den beiden Schächten noch alles ruhig, dagegen streiken auf der Grube Merlenbach von 2300 Bergleuten 2000.

Lohnbewegung der niederschlesischen Bergleute.

Auch im Waldenburger Revier rüsten sich die Bergknappen zum Kampf. Eine am Montag stattgefundene Konferenz der Vertrauensleute des alten Bergarbeiterverbandes und des Hirsch-Dunderscher Gewerksvereins beschloß folgende Forderungen einzutreten:

1. Erhöhung der Durchschnittslöhne für alle Arbeiter um 15 Proz. und Beseitigung der großen Lohnunterschiede für gleichartige Arbeiter.
2. Erhöhung des Abschlags für alle Arbeiter um 1,50 M. pro Woche bzw. 25 Pf. pro Schicht.
3. Achtstündige Schichtzeit inklusive Ein- und Ausfuhr für alle Untertagsarbeiter, desgleichen für die in der Förderung und der Kolerei beschäftigten Arbeiter über Tage. Verkürzung der Arbeitszeit für alle übrigen Arbeiter von 12 auf 10 Stunden ohne Verkürzung des Lohnes. Beseitigung der bei verschiedenen Werken in der Kolerei üblichen 24stündigen Sonntagschichten.
4. Ueber- und Nebenschichten dürfen nur bei Unfällen, Betriebsstörungen oder bei Rettung von Menschenleben und Pferden verfahren werden.
5. In den Bergwohnungen ist die sonst übliche monatliche Mündigung einzuführen, auch ist den Mietern volle Bewegungsfreiheit in bezug auf ihre Organisationszugehörigkeit, Warenaufkauf usw. zu belassen.
6. Aufhebung des noch für Nachbargewerkschaften bestehenden Sperrsystems.
7. Einschränkung des Strafwezens, Strafen von über 1 M. bedürfen der Zustimmung des Arbeiterausschusses.
8. Errichtung eines paritätisch zusammengesetzten Schiedsgerichts mit einem unparteiischen Vorsitzenden zur Schlichtung von Streitigkeiten.
9. Verbot jeder Art von Maßregelung und Respektierung des gesetzlichen Koalitionsrechts aller auf den Werken beschäftigten Arbeiter.

Am Dienstag sind die Forderungen den Grubenbesitzern überreicht worden und bis Sonnabend ist die Antwort erbeten worden. Das, was die Waldenburger Bergleute fordern, ist gering mit Rücksicht auf die Tatsache, daß die Waldenburger Bergleute zu den schlechtestbezahltesten gehören. Die Bergarbeiter hoffen auf eine friedliche Lösung. Kommt es anders, dann tragen die Unternehmer die Schuld. Am Sonntag soll in Wassenersammlungen im Waldenburger Revier die Entscheidung fallen. Die Bergleute sind rege und brennen auf die Entscheidung.

Die Bewegung in Sachsen.

Die Bergarbeiterbewegung nimmt nun auch in Sachsen erüsteren Charakter an. Im Dresdener Bezirk haben die Zechenbesitzer die Forderungen der Arbeiter ebenfalls abgelehnt. Im Zwickauer Revier ist die Erregung aufs höchste gesteigert; die Bergleute sind von den Führern nicht mehr zurückgehalten, seitdem bekannt geworden ist, daß die Grubenbesitzer mit den Arbeiterausschüssen teilweise gar nicht verhandelt haben, teilweise gleich im Beginn der Zusammenkunft glatt heraus erklärt haben, wir bewilligen nichts. Die Enttäuschung über diese Antwort hat dem Haß den Boden ausgeschlagen. Beim Bergamt in Freiberg sind telegraphisch Vermittlungsversuche beantragt worden. Wenn diese, die im Laufe des heutigen Tages erwartet werden, fehlschlagen oder gar unterbleiben, dann ist der Streik unvermeidlich. Am Sonntagvormittag werden die Grubenvertrauensleute definitiv den Beschluß fassen. Aus den Äußerungen einzelner Bergherren bei den Unterhandlungen ist zu entnehmen, daß die Bergherren gemeinsam sich im Bergbaulichen Verein verständigt haben, überhaupt nichts zu bewilligen. Früher wurden die Bergleute, wenn sie an den Verein ihre Anträge richteten, immer an die Einzelwerke verwiesen; gingen sie aber an die einzelnen Werke, dann schickte man sie zum Verein. Jetzt haben sie gleichzeitig an die Werke und an den Verein ihre Forderungen gerichtet, und es wird von beiden Seiten erklärt: Wir bewilligen nichts. Im Zwickauer Revier kommen circa 15 000 Bergleute in Frage.

Der Bergarbeiterstreik in Großbritannien.

London, 13. März 1912. (Fig. Ver.)

Der heutige Tag wird als der kritische angesehen, an dem sich entscheiden soll, ob der Kampf durch Verhandlungen oder auf dem Wege der Gesetzgebung entschieden werden soll. Die erste Sitzung unter dem Vorsitz des Premierministers fand gestern statt und hatte kein Ergebnis. Die Bergarbeitervertreter haben an der gemeinschaftlichen Sitzung nur teilgenommen unter der Bedingung, daß der Minimallohn als Prinzip nicht zur Sprache komme; aber die Arbeitgeber fanden Mittel und Wege, darüber zu reden, indem sie das alte Lied von dem Kontraktbruch der Arbeiter sangen. Die Stimmung auf beiden Seiten war alles andere als friedlich. Der Premierminister richtete an die Bergarbeiter die Frage, ob sie bereit seien, die Arbeit wieder aufzunehmen, falls man

sich über die Minimallohne der Guer und das Prinzip, daß kein anderer erwachsener Untertagsarbeiter weniger als 5 Schilling und kein Knabe einen geringeren Anfangslohn als 2 Schilling den Tag erhalte, einigte. In dem Falle sollten die Minimallohne der anderen im Gedinge arbeitenden Untertagsarbeiter, die nicht Guer sind, und die der im Tage-lohn stehenden Untertagsarbeiter nach Wiederaufnahme der Arbeit festgesetzt werden. Der Vorstand der Bergarbeiterföderation berichtete über diese Vorschläge der heute morgen tagenden Konferenz der Bergarbeiter und schlug folgende Resolution vor, die einstimmig angenommen wurde:

„Wir bedauern, daß die Kohlenbesitzer noch keine Neigung gezeigt haben, die von den Arbeitern geforderten Lohnsätze anzunehmen und diese Konferenz kann den Arbeitern nicht eher die Wiederaufnahme der Arbeit empfehlen, bis den verschiedenen Kategorien der Untertagsarbeiter der Minimallohn gewährt worden ist.“

Wir sind jedoch bereit, sofort mit den Kohlenbesitzern in den verschiedenen Revieren in Verhandlungen einzutreten, um zu dem möglichst frühesten Zeitpunkt ein Abkommen über alle strittigen Punkte zu erzielen.“

Die Presse tut wieder sehr optimistisch, obwohl wenig Ursache für diese Gemütsstimmung vorhanden ist. Der nächste Schritt wird wohl der sein, daß die Regierung eine gesetzliche Regelung der Minimallohnfrage versuchen wird.

Fortdauer des Streiks.

London, 14. März. Die Zeitungen äußern sich heute weniger optimistisch über die Aussichten einer baldigen Beilegung des Kohlenstreiks. Man glaubt, daß lokale Verständigungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern in den einzelnen Revieren die sicherste Grundlage für einen späteren Ausgleich abgeben werden. Die Verluste in den Bruttoeinnahmen, die die Eisenbahngesellschaften durch die Einschränkung ihres Dienstes seit dem Beginn des Streiks erlitten haben, werden auf eine Million Pfund angegeben. Diese Summe übersteigt die Verluste der Gesellschaften in dem Eisenbahnstreik im letzten Sommer. In St. Helens in Lancashire kam es zu einem Zusammenstoß zwischen den Bergarbeitern und der Polizei, wobei drei Schuppleute verletzt wurden.

Die Konferenz ergebnislos.

London, 14. März. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die gemeinschaftliche Konferenz ist zu keinem Resultat gelangt. Man erwartet, daß morgen die Verhandlungen ergebnislos abgebrochen werden.

Die Bewegung in Oesterreich.

Wien, 14. März. Die Bergwerksbesitzer im nördlichen Braunkohlenrevier verhalten sich den bekannten Forderungen der Bergarbeiter gegenüber ablehnend, doch dauern die Verhandlungen fort. Vertrauensmänner der Bergarbeiterschaft sollen am 17. d. Mts. über das weitere Verhalten der Arbeiter entscheiden.

Wien, 14. März. Am nächsten Samstag und Sonntag werden in Leoben und anderen Orten Steiermarks Versammlungen der Bergleute stattfinden, in denen diese beschließen werden, sich der Lohnbewegung des Südböhmischen Bergreviers anzuschließen.

Der Krieg.

Ein nichts sagendes Dementi.

Rom, 3. März. Die Agenzia Stefani teilt mit, daß die Zeitungsmitteilungen, italienische Kriegsschiffe befänden sich im Ägäischen Meer, vollkommen falsch seien. Kein italienisches Kriegsschiff befände sich in diesem Meer.

Die Sperrung der Dardanellen.

Konstantinopel, 13. März. Das Kriegsministerium macht bekannt, daß nach einer Mitteilung des Kommandanten der Dardanellen Dampfer und Segelschiffe von heute nach Sonnenaufgang die Meerenge, auch die für die Durchfahrt freie Linie, nur dann passieren dürfen, wenn sie von Trossen geführt werden. Segelschiffe müssen geschleppt werden, sonst ist die Durchfahrt wegen drohender Gefahr untersagt.

Der Kampf bei Lobruk in türkischer Darstellung.

Konstantinopel, 13. März. Das Kriegsministerium veröffentlicht ein Telegramm des Kommandanten von Lobruk, wonach am 11. März ein Kampf mit drei feindlichen Infanterie-Bataillonen und zwei Gebirgsbatterien, die auf Ragusa marschierten stattgefunden hat. Die Italiener wurden zuerst gesprengt, nahmen jedoch, nachdem sie Verstärkungen erhalten hatten, die Offensive wieder auf. Der Kampf dauerte 11 Stunden. Kriegsschiffe und Maschinengewehre unterstützten den Feind, der jedoch geschlagen und gezwungen wurde, sich in die Befestigungswerke und auf die Schiffe zu flüchten. Die italienischen Verluste waren beträchtlich. Ein Italiener wurde gefangen genommen. Auf türkischer Seite wurden zwei Soldaten getötet und zwei verwundet, sowie sechzehn Freiwillige getötet und 65 verwundet. Die Türken und Araber machten zahlreiche Beute.

Beschränkung der Italiener auf das tripolitanische Küstengebiet?

Der italienische Oberkommandierende, General Canova, hat bekanntlich schon vor mehreren Wochen erklärt, daß an eine Eroberung des Binnenlandes in absehbarer Zeit gar nicht gedacht werden könne. Und jetzt erinnert die der Regierung nahestehende Zeitung „Popolo Romano“ an ein Wort des hervorragenden deutschen Afrikaforschers Gerhard Rohlfs, der den Italienern geraten hat, wenn sie einmal dort erobernd vorgehen wollten, sich dann mit dem Küstentrich zu begnügen und das Innere dem Scheit der Senussi zu überlassen. Danach ist wohl anzunehmen, daß Italien, daß seinen Triumph schon vorweggenommen hat, seinen Raubzug auf ein wesentlich beschränkteres Maß beschränken dürfte. Tatsächlich haben nur die Küstentrich einen erheblichen Wert. Und ebenso wird Italien, ohne für Generationen ungeheure Nachmitteln aufzubieten, mehr als diese den Angriffen der Eingeborenen gegenüber nicht behaupten können. Da nun vor kurzem bereits von italienischer Seite erklärt wurde, daß man bereit sei, die religiösen Rechte des Sultans den Gläubigen gegenüber anzuerkennen, auch für die türkischen Staatsgüter im Lande Vergütung zu zahlen und schließlich noch einen entsprechenden Teil der türkischen Staatsschuld zu übernehmen, so darf wohl damit gerechnet werden, daß etwa auf dieser Grundlage bald oder später der Friede zustande kommen wird. Die Türkei ist auf keinen Fall imstande, aus eigener Macht das Land zu behaupten. Wohl aber wird sie Mittel finden, es so darzustellen, als ob sie mit der Behauptung der religiösen Obergewalt tatsächlich das Land behalte und es nur gegen eine angemessene Entschädigung zu einem kleinen Teil postweise den Italienern

überlasse. Ob die eifrigen Mohammedaner des Binnenlandes sich mit dieser Lösung abfinden würden, ist freilich eine andere Frage. Für die Türkei würde ihr Abfall materiell nichts bedeuten, da sie schon heute tatsächlich dort keine Herrschaft ausübt. Mehr wohl in Rücksicht auf die Balkanstaaten nicht ewig dauern kann, wird wohl ein Ausweg solcher Art gesucht werden müssen. —

Die Revolution in China.

Mißtrauen gegen Japan und Rußland.

Mukden, 14. März. Tschansiluan ist nach Peking abgereist, um Juansschikai über die Lage der Dinge in Mukden Bericht zu erstatten. Chinesischen Meldungen zufolge war ihm von Juansschikai aufgetragen worden, die Absichten Rußlands und Japans auf die Mandschurei festzustellen. In seinem Bericht wird anerkannt, die Mandschurei sei seitens beider Mächte bedroht, da sie sich über ihre Anexion verständigt hätten. Tschansiluan betont, es bestehe die dringende Notwendigkeit, ohne Zögern Vorsichtsmaßnahmen zu ergreifen.

Japanische Truppenbewegungen.

London, 14. März. Nach einem Telegramm der „Times“ aus Tokio sollen weitere dreitausend Mann japanischer Truppen nach Port Arthur abgehen teils, um die kürzlich nach Tientsin abgeschickten tausend Mann zu ersetzen, teils um nötigenfalls nach dem Norden Chinas vorzurücken.

Die chinesische Anleihe vor dem englischen Parlament.

London, 14. März. Unterhaus. Auf eine Anfrage des Konservativen Hall, ob die im Namen einiger Großmächte der chinesischen Regierung durch die Banken geleisteten Vorstöße die Billigung der kritischen Regierung gefunden hätten, und ob die Regierung in dieser Hinsicht irgendwelche Verpflichtungen übernommen habe, antwortete Sir Edward Grey. Indem er den ersten Teil der Anfrage bejahte, erklärte er, daß die Regierung keine Haftbarkeit für diese Vorstöße übernommen, aber die daran beteiligten englischen Finanzgruppen verständigt habe, daß, falls Schwierigkeiten über die Rückzahlung entstehen sollten, sie sich der Unterstützung der englischen Regierung verschert halten könnten.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 14. März 1912.

Preussischer Polizeigeist.

Am Donnerstag feierte der preussische Polizeigeist im Dreiklassenparlament wieder einmal Orgien. Zur Beratung stand der bereits vom Herrenhause erledigte Gesetzesentwurf über die Abänderung und Ergänzung des Ausführungsgesetzes zum Reichsgesetz über den Unterstützungswohnsitz — ein echtes Polizeigesetz, das wir bereits früher eingehend gewürdigt haben. Der Entwurf richtet sich gegen säumige Nährpflichtige. So wenig Mitleid wir auch mit Vätern haben, die sich um die Ernährung und Erziehung ihrer Kinder absichtlich nicht kümmern, so scharf müssen wir uns auf der anderen Seite dagegen wenden, daß solche Personen nach russischem Muster ohne gerichtliches Urteil einfach auf dem Verwaltungswege ins Arbeitshaus gesperrt werden können. Um so mehr, da die große Gefahr besteht, daß das Gesetz in der Praxis auch gegen Staatsbürger angewendet wird, die wohl den besten Willen haben, für ihre Angehörigen zu sorgen, aber aus Gründen, an denen sie keine Schuld tragen, gar nicht dazu imstande sind. Dazu kommt ferner das Moment, daß zur Verabschiedung solcher Gesetze nur der Reichstag, nicht aber der Landtag zuständig ist, ein Standpunkt, den in früheren Jahren auch die gesetzgebenden Körperschaften des Reichs eingenommen haben.

Ueber dieses Bedenken setzten sich freilich mit der Regierung die fanatischen Vorkämpfer preussisch-russischer Polizeivillkür, die Herren v. Kardorff (R.), Schmiedling (Z.) und Traemer (L.) leichtem Herzens hinweg. Mit einer Spitzfindigkeit, die ihresgleichen sucht, bemühten sie sich, den Anfeinden zu erweisen, daß die Unterbringung in eine Arbeitsanstalt gar keine Strafe sei, und es hätte nicht viel gefehlt, dann hätten sie eine derartige Maßnahme womöglich sogar als Wohlthat für den davon Betroffenen hingestellt.

Eine scharfe Kritik an der Vorlage übte der national-liberale Landgerichtsdirektor Boisch, der in längerer juristischer Ausführungen die Kompetenz des Landtages bestritt und die berechtigte Frage aufwarf, warum denn das Reichsgesetz nicht einfach in Reichstages geändert wird. Auf einen ähnlichen Standpunkt stellte sich Abg. Fleisch (Wp.), der Dezerent des Frankfurter Armenwesens, dem eine langjährige praktische Erfahrung zur Seite steht, so daß man sich über sein Urteil nicht so leicht hinwegsetzen kann.

Wohl am gründlichsten ging Genosse Vorchardt namens der Sozialdemokraten mit dieser Art Gesetzesmacherei ins Gericht. Schlagend wies er nach, daß der Landtag kein Recht habe, ein solches Gesetz überhaupt nur zu beraten. Ebenso überzeugend zog er aus der Statistik den Schluß, daß derartige Maßnahmen völlig wirkungslos sind, und mit allem Nachdruck vertrat er die Anschauung, daß man soziale Krankheiten nicht durch Feuer und Schwert heilen könne, sondern nur durch Beseitigung ihrer Ursachen, die in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung wurzeln.

Das hinderte die Mehrheit, die fest entschlossen ist, das Gesetz zustandezubringen, natürlich nicht, es einer Kommission zu überweisen, um auf diese Weise ihre Mißachtung vor der Verfassung zu dokumentieren.

Hierauf beriet das Haus in zweiter Lesung den Etat der preussischen Zentralgenossenschaftskasse. Die Debatten darüber boten nichts Neues. Erwähnenswert ist nur ein Zwischenfall, der deutlich zeigt, wie verschieden der Präsident die Abgeordneten behandelt. Während der Rede des fortschrittlichen Abgeordneten Dr. Crüger machte sich der Konservative v. Pappenheim, der sich sonst immer als Hüter des guten Tones aufspielt, durch minutenlang anhaltende Zwischenrufe unangenehm bemerkbar, ohne daß der Präsident einschritt. Als aber Genosse Hoffmann einen anderen Redner durch einen Zwischenruf unterbroch, verbot ihm der Präsident das und rief ihm, als er Gleichberechtigung mit Herrn v. Pappenheim verlangte, kurzerhand zur Ordnung.

Am Freitag beginnt die Beratung des Kultusetats.

Lehrergesetz und Volksschulwesen im bayerischen Landtage.

Im bayerischen Landtage wurde am Mittwoch der liberale Antrag auf Vorlegung eines Lehrergesetzes noch in dieser Session, und der Zentrumsantrag auf allgemeine Regelung des Volksschulwesens verhandelt. Sofort stellte sich heraus, daß der Zentrumsantrag bezweckte, den liberalen Antrag zu vereiteln. Durch die Verpöbelung der Lehrerbefolgungen mit der allgemeinen recht-

lichen Regelung des Volksschulwesens sollte die dringend notwendige materielle Aufbesserung der Lehrer verbürgert werden. Ganz im Sinne des Zentrums sprach sich auch der neue Kultusminister aus. Alle Schulfragen müßten auf einmal und einheitlich geregelt werden. Eine Aufbesserung der Lehrergehälter gestatte zugleich die Finanzlage nicht. Selbst die von den Liberalen und den Sozialdemokraten geforderte sofortige Notstandsaktion für die am elendesten bezahlten Land- und Kleinstadtschulen findet bei der Regierung kein Entgegenkommen, die im übrigen an den bewährten Grundrissen der heutigen Volksschule nicht rütteln will und ein Volksschulgesetz überhaupt für überflüssig erklärt. Der liberale Antrag wird schließlich mit den Zentrumstimmen abgelehnt, der Zentrumsantrag gegen eine Entzweiung eines Landwirtebündlers angenommen.

Die Konferenz über die Wehrvorlage.

Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ veröffentlicht an der Spitze ihrer Nummer vom Donnerstag folgende Notiz:

„Heute vormittag um 10 Uhr begannen unter dem Vorsitz des Reichszuglagers im Bundesratssaal des Reichsamt des Innern die vertraulichen Besprechungen über die Wehrvorlagen und ihre finanzielle Dedung, zu denen der Reichszuglager und die leitenden Minister der Einzelstaaten eingeladen hatte. An den Besprechungen nahmen die Chef der beteiligten Reichsressorts und die Finanzminister der größeren Bundesstaaten teil. Die Konferenz wurde um 1 Uhr abgebrochen und wird am nachmittag fortgesetzt.“

Die neue Wehrvorlage weist bereits ihre Schatten voraus. Nach der „Allgem. Armeekorresp.“ stehen in Ostpreußen größere Dislokationsänderungen bevor. So soll unter anderem nach Osterode ein Artillerieregiment, nach Ortelburg ein Infanterieregiment in Garnison kommen. Das erste Jägerbataillon, das jetzt in Ortelburg steht, soll nach Braunsberg verlegt werden. In Sensburg soll ein ganzes Infanterieregiment zusammengezogen werden. Die neuen Korpsen für diese Truppenteile sind bereits im Bau begriffen. — Weiter hat die Meeresverwaltung bei Berliner Aeroplanwerken 40 Flugapparate in Auftrag gegeben. Die Lieferung in Berlin soll im Mai erfolgen.

Auch die bekannte große Säge zur Verjüngung des Offizierkorps ist wieder im Betrieb. Das „Militär-Wochenblatt“ vom Donnerstag meldet die am 9. d. Mts. erfolgte Pensionierung von vier Generalleutnants und drei Generalmajoren.

Neue Steuern für den Militärmoloch.

Der „Leipziger Volkszeitung“ ist ein Schreiben auf den Redaktionstisch geslogen, das, wenn es auch vom 2. Februar datiert und sich auf die damaligen im Reichshofamt zur „Ervägung“ gestellten Steuerpläne bezieht, auch heute noch ein gewisses Interesse besitzt, da es zeigt, zu welchen sonderbaren Steuern die Regierung zu greifen bereit ist, um dem Moloch Militarismus das Nierenmaul zu stopfen:

Der Deutsche Brauer-Bund. E. V.
Geschäftsstelle: Berlin-Charlottenburg,
Fasanenstr. 20/21.
den 3. Februar 1912.

Streng vertraulich!
Sehr geehrter Herr!
Im Auftrage des Präsidiums teile ich Ihnen hierdurch mit, daß die nächste Sitzung des geschäftsführenden Vorstandes am Sonnabend, den 17. Februar 1912, in München stattfinden soll. Tagesordnung, Ort und Zeit der Sitzung werden noch mitgeteilt werden.

Gleichzeitig bin ich in der Lage, Ihnen auf Grund mündlichen Berichtes mit einem beunterrichteten Herrn, der seine Informationen persönlich gestern von einer Reihe Parlamentariern und sonstigen zuverlässigen Quellen erhalten hat, folgende interessante, aber streng vertrauliche Mitteilung zu machen:

Es ist richtig, daß das Projekt einer Bier-Fabriksteuer im Reichshofamt erwogen wurde, aber ebenso richtig, daß vor Einbringung einer solchen Vorlage erst noch eingehende Erörterungen durch die Handels-Attaches bei den Botschaften in Washington, London und Paris und durch speziell hierzu beauftragte Sachverständige im Auslande selbst beabsichtigt sind, welche das Wesen und die Wirkung einer Fabriksteuer betreffen. Vor Abschluß dieser Ermittlungen wird an eine Brauersteuer oder Biersteuer nicht gedacht, so daß vor dem Jahre 1914 die letztere nicht zu erwarten ist. Diese Mitteilung ist meinem Gewährsmann übereinstimmend von einer ganzen Anzahl von Parlamentariern gemacht worden, die ihn außerdem noch mitteilen, daß die Führer der bürgerlichen Parteien im jetzigen Reichstage für die nächste Woche zu Konferenzen in das Reichszuglagersamt geladen sind. Letztere Besprechungen werden eine Militärvorlage betreffen, die nichts weniger als die Neuaufstellung von zwei Armeekorps und weitere, sehr bedeutende Erhöhungen des Präsenzstandes zum Gegenstande haben sollen und zirka 170 Millionen beanspruchen. Zur Dedung dieses Bedarfs ist aber, wie erwähnt, keine Bier- oder Brauersteuer, wohl aber eine Flaschenweinsteuer und eine Reihe anderer neuer Steuern in Aussicht genommen, unter denen sich auch eine Reichsteuer auf den Umsatz in Gastwirtschaften befinden soll. Für alle diese Dedungsvorlagen nimmt man mit Bestimmtheit eine Mehrheit an, die sich aus allen Parteien, mit Ausnahme der sozialdemokratischen, zusammensetzen wird. Mit der Arbeitsunfähigkeit des neuen Reichstages und der Auflösung desselben wird durchaus nicht gerechnet.

Offenlich bestätigt der in zirka einer Woche zu erwartende Etat die oben wiedergegebenen, für die deutsche Brauindustrie günstigen Nachrichten. Interessant war, zu erfahren, daß den unmittelbaren Anstoß zur Erwägung einer Bierfabriksteuer im Reichshofamt eine Denkschrift gegeben haben soll, welche von einem Brauer in Holzwinden, dessen Name mir nicht genannt werden konnte, eingereicht ist, und die im speziellen darlegt, wie er sein Bier noch mit zirka 11 Prozen Wässling herstelle und verkaufe, im Verhältnis zu seinen Konkurrenten benachteiligt werde, die den Ertragsgehalt ihrer Biere auf nur 8 Prozen herabgesetzt hätten und dadurch nicht nur jede Belastung vermieden hätten, sondern gegen früher noch ein gutes Geschäft machten.

Mit vorzüglicher Hochachtung
R. A. Bruno Bellasohn,
Direktor.

Reichsverbandsgelder für die Sozialdemokratie.

Der Angestellte des Reichsverbandes in Königsberg, Generalsekretär Taube, versuchte in letzter Zeit die Sozialdemokratie mit „Verachtungen“ zu bekämpfen. Brachte unser dortiges Parteiblatt irgend etwas über den Reichsverband, so sandte Herr Taube auf Grund des § 11 des Preßgesetzes eine „Verächtigung“. Das Gesetz zwingt bekanntlich den Redakteur, die Verächtigung auch dann aufzunehmen, wenn die Angaben des Einsenders unzutreffend oder ungewöhnlich lang sind. Im letzteren Falle besagt aber das Gesetz, daß, wenn die Entgegnung den Raum der zu berichtenden Mitteilung überschreitet, für die über dieses Maß hinausgehenden Zeilen die üblichen Einrückungsgebühren zu zahlen seien. Die Länge des Artikels spricht hierbei nicht mit; maßgebend ist nur die zu berichtende Mitteilung. Die Verachtigungen des Herrn Taube waren nun alle beträchtlich länger, und der Verlag des Königsberger Parteiblattes hat deshalb die Einrückungsgebühren, die der Herr Taube zu zahlen hatte, von ihm einlassieren lassen. Für drei Verachtigungen mußte er nicht weniger als 3 Mark entrichten. Die Zeile

wurde als Reklame mit 50 Pf. berechnet. Herr Taube hat die Summe prompt bezahlt. Das Geld des Reichsverbandes wird selbstverständlich im Interesse der Sozialdemokratie, zur Aufklärung der Arbeiter verwandt werden. Der Verlag des Königsberger Parteiblattes gedenkt —ulant wie er ist — in Zukunft Herrn Taube zu gewähren, falls er auch fernerhin so ege das Königsberger Parteiblatt in Anspruch nehmen sollte.

Erfag Hertling.

Im Wahlkreis Münster-Goesfeld ist für die bevorstehende Reichstagswahl der Geh. Sanitätsrat Gerlach als Kandidat des Zentrums aufgestellt worden. Bisheriger Vertreter des Kreises war der jetzige bayerische Ministerpräsident Freiherr v. Hertling.

Im hessischen Landtag

herrschen jetzt die Reaktionen unumschränkt; das zeigt sich in den sich häufenden Zusammenstößen mit der Linken und auch in den Beschüssen. Am Mittwoch wurde mit allen gegen die Stimmen der Fortschrittler und Sozialdemokraten die von der Regierung beantragte Verstaatlichung der Offenbacher Polizei genehmigt. Der Nachweis, daß es sich hier lediglich um eine durch feinerlei Tatsachen gerechtfertigte Verfürgung der Selbstverwaltung Offenbachs handelt, wurde klipp und klar von den sozialdemokratischen Rednern erdrückt, doch verursachte das dem reaktionären Klängel nicht die geringsten Bedenken.

Wie sehr die hessische Regierung verpreußt ist, das offenbart auch die beim Eisenbahnetat von sozialdemokratischer Seite beantragte Besprechung der von der Eisenbahndirektion Mainz erlassenen Verfügung an ihre Arbeiter. Laut dieser Verfügung haben die Eisenbahnarbeiter Entlassung zu gewärtigen, wenn sie sich gewerkschaftlich organisieren, sozialdemokratische Versammlungen besuchen oder sozialdemokratische Blätter lesen. Der Finanzminister mußte zugeben, daß die hessische Regierung vom preussischen Eisenbahnminister nicht um den Erlaß gefragt worden sei, ja von ihm vor seiner Bekanntgabe gar nichts gewußt habe. Trotzdem aber billigte er diesen unerhörten Eingriff in die wichtigsten Staatsbürgerrechte der Eisenbahner durchaus und bestritt mit beneidenswertem Mut, daß der Erlaß das Vereins- und Versammlungsrecht der Eisenbahner verkürze.

Bei der Staatsberatung kündigten die Zentrumstredner auch den bestehenden Simultanvolkschulen gelegentlich der kommenden Volksschulgesetzreform energische Bekämpfung an. Angesichts der Abhängigkeit der Regierung von den Schwarzblauen hat das Versprechen, die Simultanen zu erhalten, gar keine Bedeutung.

Sabotage.

In der Wahlzeit wurden mehrfach Hubschreie gegen die Geschäftsräume des „Vochumer Volksblattes“ verübt. Wiederholt wurden die Schaukästen demoliert, die Scheiben zertrümmert oder überstelt. Auch sonst waren die Gebäude des Blattes dem Fanatismus ausgesetzt; wurde doch einmal mit einem Leuching in den Seheraal hineingehossen. Der Polizei ist es nun gelungen, die Täter zu ermitteln — und siehe, es waren erwachsene Söhne gutkatholischer „besserer“ Familien.

Was würde wohl in der bürgerlichen Presse ein Geschrei über sozialdemokratische Sabotage losgelassen werden, wenn es sich um Sozialdemokraten handelte?

Italien.

Ein Revolveranschlag auf den König.

Eine Wahnsinnstat, wie sie nur aus den sozialen Zuständen Italiens und als Gegenstück zu der gegenwärtigen chauvinistischen Ueberpannung zu erklären ist, gibt der bürgerlichen Presse wieder einmal Anlaß zu sensationellen Berichten und zu wortreichen Deklamationen voll monarchistischen Ueberchwanges. Ein junger, unreifer Mensch hat Donnerstag früh auf den italienischen König geschossen, ohne ihn zu treffen. Wenngleich von vornherein festgestellt werden muß, daß diese zweck- und sinnlose Tat eines Wirtskopfes seiner politischen Partei zur Last gelegt werden kann, werden die Arbeiterfeinde in ihr sehr bald einen willkommenen Anlaß zu einer Dege gegen die sozialistische Bewegung finden. Einige deutsche Bourgeoisblätter haben damit schon den Anfang gemacht. Zunächst wird dem biedereren Spießer mit allerlei Anarchistengeschichten gruselig gemacht.

Das Attentat hat heute in Rom und in anderen Städten Italiens zu großen nationalen und dynastischen Kundgebungen Anlaß gegeben. Aus den wortreichen Meldungen des offiziellen Telegraphenbureaus geben wir in nachstehendem das Wichtigste wieder:

Rom, 14. März. Als sich der König heute früh zu einer Seelenmesse für König Humbert nach dem Pantheon begab, feuerte ein Unbekannter mehrere Revolvergeschüsse auf ihn ab. Der König blieb unverletzt. Der Täter wurde verhaftet.

In Begleitung des Königs auf der Fahrt nach dem Pantheon befand sich auch die Königin. Während die hohen Herrschaften unverletzt blieben, wurde der Kommandeur der den Wagen des Königs begleitenden Kürassierskorte, Major Lang, durch einen der auf den König abgefeuerten zwei Schüsse verwundet.

Rom, 14. März. Der Anschlag auf den König, bei dem, wie jetzt gemeldet wird, drei Schüsse abgegeben wurden, erfolgte in der Nähe der Kirche Santa Maria in Via Lata bei dem Corso Umberto und dem Palazzo Doria. Die Majestäten setzten ihre Fahrt nach dem Pantheon fort, wo der König dem Unterrichtsminister eine Schilderung des Attentats gab. Major Lang, der vom Pferde gesunken war, wurde in einem Krankenwagen nach dem Sanft Jakobskrankenhaus gebracht. Der verhaftete Verbrecher gab auf dem Polizeikommissariat an, er heiße Antonio Dalba, sei 21 Jahre alt und sei Maurer in Rom.

Als der König und die Königin nach der Messe das Pantheon verließen, wurden sie von der Menge, die sich inzwischen auf dem Platz vor dem Pantheon angeammelt hatte, begeistert begrüßt. Die Volkmenge begleitete den königlichen Wagen, der auf demselben Wege nach dem Quirinal zurückfuhr, und rief immer wieder: Es lebe der König, es lebe die Königin, es lebe Savoben! Kurze Zeit darauf bog sich der König im offenen Automobil nach dem Krankenhaus, um dem Major Lang einen Besuch abzustatten. Auf der Hin- und Rückfahrt war der König wieder Gegenstand lebhafter Ovationen.

Rom, 14. März. Der Urheber des Attentats auf den König ist ein junger, bartholoser, verhältnismäßig gut gekleideter Mann von dem charakteristischen Aussehen eines Apachen. Wie sich bei dem Verhör herausstellte, ist der Täter mehrfach vorbestraft, darunter dreimal wegen Diebstahls. In den letzten Jahren ist er Anarchist geworden und zwar individualistischer Anarchist. Zuerst behauptete er, den Revolver gefunden zu haben, doch räumte er später ein, daß er ihn seit einiger Zeit besitze. Während des Verhörs wechselte er mehrmals seine Taktik. Er protestierte dagegen, daß er von der Menge, die ihn lynchen wollte, mißhandelt worden sei. Dann legte er ein halbes Geändrnis ab über die Absichten, die er bei seinem Attentat gehabt, sagte aber nur wenig. Später begann er von seiner Vergangenheit und seinem gegenwärtigen Leben zu sprechen. Er stellte in Abrede, daß ein Komplott bestände; das Verbrechen

habe er allein erfunden und es auch allein ausgeführt. Er habe Vater, Mutter und auch einen Bruder.

Dalba wurden einige Papiere abgenommen. Er hatte einige Schrammen im Gesicht, die ihm von der Menge im Augenblick seiner Verhaftung zugefügt waren. Dalba hatte sich hinter einer Säule des Palais Salviati verborgen. Als der Wagen, in dem sich der König, die Königin und der Generaladjutant Brusati befanden, an dem Palais vorüberfuhr, feuerte er seinen ersten Schuß ab. Er verlebte den Kommandanten der Eskorte, Major Lang, der zur Linken des Wagens dicht neben dem König ritt. Das Pferd machte einen Sprung, doch blieb der Major im Sattel und näherte sich dem Wagen noch mehr, während die Kürassierskorte sich dicht um den Wagen drängte. Darauf gab Dalba noch zwei Schüsse ab und traf den Major Lang am Kopf, so daß er vom Pferde stürzte. Dalba wurde von einem Polizisten festgenommen. Die Menge suchte ihn zu lynchen und verlebte ihn unbedeutend. Dalba schrie: Schlagt mich nur, ich bin Anarchist! Er wurde dann nach dem Polizeikommissariat gebracht. Die Verwundung des Majors Lang scheint nicht sehr schwer zu sein.

Rom, 14. März. Gleich nach dem Attentat wurde bei Dalba eine Haus suchung vorgenommen; es wurde sein Arbeitsbuch beschlagnahmt und daraus festgestellt, daß er bis gestern Abend als Maurer auf einem Bau gearbeitet, dann seine Arbeit niedergelagt und sein Handwerkszeug mit sich genommen hatte unter der Angabe, daß er sich nicht wohl fühle. Heute morgen verließ er zu sehr früher Stunde seine Wohnstätte, nachdem er sich seine beste Kleidung angezogen hatte. Die Mutter Dalbas zeigte sich sehr niedergedrückt, als sie das Attentat erfuhr.

Rom, 14. März. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Der Attentäter gehört keiner politischen Partei an und ist ein geistig zurückgebliebener Mensch. Keine Zeitung führt die Tat auf politische Motive zurück.

Die Läden der Stadt sind als Protest gegen das Attentat geschlossen. Der sinnlose Anschlag erregt Entsetzen und Entrüstung. Soeben erfolgten große Kundgebungen vor dem Quirinal.

Marokko.

Unruhen und Gesche.

Paris, 13. März. Ueber die Unruhen in Marrakesch wird gemeldet: Am 9. März, einem marokkanischen Festtage, wurden mehrere Franzosen, die in einem Wagen außerhalb der Stadt eine Spazierfahrt unternommen und dabei die Volkmenge behindert hatten, von Eingeborenen beworfen. Soldaten brachten die Franzosen in Sicherheit. In der Stadt kam es zu neuen Straßkämpfen, wobei der deutsche Ingenieur Vertram und ein Schweizer Kaufmann Kung durch Steinwürfe verletzt wurden. Die Truppen schritten ein und feuerten auf die Menge. Es heißt, daß mehrere Marokkaner getötet worden seien. Gegenwärtig herrscht wieder Ruhe. (?)

Tanger, 13. März. Nach Casablanca gelangten in den letzten Tagen Privatnachrichten aus Wazagan, denen zufolge der deutsche Ingenieur Vertram und ein Schweizer namens Kung bei einer Ruhe störung in Marrakesch verwundet sein sollen. Die hiesige deutsche Gesandtschaft ersuchte den Vertreter des Sultans, die nötigen Schritte zu tun. Gleichzeitig wurde der hiesige französische Gesandte benachrichtigt.

Casablanca, 12. März. Die Kolonne von aufrührerischen Jemmus angegriffen, die den Marsch der Kolonne von 10 Uhr morgens bis nachmittags um 5 Uhr durch verschiedene Angriffe aufzubrechen versuchten. Der Feind wandte sich schließlich mit erheblichen Verlusten zur Flucht. Auf französischer Seite wurden zwei Mann getötet und 19 verwundet, unter ihnen drei Offiziere. — General Bailloud hat sich heute morgen ausgeschifft, nachdem er 24 Stunden wegen Sturmes an Bord seines Schiffes auf See bleiben mußte.

Casablanca, 13. März. Nachrichten aus der Gegend, welche von der Kolonne Brulard durchzogen wurde, bestätigen, daß die aufrührerischen Beni Oalen ins Gebirge geflohen sind und nicht geneigt zu sein scheinen, um Verzeihung zu bitten. Sie sind mit dem Stamm der Jaian in Verbindung getreten und bitten ihn um Unterstützung, damit sie die französischen Truppen zurücktreiben könnten. Sie erklären, der Zugang zu dieser Gegend sei den Franzosen unmöglich. Je nach dem Gang der Ereignisse wird Brulard sich nach Tizga im Osten oder nach Tedders im Westen begeben.

Afrika.

Die panislamitische Bewegung in Tunis.

Tunis, 13. März. Die eingeborene Bevölkerung boykottiert seit einem Monat die Straßenbahnen, um gegen die Vergünstigungen zu protestieren, die dem italienischen Personal gewährt werden. Eine Untersuchung ist eingeleitet worden. Das panislamitische Komitee leitet die Bewegung, um die Glaubensgenossen durch Einschüchterungen zu verhindern, ihre normalen Lebensgewohnheiten wieder aufzunehmen. 6 Hauptmitglieder des Komitees sind heute früh verhaftet worden, vier sind ausgewiesen, die beiden anderen werden im Süden der Regentschaft eingesperrt werden.

Durch solche Gewaltmaßnahmen wird die französische Regierung die Erregung unter den Eingeborenen nur noch mehr schüren.

Letzte Nachrichten.

Keine Waffenausfuhr nach Mexiko.

Washington, 14. März. (W. T. A.) Das Repräsentantenhaus hat den von dem Senatsauschuß für die auswärtigen Angelegenheiten entworfenen Antrag angenommen, der den Präsidenten ermächtigt, die Ausfuhr von Waffen nach Mexiko zu verbieten.

Ende des Bürgerkrieges in Paraguan?

Buenos Aires, 14. März. Nach Plattermeldungen aus Asuncion haben die Revolutionäre ein Abkommen unterzeichnet, das dem Bürgerkrieg ein Ende macht.

Unerhörte Muttaten im Gerichtssaal.

Alin, 14. März. Die „Königliche Zeitung“ meldet aus New York: Das Grafschaftsgericht von Hillsville in Virginia war heute der Schauplatz einer einzigartigen Geschehnisse. Der Richter Ruffie verurteilte einen gewissen Hladgallen zu einem Jahre Gefängnis, worauf dessen Bruder und Freunde aus ihren Revolvern einen wahren Regentregen eröffneten. Der Richter, ein Staatsanwalt, ein Geschworener und der Scherif wurden von mehreren Kugeln getroffen und getötet, andere Geschworene wurden verletzt. Die Täter entkamen.

Der Kampf der Bergarbeiter vor dem Reichstage.

Reichstag.

26. Sitzung. Donnerstag, den 14. März, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratssitz: Delbrück, Sydow, Velsen. Präsident Knapp gibt der Genehmigung darüber Ausdruck, daß die auf den König und die Königin von Italien abgegebenen verweigerischen Schüsse ihr Ziel verfehlt haben, und teilt mit, daß er in einem Telegramm dem Präsidenten der italienischen Deputiertenkammer die Gefühle des Reichstages übermitteln wird. (Lebhafte Beifall. — Das Haus hat sich von den Plätzen erhoben.)

Ein scheinbarer Antrag der Sozialdemokraten auf Einstellung eines gegen den Abg. Wendel (Soz.) schwebenden Strafverfahrens während der Dauer der Session wird debattelos angenommen.

Der Bergarbeiterstreik.

Die Interpellation des Zentrums lautet:

„Zu der Herr Reichskanzler bereit, über den Stand des Streiks im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier Auskunft zu geben?“

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um unter Verächtlung der berechtigten Wünsche der Bergarbeiter ein rasches Ende des die deutsche Volkswirtschaft schwer schädigenden Ausstandes herbeizuführen?“

Abg. Schiffer-Vorke (Z.) begründet die Interpellation. Es steht außer allem Zweifel, daß die Bergarbeiter berechtigten Wünsche auch hinsichtlich ihrer Löhne haben. Die Löhne haben den Stand von 1907 noch nicht wieder erreicht. Ferner ist zweifellos, daß die Rentabilität der Zechen eine gute, teilweise sogar eine glänzende ist. Im Vergleich dazu muß die Lage der Arbeiter eine durchaus ungünstige genannt werden. Auch der christliche Bergarbeiterverband, der sich an dem jetzigen Lohnkampf nicht beteiligt, hat seit Jahren mit Entschiedenheit eine Lohnherabsetzung verlangt und wird verwehren und dagegen, zu den sogenannten

gelben Verbänden

gerechnet zu werden. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Im Namen aller christlich-nationalen Arbeiter des Ruhrreviers lehnen wir jede Verbindung mit den Gelben ab. (Bravo! im Zentrum.) Die gelben Organisationen, dieses aus Frankreich herübergebrachte Gewächs, sind wahrlich keine Bierde für die deutsche Industrie und noch weniger für die deutsche Arbeitererschaft. (Zustimmung.) Die gelben Gewerkschaften ergreifen ihre Mitglieder zur Unselbständigkeit, zum Scharmachern und, drastisch ausgedrückt, zur Speichelleckerei. (Lebhafte Zustimmung.) Andere aufstrebende deutsche Industrie braucht tüchtige charaktervolle Männer, braucht pflichtvolle und ihrer Pflichten sich bewußte Arbeiter. (Bravo! im Zentrum.) Auch die staatlichen Organe sollten von diesen gelben Gewerkschaften möglichst weit abdrücken, denn die Gelben schädigen und vergiften die deutsche Arbeiterbewegung. (Lebhafte Zustimmung.) Im nationalen Interesse liegen diese Organisationen gleichfalls nicht. Im Ernstfall braucht das Vaterland opferfreudige Helden. Dasselbe Vaterland kann im Wirtschaftsleben keine Feiglinge gebrauchen. Wir Christlichen sind gegen den Streik aus rein sachlichen Gründen. Unsere gewerkschaftliche Methode ist eben vielmehr eine andere, als die der Sozialdemokraten. Wir setzen darauf, daß der Streik auch aussichtslos ist und daß erst alle friedlichen Mittel erschöpft sein müssen. (Sehr richtig! im Zentrum.) Wir nehmen auch

Rücksicht auf die deutsche Industrie.

Die Zechenbesitzer hatten eine Lohnherabsetzung zugesagt. Da hätte man doch erst einmal abwarten sollen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Bis zum St. Nimmerleinstag!) 1905 beim letzten Streik hat England uns mit seiner Kohle wichtige Gebiete abgenommen. Jetzt war Gelegenheit geboten, diese Gebiete wieder zu gewinnen. (Sehr richtig! im Zentrum.) Ehe durch einen Bergarbeiterausstand das deutsche Wirtschaftsleben erschüttert, ja stillgelegt wird, müssen alle, aber auch alle Mittel erschöpft sein. Wir waren aber auch aus taktischen Rücksichten gegen den Streik. Die Bergarbeiter sind bei ihren Kämpfen weit mehr auf die Gunst der öffentlichen Meinung angewiesen als andere Arbeitergruppen. Und was soll die öffentliche Meinung sagen, wenn die Bergarbeiter fast blindlings den radikalen Schreibern nachlaufen, wenn sie ohne Rücksicht auf das gesamte Erwerbsleben einen solchen Kampf heraufbeschwören und wenn es sich bei diesem Kampf in der Hauptsache um einen Sympathiestreik im Interesse der Engländer handelt. (Lebhafte Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Zweifellos ist, daß den englischen Grubenbesitzern dieser Streik sehr angenehm ist, sie brauchen nicht zu befürchten, ihre Absatzmärkte zu verlieren. Die sozialdemokratische „Bergarbeiterzeitung“ schrieb in Nr. 8 vom 10. Februar: „Die Nachricht, daß der alte Bergarbeiterverband seine Mitglieder auffordert, Ueberstunden und Ueberlöhnen zu meiden und den englischen Kameraden den Kampf nicht zu erschweren, hat allgemein Genugtuung hervorgerufen. Wir hoffen, daß die deutschen Bergarbeiter die internationale Solidarität durch die Tat beweisen werden.“ Auch folgendes spricht dafür, daß es sich mehr oder weniger um einen Sympathiestreik handelt. Am 2. Februar kündigte der Zechenverband eine Lohnherabsetzung an. Am 5. Februar fand eine gemeinsame Konferenz der Vertreter der vier Bergarbeiterverbände. — Der christliche Gewerksverein war hier noch dabei. Am folgenden Tage richteten die drei übrigen Verbände eine

recht maßvoll gehaltene Eingabe

an den Zechenverband ein, die nur Lohnforderungen enthielt. Wenige Tage später, ich glaube am 11. v. Mts., lief bereits die Antwort der Zechenbesitzer ein. Wieder eine Woche später, am 19. bis 22. Februar tagte in London eine internationale Konferenz der Bergarbeiterführer, an der auch Herr Schaff und zwei weitere Führer seines Verbandes teilnahmen. Am Schluß dieser Konferenz lief beim Zechenverband eine neue, aber erheblich weiter gehende zehn Forderungen enthaltende Eingabe der drei zusammengehörenden Verbände ein. Sie war allerdings vom 19. datiert, lief aber erst am 22. Februar ein. Es ist doch recht auffallend, daß gerade in der Zeit, wo der maßgebende Führer sich in London aufhielt, ein so radikaler Umschwung in der Taktik der drei Verbände eingetreten ist. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Unfinn!) Ich würde es mir als Führer sehr verbitten, wenn ein so wichtiger Umschwung in meiner Abwesenheit erfolgen würde. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Sache hat die Eingabe ja veranlaßt, bevor er abreist!) Dann wundere ich mich nur, daß die vom 19. datierte Eingabe nicht gleich abgeschickt wurde, sondern liegen blieb, bis vielleicht von London telegraphische Anweisung kam. Also der Eindruck besteht in weiten Kreisen der Öffentlichkeit, daß es sich um einen Sympathiestreik für die englischen Bergarbeiter handelt. (Sehr richtig! im Zentrum und rechts.) Weiter kommt in Betracht, daß seit Jahr und Tag systematisch von den Führern des alten Verbandes auf den Streik hingedringt wurde, sowohl in der Presse, wie besonders im

stillen unter der Grubenbelegschaft. Auch aus diesem Grunde konnte der christliche Verband schließlich nicht mehr mit den anderen Verbänden zusammengehen, denn es war eben zu klar, daß die ganze Tätigkeit des alten Verbandes zum Kampf drängte. Gewiß scheuen auch die christlichen Gewerkschaften den Kampf nicht, das haben sie oft genug bewiesen. Für den alten Verband scheint auch der Umstand maßgebend gewesen zu sein, daß die Gelegenheit günstig schien, die christlichen Gewerkschaften empfindlich zu schädigen, wie das noch immer die Absicht aller dieser Bewegungen war. Ich erinnere an das Wort vom schmerzstillenden Halsband, das man 1905 dem christlichen Gewerksverein hätte umlegen sollen. Damals wurde der

Berschmelzungsdrammel

propagiert, man meinte wozu die Zersplitterung, man sollte einen Verband gründen! (Lebhafte sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Nein, die prinzipiellen Gegensätze zwischen Ihnen und uns wollen wir nicht vermischen lassen durch eine recht dunkle Taktik. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Dieser Verschmelzungsdrammel ist nicht gelungen und jetzt scheint das Halsbandrezept wieder versucht zu werden. Aber auch das wird nicht zum Ziel führen. Wir Christlichen haben einen großen Weisheitsbeweis, als wir erkannten, daß die Sozialdemokraten den Kampf nur des Kampfes wegen wollten. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Wir wissen die Bedeutung einer gut prosperierenden Industrie zu schätzen, und die Grubenbesitzer sollten sich daher auf Verhandlungen mit den nationalen Arbeitern einlassen und ihnen Zugeständnisse machen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Da können Sie lange warten. Die weiteste Deffentlichkeit hat das Recht zu einem

Appell an die Grubenherren,

sie mögen mit den Arbeiterauschüssen auch in der Lohnfrage verhandeln. (Beifall im Zentrum.) Aber das muß schnell geschehen, sonst werden auch die nationalen Arbeiter schwanzend. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge, in bezug auf die soziale und geistige Hebung der Arbeiter im Ruhrrevier ist seitens der Zechenherren bisher nur wenig, teilweise fast gar nichts geschehen. (Lebhafte Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Sie sehen, wir beschönigen die Mißstände absolut nicht. Aber wir betrachten die Medaille von beiden Seiten. Trotz aller gegenteiligen Behauptungen kann ich mitteilen, daß bisher kein einziges Mitglied des christlichen Gewerksvereins sich freiwillig am Streik beteiligt. (Lebhafte Hört! hört! im Zentrum und rechts. Stürmisches Gelächter links.) Vielleicht legen Sie uns einige dieser Exemplare auf den Tisch nieder. Einige Mitglieder des christlichen Gewerksvereins streifen allerdings, eben nur infolge des schlimmsten Terrorismus der Sozialdemokraten. (Hört! hört! rechts.) Der Weg zur Arbeitsstätte wurde ihnen versperrt, sie wurden verhöhnt, verspottet, beschimpft, ja tätlich angegriffen. (Erneutes Hört! hört! rechts und im Zentrum.) Infolge des mangelhaften Schutzes hat der Terrorismus im Ruhrrevier in den letzten Tagen geradezu Triumphe gefeiert. (Stürmisches Hört! hört! rechts und im Zentrum, lebhaftes Unterbrechung links.) Es ist mir berichtet worden... (Lebhafte Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Ich selbst warja garnicht da... aber von zuverlässigen Leuten ist mir berichtet worden, daß dort, wo die Sozialdemokraten die Mehrheit haben, der Mob die Straße beherrscht hat. (Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Zuerst streikte nur der dritte Teil der Belegschaft, jetzt infolge des mangelhaften Schutzes und des erhöhten Terrorismus die Hälfte. Viele Sozialdemokraten arbeiten weiter, allerdings da, wo der christliche Gewerksverein im Revier die Majorität hat. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Märchen!) Ueberhaupt ist die anständige Bergarbeiterschaft gegen den Streik. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Unfinn!) Ich rufe nicht nach Militär, aber ich höre heute mittag, daß Militär schon dort sein soll. (Zuruf rechts: auch notwendig!) Wir überlassen die Maßnahmen vollkommen der Regierung. Wir verlangen nur, daß die volle Schutzfreiheit auch für den Arbeiter im Ruhrrevier unter allen Umständen gewahrt wird. (Beifall rechts und im Zentrum.) Die Ansammlungen auf den Straßen müssen aufhören. Gegen eine friedliche Einmischung auf Arbeitsplätze durch ruhige Streikposten haben wir nichts einzumenden. Aber wir sind gegen jede gewalttätige Beeinträchtigung. (Zurufe bei den Sozialdemokraten.) (Zuruf im Zentrum: Maul halten!) Koch schlimmer als in Roabit (Hul hul! Rufe bei den Sozialdemokraten.) wurden Frauen und Kinder in die ersten Reihen gestellt, und halbwillkürliche Vorurteile geben den Ton an. Die Ausschreitungen sind regelrecht organisiert, planmäßig inszeniert und werden von oben herab dirigiert. (Hört! hört! rechts.) Ohne eine regelrechte Organisation wäre dieser umfassende Terrorismus nicht gut möglich. Da war es 1905 anders, und niemand wurde belästigt. Trotz alledem möchte ich zum Schluß dem Wunsch Ausdruck geben, daß der Kampf für unsere wackeren Bergarbeiter, die zum Gegen der Ungerechtigkeit ihrem gefährlichen Verufe nachgehen, zu einem guten Ende geführt werden möchte. (Lebhafte Beifall rechts und im Zentrum, stürmisches Zurufe bei den Sozialdemokraten: Judas! Verräter! Wiederholter Beifall rechts, erneute Pfuirufe bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Knapp: Pfuirufe widersprechen der Ordnung des Hauses.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Es handelt sich um die Arbeits-einstellung eines Teiles der Bergarbeiter im Ruhrrevier. Es handelt sich also um eine Angelegenheit, die, streng genommen, vor den Preussischen Landtag gehört, insofern die Vergeltung einschließlich der Regelung der Rechtsverhältnisse der Bergarbeiter zum Ressort der Einzelstaaten gehört. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Leider!) und auch die Exekutive bei den Einzelstaaten liegt. Damit ist auch für den Reichskanzler und für die Verbündeten Regierungen

eine gewisse Schranke für ein unmittelbares Eingreifen

in die Entwicklung der Dinge gegeben. Auf der anderen Seite ist ja unbestreitbar, daß die Verfassung des Reiches, insbesondere zahlreiche Bestimmungen der Gewerbeordnung und andere die Rechtsverhältnisse der Arbeiter betreffende gesetzliche Bestimmungen, in die Verhältnisse der Bergarbeiter eingreifen, und es kann keinem Zweifel unterliegen, daß eine Arbeitseinstellung im Ruhrrevier ein Ereignis ist, das in seinen Wirkungen weit hinausreicht über den Kreis der unmittelbar beteiligten Arbeitgeber und Arbeitnehmer, weit hinausreicht über die Grenzen des Ruhrreviers und des preussischen Staates, eingreift in die Verhältnisse weiter Kreise der Bevölkerung im ganzen deutschen Vaterlande und geeignet ist, die ruhige Entwicklung in unserer Industrie zu bedrohen und uns vor die Gefahr einer ernstlichen Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung zu stellen. Unter diesen Umständen hat der Reichskanzler wie in ähnlichen Fällen es für seine selbstverständliche Pflicht erachtet, die an ihn gestellte Anfrage zu beantworten und mit Ihnen die Lage zu erörtern. Der Reichskanzler würde der Bedeutung der Sache und dem Ernst der Situation entsprechend selbst jetzt an dieser Stelle stehen, um die Interpellation

zu beantworten, wenn er nicht durch eine dringliche Sitzung abgehalten wäre. Er behält sich aber vor, zu einem späteren Zeitpunkt in die Debatte einzugreifen. Wenn Sie fragen, was die Reichsregierung zu tun gedenkt, um den Streik zu einem befriedigenden Ende zu bringen, so bin ich genötigt, zunächst noch einmal kurz die Frage zu erörtern:

Wie ist dieser Streik entstanden und was sind seine Ursachen?

Denn ohne Kenntnis der Ursachen wird es schwer sein, Mittel zu finden und Vorschläge, um ihn zu beseitigen. Sie wissen alle, daß bereits im vorigen Herbst eine Lohnbewegung unter den Bergarbeitern einsetzte, die zu einem festen Abschluß nicht gelangte. Die Bewegung ist dann im Anfang dieses Jahres wieder lebendiger geworden, und am 6. Februar dieses Jahres wandten sich die drei vereinigten Bergarbeiterverbände, der sozialdemokratische, der Christlich-Deutscher und der polnische, in einer gemeinsamen Eingabe an den Zechenverband in Essen und den bergbauischen Verein. In dieser Eingabe wurden 10 Forderungen gestellt. An erster und wichtigster Stelle stand die Forderung nach einer allgemeinen 15prozentigen Lohnherabsetzung, daneben wurden Wünsche auf Verkürzung der Arbeitszeit, Befestigung des Zechenarbeitsnachweises und eine Reihe anderer bekannter Forderungen der Bergarbeiter erhoben bzw. wieder laut. Der christliche Gewerksverein und der evangelische Bergarbeiterverband haben sich diesem Schritt nicht angeschlossen, sondern sind selbständig vorgegangen. Der Zechenverband antwortete alsbald, zugleich namens des bergbauischen Vereins unter dem 12. Februar, daß die beiden Verbände aus wiederholt dargelegten Gründen in Lohnfragen nicht zuständig seien. Die Antwort fuhr fort: Wir unterlassen aber nicht, darauf hinzuweisen, daß abgesehen von der seit Anfang 1910 bereits eingetretenen allgemeinen Steigerung und infolge der vom Kohlen- und Eisenerz zum 1. April beschlossenen Preiserhöhung eine Erhöhung der Schichtlöhne im nieder-rheinisch-westfälischen Bergbau teils erfolgt ist, teils unmittelbar bevorsteht. Eine Erhöhung auch der übrigen Löhne muß angesichts der starken Beschäftigung der Industrie mit Sicherheit erwartet werden, vorausgesetzt, daß das Wirtschaftsleben von Störungen verschont bleibt.

Auf diese in der Form ablehnende, in der Hauptfrage — der Lohnfrage — entgegenkommende Antwort richteten die drei Bergarbeiterverbände dieselbe Eingabe am 20. Februar an die einzelnen Zechenverwaltungen, ich glaube, es sind 165. Am Schluß der Eingabe war der Wunsch ausgesprochen, innerhalb 14 Tagen, also bis zum 5. März, eine Antwort zu erhalten, weil die drei Verbände dann über die weiteren Schritte beraten wollten. Bis zum 5. März sind 80 Antworten von 135 Zechen eingelaufen. 10 Zechen haben nicht geantwortet. Ein Teil der Antworten hatte folgenden Wortlaut: „Wir müssen es ablehnen, und zu den von Ihnen gestellten Forderungen zu äußern, da lediglich die nach gesetzlicher Vorschrift gebildeten Arbeiterauschüsse berufen sind, Anträge und Wünsche, sowie Beschwerden der Arbeiter zur Kenntnis der Zechenverwaltungen zu bringen.“ Die übrigen Antworten lauteten ähnlich, mit dem Ausdruck des Bedauerns, daß man zu Verhandlungen nicht in der Lage sei und mit dem Hinweis auf die Arbeiterauschüsse als die berufenen Vertreter der Arbeiter. Am 6. März fand eine Vorberaterskonferenz der beteiligten Organisationen statt. Sie bezieht sich im Prinzip ablehnend gegen ein Verhandeln mit den Arbeiterauschüssen, mit der Begründung: es stehe schon fest, daß die Arbeiterauschüsse wegen der schlechten Erfahrungen von 1911 sich weigern würden, nochmals über die Lohnfrage mit den Zechenverwaltungen in Verhandlungen einzutreten. Ich entnehme diese Kenntnis aus dem „Vorwärts“ vom 9. März. Bis zum 6. März war nach meiner Ansicht ein Anlauf zu einer Beurlaubung nicht vorhanden, sofern es sich tatsächlich nur darum handelte, eine Steigerung der Löhne in angemessenem Umfange herbeizuführen.

Die Situation war nach meiner Ansicht günstiger als in vielen ähnlich liegenden Fällen. Die Konjunktur liegt, eine Erhöhung der Kohlenpreise war in Aussicht gestellt, die Löhne stiegen, die Zechenverwaltungen waren bereit, weitere Steigerungen eintreten zu lassen. Sie waren, was früher nicht immer der Fall war, wenigstens in ihrer Mehrzahl auch bereit, mit den Arbeiterauschüssen über die Lage der Löhne und den zukünftigen Stellung zu verhandeln. Inzwischen wurde die Situation etwas unruhiger. In der Presse tauchten Hinweise auf den großen Bergarbeiterausstand in England auf. Gleichzeitig wurde von verschiedenen Rednern verschiedener Parteien dieses hohen Hauses meine Aufmerksamkeit auf die Bergarbeiterbewegung gelenkt. Ich hielt es nunmehr für angezeigt, mit den betreffenden Abgeordneten aus diesem Hause in Erörterungen einzutreten, um aus ihren Äußerungen ein Urteil darüber zu gewinnen, ob ich meinerseits die Sache richtig oder falsch beurteilt hatte. Auf Grund einer mündlichen Befragung wurden zu mir folgende Abgeordnete geladen: Behrens, Giesberts, Sasse, Schmidt und Sosinich. Am anderen Tage erschien auch — ungelesen — der frühere Abgeordnete Hue. (Lebhafte Hört! hört! rechts und im Zentrum. Zuruf bei den Soz.: Der ist Ihnen wohl besonders unbehagen?) In dieser Befragung wurde festgestellt, daß es wesentlich zur Beruhigung beitragen würde, wenn die Zechenverwaltungen Auskunft über den derzeitigen Stand der Lohnfrage geben würden. Es ist richtig, daß von Seiten der Vertreter des alten Verbandes betont wurde, daß die Verhandlungen darüber noch im Laufe der vorigen Woche stattfinden müßten, wenn sie Erfolg haben sollten. Das wichtigste war, daß ich meinerseits die Ueberzeugung gewann, daß mein Urteil insoweit richtig gewesen war, daß wenn es sich um eine Erhöhung der Löhne handelte, ein Streik nicht geboten war, und daß die Möglichkeit gegeben war, zu einem friedlichen Ende zu kommen. (Hört! hört!)

Ich habe mich zu diesem Zweck an den preussischen Handelsminister gewandt, der mir seine Unterstützung zusagte, aber gleichzeitig mitteilte, daß er bereits in demselben Sinne eingewirkt habe und kein Zweifel darüber bestehe, daß man in den Kreisen der Zechenverwaltung bereit sein würde, den von uns vorgeschlagenen Weg zu betreten, eine Auffassung, die auch mir von führenden Leuten aus dem Ruhrrevier bestätigt wurde. (Hört! hört! rechts.) Der „Vorwärts“ vom 9. März enthielt einen Artikel, aus dem ich den Eindruck gewann, daß es sich doch empfehlen dürfte, noch einmal darauf hinzuweisen, wie nötig und nützlich ein ruhiges Abwarten und ein Verhandeln mit den Zechenverbänden sein würde. Das gab Veranlassung zu dem Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, der nochmals den Zechenverwaltungen Verhandlungen ans Herz legte und noch einmal den Arbeitern das Beweisen schärfen sollte für die Verantwortung, die sie übernehmen würden, wenn sie diese Verhandlungen ablehnen sollten und gerade unter den obwaltenden Verhältnissen unter Kontraktbruch in den Streik eintreten würden. Am 10. März waren die belangen-Verhandlungen, die zum Streik führten. Diese Verhandlungen wurden bekanntgegeben in der Resolution der Herner Bezirkskonferenz, in der ein einseitiges Vorgehen der Bergarbeiter und eine Fortsetzung des Streiks, bis die Konfliktkonferenz darüber entschieden habe, empfohlen wurde. Um ganz gewissenhaft zu sein, muß ich feststellen, daß in den vorangegangenen Tagen ein Teil der Zechen und zwar ein ganz kleiner Teil allerdings Verhandlungen

mit ihren Arbeiterauschüssen abgelehnt hatten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Ran begann am 11. März der Streik. Wie sich die christlichen Gewerkschaften dazu gestellt haben, hat Herr Schiffer eingehend dargelegt; ich habe seinen Ausführungen nichts hinzuzufügen. (Weiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Sie bestätigen in dem für mich im Augenblick allein wichtigen Punkte die Richtigkeit der Anschauung, daß der Zeitpunkt für einen Streik noch nicht gekommen war, auch wenn man auf dem Standpunkt der christlichen Bergarbeiter stand, die eine Reihe erheblicher Forderungen an die Bergverwaltungen stellen zu müssen glaubten. Eine ähnliche Stellung haben die evangelischen Bergarbeiter eingenommen. Ich bin auch heute noch der Meinung, daß, wenn es sich nur darum handelte, eine angemessene Erhöhung der Löhne herbeizuführen, der Streik nicht notwendig war, und daß er jedenfalls begann, ehe alle friedlichen Mittel erschöpft waren. (Sehr richtig! im Zentrum und rechts.) Ich will hier in keine Untersuchung eintreten, was zuletzt die Ursache dieses Streiks gewesen ist, welche Erwägungen der Führer den Streik schließlich ausgelöst haben. Es ist richtig, daß die sozialdemokratische Presse auf England hingewiesen hat, obwohl sie ausdrücklich verneint hat, daß ein Sympathiestreik beabsichtigt wäre, andererseits hat diese Presse darauf hingewiesen, daß am 11. März — das war der Tag, an dem in einer Reihe anderer Länder Sympathiedemonstrationen für die englischen Bergarbeiter beabsichtigt waren, alle diese Länder ihre Augen auf das Verhalten der deutschen Bergleute richteten würden. (Hört! hört! rechts.) Ich möchte feststellen, daß mir eine ganze Reihe von Protokollen über Ausschuhverhandlungen vorliegen, in denen die Ausschuhmitglieder des alten Verbandes erklären, die Lohnverhältnisse ihrer Felsen so, daß man zweifeln könne, ob ein Streik notwendig ist (Hört! hört!); es handelt sich aber nicht um die Löhne, sondern um einen von der Organisation befohlenen Streik. (Hört! hört! rechts. Abg. Ledebour: Das stand in den Protokollen?) — Ja, das steht in den Protokollen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Nun, ich erkläre hiermit ausdrücklich: die Frage, was den Streik veranlaßt hat, will ich heute und hier nicht entscheiden, es hat nämlich auch kein Interesse. Was ich nun noch weiter darzulegen habe, ist die zweifelloste Wichtigkeit der Auffassung, daß der Streik, wenn er eine Lohnverbesserung erstrebt, in diesem Augenblick nicht notwendig ist. (Jurist bei den Sozialdemokraten: Das ist Ihre Auffassung!) Gewiß, ich werde sie gleich des Näheren darlegen. Der Staatssekretär gibt nunmehr Zahlentabellen für die Bewegung der Kohlenpreise auf der einen und der Bergarbeiterlöhne auf der anderen Seite für die Jahre 1906—1911 bzw. 1912.

Die Preise seien bei der Zeitskizze im Jahre 1911 gegen das Jahr 1907 um 5,5 Proz., bei dem Hochsommer um 10 Proz. zurückgegangen; dagegen seien die Löhne — wenn man die Verminderung der Zahl der Schichten mit in Rechnung stellt — im Jahre 1911 gegen die des Jahres 1907 nur um 4 Prozent zurückgegangen, für alle Bergarbeiter berechnet, bei den Häuern um 7 Prozent.

Um diese Zahlen richtig zu würdigen, muß man sich auch vor Augen halten, wie die Verhältnisse sich voraussichtlich 1912 gestalten werden. Hierfür habe ich vor mir eine Reihe von Zahlen der fiskalischen Reche. Aus diesen Zahlen ergibt sich, daß die Löhne in diesen Werken jetzt schon den Höchststand des Jahres 1908 überschritten haben. (Hört! hört!) Nun wird man mir vielleicht sagen, daß das fiskalische Rechen seien, und daß die fiskalischen Rechen in den Löhnen immer etwas voranzugehen pflegen. Das ist an sich richtig, ändert aber nicht das Geringste daran, daß die hohen Löhne in den fiskalischen Rechen des Ruhrreviers zu einem Teil zurückzuführen sind auf die Lage in anderen Revieren. Ich habe hier auch eine Anzahl Lohnangaben von Privatgewerken, die eine ganz ähnliche Entwicklung zeigen. Auch sie ergeben durchweg seit 1911 bis in das Jahr 1912 hinein eine zum Teil erhebliche Steigerung der Löhne über das Musterjahr 1908 hinaus. Nun wird man einwenden, daß selbst wenn der Fiskus und eine Reihe von Privatgewerken dieses günstige Bild zeigen, das kein Beweis dafür sei, daß nun die anderen Rechen das auch machen werden. Jeder, der die Verhältnisse kennt, weiß, daß das ausgeschlossen ist, daß die Löhne auf den einzelnen Rechen zwar aus verschiedenen Gründen schwanken, daß aber, wenn der Fiskus und große Rechen eine Lohnsteigerung vornehmen, die anderen Rechen unter allen Umständen folgen müssen. (Lebhaft Zustimmung im Zentrum.) Die Entwicklung der Dinge ist also nicht so gewesen, daß ein Streik notwendig gewesen wäre. (Hört! hört! rechts und im Zentrum.) Nun kommt noch hinzu, daß auf die Anregung der Bergverwaltungen hin fast ausnahmslos noch im Laufe dieser Woche mit den Arbeiterauschüssen verhandelt worden ist und zwar auch auf den Rechen, die grundsätzlich die Arbeiterauschüsse für die Lohnfrage nicht als zuständig betrachten.

Allerdings ist, das will ich ausdrücklich feststellen, eine 15prozentige Lohnherabsetzung als nicht durchführbar bezeichnet worden,

und zwar schon aus technischen Gründen, die jeder mit den Verhältnissen vertraut kennt. Den Arbeiterauschüssen sind die Verhältnisse in den einzelnen Felsen eingehend dargelegt worden. Die Rechen haben die tatsächliche Lage den Ausschuhmitgliedern geschildert, wonach schon jetzt die Löhne seit Monaten im Aufsteigen begriffen sind, und sie haben ihnen zugesichert, daß bei anhaltender Konjunktur ein weiteres Ansteigen eintreten wird. Das alles beweist, daß die Rechen ein weites Entgegenkommen gezeigt haben. Aber die Rechen sind noch weiter gegangen. Sie wären in der Lage gewesen, sämtliche Arbeiter, die am Montag unter Kontraktbruch die Arbeit niedergelegt haben, nach dreitägigem Fehlen als entlassen anzusehen und sie mit einem sechstägigen Sühntage zu bestrafen. Die Rechen haben das nicht getan, sondern sie haben den Termin auf den nächsten Sonnabend verschoben. Sie wollen damit den Bergleuten die Möglichkeit geben, noch einmal die Verhältnisse zu prüfen, und sie wollen denjenigen Arbeitwilligen, die in der Unruhe der ersten Tage infolge mangelhafter Schuhs auf dem Wege zur Arbeit zurückgehalten wurden (Hört! hört! rechts), ermöglichen, ohne Verluste zu erleiden, unter stärkerem Schutze wieder zur Arbeit zu gehen. (Weißal rechts und im Zentrum, Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Ich schließe diesen Teil meiner Ausführungen mit der nochmaligen Betonung, daß angesichts des Verhaltens der Bergverwaltungen, des Standes der Löhne, kein hinreichender Anlaß zu einem Streik vorlag. (Sehr richtig! rechts. — Jurist bei den Sozialdemokraten: „Anwalt des Bergverbandes!“) Hier wird mir vorgeworfen, ich sei ein

Anwalt der Rechen.

(Lachen im Zentrum.) So lange ich ein öffentliches Amt bekleide, bin ich bemüht gewesen, die Dinge objektiv und ruhig darzulegen. Was ich hier gesagt habe, sind keine Meinungen, sondern feststehende Zahlen, und ich halte mich für verpflichtet, dieses Material vor dem Lande bekanntzugeben, damit man draußen in der Lage ist, sich über die Notwendigkeit der jetzigen Lohnbewegungen ein unbefangenes Urteil zu bilden. (Lebhaftestem Beifall rechts und im Zentrum. — Jurist bei den Sozialdemokraten: Lebensmittelpreise!)

Ran hat mich nun gefragt, was ich unter den obwaltenden Umständen

zur Beilegung des Streites tun könne.

Selbst wenn ich geneigt wäre, jetzt einzugreifen, würden dazu die eigentlichen Voraussetzungen fehlen. (Sehr richtig!)

Sie (zu den Sozialdemokraten) sind in den Streik getreten. (Jurist bei den Sozialdemokraten: Wir?) Ja, meine natürlich Ihre Leute. (Weiterkeit.) Also trotz der Bereitwilligkeit der Rechen zu Verhandlungen ist der Streik begonnen worden. Wir werden zunächst einmal abwarten müssen, zu welchem Ergebnis das Verhalten der Bergverwaltungen in dieser Woche führen wird. Geht der Streik weiter, so können Sie mit ziemlicher Sicherheit annehmen, daß die Bergverwaltungen dann zu nichts mehr

Bereit sein werden. (Sehr richtig! rechts und im Zentrum. Erneuter Jurist bei den Sozialdemokraten: Rechtsanwalt!) Ich bin kein Anwalt der Rechen, sondern ich prüfe jetzt die Chancen des Streiks. Eine Vermittlung sans phrase würde den Streik nicht beendigen, sondern nur verlängern. Eine Vermittlung kann nur dann mit Erfolg aufgenommen werden, wenn die Zeit dafür reif ist, und

wenn beide Teile für die Vermittlung bereit sind.

Ein vorzeitiges Eingreifen in eine derartige Bewegung würde ein direkter Fehler sein und würde das Ende nur hinauschieben. (Sehr richtig! rechts.)

Wenn in dieser ganzen Entwicklung der Streik des Jahres 1912 ein ganz anderes Bild bietet, wie der Streik von 1906, so hat er auch auf der anderen Seite ein neues Bild gezeigt, das auch für die Behörden in erster Linie allerdings für die Landesbehörden, eine Reihe neuer schwieriger Aufgaben gebracht hat. Die Arbeitseinstellung war nur eine teilweise. Nicht nur große Mengen unorganisierter, sondern auch der größte Teil der christlichen Bergwerkschaften beteiligten sich an der Arbeitseinstellung am Streik nicht. Diese große Menge organisierter Arbeitwilliger stellt selbstverständlich an die Behörden die Anforderung eines absoluten und sicheren Schutzes. (Weißal rechts und im Zentrum, Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Die Arbeitwilligen können beanspruchen, daß die Wege zu den Rechen frei sind, daß sie ohne Schädigung ihres Körperes und ihrer Ehre den Weg zur Arbeit zurücklegen können.

Die Behörden in Preußen sind sich der Bedeutung ihrer Aufgabe keinen Augenblick nicht bewußt gewesen.

(Jurist bei den Sozialdemokraten: Das wußten wir!) Der Schutzbereich der Arbeitwilligen ist im weitesten Umfange durchgeführt. Es sind

6000 Polizeimanschaften im Ruhrrevier

vereint worden, und wir haben die Hoffnung, daß es uns gelingen wird, mit diesem Material den Arbeitwilligen Schutz zu gewähren. (Weißal rechts und im Zentrum.) Diese Maßnahmen sind notwendig gewesen, auch nach meiner persönlichen Ueberzeugung notwendig gewesen, weil wir Ihre (zu den Sozialdemokraten) Disziplin dabei überschätzt haben. (Sehr richtig! im Zentrum.) Wir bleiben dabei, was der preussische Minister wiederholt erklärt hat: Es ist in Preußen nicht üblich, zur Unterstützung der Polizei Militär heranzuziehen, sofern es nicht absolut notwendig ist. Wenn im Streikgebiet das Polizeipersonal, nachdem es nun genügend eingemüht ist, nicht genügt, um die Arbeitwilligen zu schützen, so wird die Regierung nicht zögern, Militär heranzuziehen.

(Stürmische Unterbrechung bei den Sozialdemokraten: Schießen! Schießen!) Wer zuerst geschossen hat, das wird sich noch herausstellen. (Jurist bei den Sozialdemokraten: Auf Vater und Mutter wird nicht geschossen, sondern es werden die Arbeitwilligen geschätzt gegen Angriffe auf ihre Gesundheit, auf ihre Ehre. (Stürmischer Beifall rechts und im Zentrum.) Die öffentliche Arbeit zu schützen, das ist die Aufgabe des Staates. (Lebhaftestem Beifall rechts und im Zentrum. Stürmische Unterbrechung bei den Sozialdemokraten.) Das mag Ihnen unangenehm sein, aber daran sind diejenigen schuld. (Der Redner wird vom Lärm verjüngt.) Wir werden unumschüsslich gegen die einschreiten, die die Freiheit anderer unwürdig beschränken. (Stürmischer Beifall rechts und im Zentrum.)

Abg. Sachse (Soz.):

Als diese Interpellation eingebracht wurde, stand es im Ruhrrevier ungefähr wie im Jahre 1889. Damals befehligte der kommandierende Offizier an seine Behörde, als Militär zugezogen war: „Es ist hier alles ruhig bis auf die Zivilbehörden!“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ähnlich könnte man diesmal sagen:

„Es ist hier alles ruhig bis auf das Zentrum und seine Helfershelfer.“

(Lebhaft Zustimmung bei den Sozialdemokraten, Lachen rechts und im Zentrum.) Wenn alles so gegangen wäre, wie die Führer des christlichen Gewerkschafts sich den Plan gedacht haben, wenn in Ihren Reihen die Disziplin so gewesen wäre, wie man geglaubt hat, oder wenn es wahr gewesen wäre, daß sogar Massen von Verbändlern nicht einmal mit dem Streik einverstanden waren, daß dieselben Anteil der Unorganisierten nicht vom Streik wissen wollten, dann wäre die Unruhe bei den Zentrumsanhängern nicht eingetreten und wahrscheinlich auch diese Interpellation nicht so fruchtbar eingeleitet worden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Jedenfalls ist auffallend, daß am Tage, wo in der „Kölnischen Volkszeitung“ zu lesen war, daß die christlichen Arbeiter sich dem Streik anschließen, hier diese Interpellation eingebracht wurde. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Am Mittwoch schrieb die „Kölnische Volkszeitung“ aus Essen: „Aus einer Reihe von Rechen namentlich im Duisburger Revier, ist ein, wenn auch nicht gerade bedeutender, Prozentsatz christlicher Bergarbeiter, die gestern noch anführten, heute der Arbeit ferngeblieben.“ (Jurist rechts: Die werden Sie schon behandeln haben!) Darauf komme ich noch, was daran wahr ist. Gestern bestätigte die „Kölnische Volkszeitung“, daß auch im Recklinghauser Revier, das Herr Schiffer betrifft, eine größere Zahl christlicher Arbeiter sich dem Streik anschließen vorgestern war ich in Bochum. Dort ist kein Zusammenstoß gewesen, bis heute nicht. Trotzdem haben am Mittwoch nachmittags christlich organisierte Leute angefragt, ob sie in demselben Lokal, wo unser Streikbureau ist

auch ihr Streikbureau eröffnen können.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Diese christlichen Arbeiter haben eben noch dasselbe lam eraschastische Gefühl wie 1906. (Sehr gut! d. d. Soz.) 1906 haben sie mit den sozialdemokratischen Verbändlern, wie Sie sie meinetwegen nennen, in demselben Zimmer ihre Streikbureaus errichtet, kameradschaftlich haben sie das getan, und sie wären heute noch bereit dazu, wenn nicht eine Anzahl Leute aus der Mänchen-Gladbacher Schule sie vollständig verneigt und irreführten hätten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Auf der Reche Viktorja freilich schon Mittwoch früh ein paar hundert Christliche. (Jurist im Zentrum.) Wenn sie gezwungen worden wären von den Verbändlern, dann hätten sie sich bei dieser verdammt Wunde nicht als Mitglieder angemeldet. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der christliche Bezirksleiter hat sie sofort insinuiert gedient, doch nicht dem Verbands beizutreten, er würde auch ein Streikbureau für sie errichten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Eine große Anzahl von ihnen haben sich aber nicht halten lassen und sind doch übergetreten.

Ran hat Herr Schiffer heute gegen die Weiden gesprochen. (Weiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Er hat den Leuten wirklich ungerrecht getan. Das Organ der Weiden von Essen hat, als die Generalversammlung des christlichen Gewerkschafts beschloß, sich nicht an der Lohnbewegung zu beteiligen, und die Gründe dafür angab, geschrieben:

Das sind gesunde gelbe Ansichten!

Diese Gründe der Christlichen können wir uns zu eigen machen. (Lebhaftestem Beifall! Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der „Bergknappe“ schrieb darauf hin, daß die Weiden auf diese Weise nur den Sozialdemokraten in die Hände arbeiten. Herr Schiffer sagte noch weiter, er werde den Eindruck nicht los, daß es sich um einen internationalen Sympathiestreik handle. Er meinte, am 2. Februar sei die Lohnbewegung losgegangen. Da vor der Herr Staatssekretär ehrlicher. Er hat der Wahrheit die Ehre gegeben und hat anerkannt, daß die Lohnbewegung schon über ein Jahr alt ist. Ich habe schon am 4. März ausgesprochen, daß die Lohnbewegung schon aus dem Spätherbst 1910 stammt und habe gesagt, und wenn in England gar nichts vor sich gegangen wäre, dann

hätten wir in Deutschland nach der Wahlbewegung die Lohnbewegung bekommen, weil sie unbedingt notwendig war, da die Bergherren nicht nachgeben. Ähnlich wie Herr Schiffer heute, schrieb auch die „Kölnische Volkszeitung“, es scheint, als ob die Formulierung der Forderungen am 19. internationale Made sei. Nein, meine Herren, das ist vollständig unklar. Ich will Ihnen, wenn Sie gar so unwissend sind, Herr Schiffer, wie sich solche Sachen abspielen, sagen, wie es sich verhalten hat: Am 19. Februar war Sitzung des sogenannten Dreibundes — auf den Namen sind wir stolz — wo diese spezialisierten Forderungen aufgestellt wurden und natürlich von demselben Tage datiert wurden. Dann wurden zwei Kollegen von demselben Verband beauftragt, die Begründung zu diesen Forderungen zu schreiben, die Eingabe dann sofort in Druck zu geben und an die Bergverwaltungen abzusenden. Am 19. abends fuhren wir nach London. Dazu haben die Kameraden die Begründung geschrieben, am 20. in die Druckerei gegeben, am 21. abgeschickt und am 22. ist sie in die Hände der Bergherren gekommen. Damit ist die ganze Verächtigung und die in der „Köln. Ztg.“ ausgesprochene Verleumdung zurückgewiesen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Herr Schiffer hat es dann so hingestellt, als wären wir Verbändler nach dem Streik von 1906 darauf ausgegangen, den christlichen Verband

das schmerzliche Hälssband

anzulegen. Ja, Kollege Schiffer, Sie wissen doch, daß wir mit unserem Genossen Haenisch gerade dieser Sache wegen schwere Auseinandersetzungen gehabt haben, Sie und Herr Wiesberts müssen wissen, daß diese Angelegenheit von uns nicht gutgehen worden ist. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Deshalb wundere es mich, wie Sie heute noch den traurigen Mut haben können, mit dieser Behauptung zu kommen. Ich weise es auf das entschiedenste zurück, daß man die Aeußerung eines einzelnen herausgreift und dem ganzen Verband als Absicht unterstellt. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Kollege Schiffer hat gefordert und der Staatssekretär hat zugefagt: volle Freiheit den Arbeitern, die arbeiten wollen.

Wir fordern auch volle Freiheit für die, die nicht arbeiten wollen.

(Lebhaft Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Schamlos wäre es von einem Arbeiter, wenn er das Gegenteil verlangen wollte. Der Oberbürgermeister von Essen hat das begriffen, ihm sind jedenfalls Vorgänge gemeldet worden, die darauf hindeuteten, daß er auch die Streikenden schützen müsse. Daher hat er belohnt gemacht, daß er der Meinung sei, daß beide Seiten geschützt werden müssen, auch die Streikenden gegen Ueberfälle und Unterdrückungsversuche der anderen Seite. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. Lachen rechts.) Ich werde Ihnen noch Beispiele dafür anführen, welche Terrorismusveruche, ja Schreckversuche im Lager des christlichen Gewerkschafts gemacht worden sind. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten. Unruhe im Zentrum.) Am 28. Februar 1910 ist Kollege Wiesberts hier sehr energisch seinem Praktikanten Genossen Fleischer entgegengetreten und hat es aufs schärfste verurteilt, daß beim Mansfelder Streik Maschinenwehre und ein todesartiges Aufgebot von Militär herangezogen wurde. Heute aber ist im christlichen Lager eine vollständige Schwärzung vor sich gegangen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich erwarte von dem Herrn Staatssekretär, daß er, wenn Streikende belästigt werden, dafür eintritt, daß auch ihnen genügend Schutz zuteil wird.

Die Christlichen tun jetzt auf einmal so, als ob sie auf Versprechungen der Bergherren sehr viel geben. Als wir aber die Sitzung hatten im Oktober, zu der der Herr-Dundersche Gewerkschaft eingeladen hatte, da war auch Herr Imbusch von den Christlichen anwesend und erklärte damals der Wahrheit gemäß,

daß allerdings die Bergherren noch nie freiwillig etwas gegeben hätten.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der christliche Gewerkschaftsführer Effert hat nach dem Streik von 1906 ein Proschüre herausgegeben „Zur Geschichte der Bergarbeiterbewegung im Ruhrrevier“. Da kommt er auch auf die Versprechungen von 1880, wobei u. a. protokolllarisch die Vermittlung aller Leberlichtigen versprochen wurde und schreibt: „Zeige man in der Gegenwart einmal eine Rechenverwaltung, welche dies Versprechen gehalten hat.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In Bezug auf die Bemerkungen auf den Ablehrschneien, die dann als Urabschreiben benutzt werden, woran ein Versprechen gegeben war, das abzustellen, schreibt er: „Ist dies Versprechen etwa durch die brutale Sperre gehalten worden?“ (Hört! hört! bei den Soz.) Er schreibt weiter: Wir fragen nochmal: Was ist von diesen feierlichen Versprechungen nachgekommen worden? Wären die Herren ihren Versprechungen nachgekommen, so hätten wir 1906 keinen Streik gehabt.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wer solche feierlichen Versprechungen nicht hält, begeht ebenso gut Kontraktbruch, wie die Arbeiter beim letzten Streik. So hat ohne Widerspruch Herr Effert vor 7 Jahren geschrieben. Nun behauptet man, von den Engländern könnten uns Abgabengebiete abgenommen werden. Ich hatte schon am 4. Januar festgestellt, daß die Einfuhr englischer Kohle von 1907 bis 1910 um 2 1/2 Millionen Tonnen abgenommen hat, während die deutsche Kohlenaufuhr um 4 1/2 Millionen gestiegen ist. Also mit dieser Kohle ist es auch nicht. Ich habe gestern ein Flugblatt der Christlichen zugesandt bekommen. Darin heißt es: „Die Bergverwaltungen müssen die berechtigten Forderungen der Arbeiter erfüllen.“ Nun, auf Ihre

(zum Zentrum)

Beifallbriefe

hin tun Sie das nicht. Ede unter hartgefolgten Bergherren nachgeben, da muß mit ihnen Praxtur geredet werden, da muß ihnen etwas abgetrotzt werden, da müssen ihnen die Zähne gezeigt werden, da heißt es tatsächlich: Nur dem Nutzen gehdri die Zukunft. (Lebhaft Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Bei den Christlichen sind es jetzt fast nur die Führer, die den Streik nicht wollen. Geben Sie den christlichen Arbeitern Unterstützung, dann treten sie mit Mann und Maus in den Streik. Den Versprechungen der Unternehmer gegenüber hat der „Bergknappe“, das Organ der Christlichen, früher eine ganz andere Haltung eingenommen und auch Herr Wiesberts hat in der Konferenz beim Staatssekretär Deibsch ausdrücklich erklärt, daß er unsere Forderungen sämtlich gutheißt. (Lebhaftestem Beifall! Hört! hört! bei den Sozialdemokraten. Widerspruch im Zentrum.) Das kann nicht abgelehnt werden, daß für den Staatssekretär selbst Souge. Aber die Zeit soll für den Streik nicht geeignet sein. Nun, wenn die jetzige Zeit nicht geeignet ist, für den Bergmann etwas durchzusetzen, dann gibt es überhaupt keine Zeit dafür. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sogar bürgerliche Blätter haben das gesagt. (Abg. Graf Westarp: Wohl das „Berliner Tageblatt“?) Wenn das „Berliner Tageblatt“ das auch geschrieben hat, dann ist das nur ein Beweis dafür, daß es vernünftiger ist, als Sie Herr Graf. (Sehr richtig! links.) Um uns ins Gedächtnis zu rufen, haben die christlichen Führer erklärt, daß sie diesmal nicht mitmachen und wenn es um Kopf und Kragen ginge. Aber Ihre Mitglieder teilen diese Ansicht nicht. Es liegt hier eine von langer Hand vorbereitete

Schwärzung im christlichen Gewerkschaft

vor.

Man wirft uns politische Motive vor. Ich erkläre mit aller Bestimmtheit, daß eine freche Unwahrheit ausgesprochen wird, wenn man behauptet, dieser Lohnbewegung lägen irgendwelche politische Motive zugrunde. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Früher lagen sich die Herren Imbusch und Wruß in den Haaren, jetzt aber gehen sie Arm in Arm und haben sich in einer Versammlung so weit verniegen, die christlichen Arbeiter aufzufordern, sie mühen bewaffnet zur Arbeit zu gehen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten. Jurist im Zentrum: Rotweil!) — Lachen bei den Sozialdemokraten.) Herr Wruß hat seinen Anhängern auch gesagt, was sie mitnehmen möchten, nämlich möglichst sehr Eisen-

habe mit eisernen Ringen. (Sehr gut! im Zentrum.) Und schließlich haben diese christlichen Führer von Anfang an nach der Polizei, nach dem Militär und nach Maschinen-gewerken gerufen. Der Ausschlag der Herren Brust und Ambrosius ist von den christlichen Mitgliedern ausgeführt worden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) So hat man in Herne einem christlichen Vertrauensmann den Revolver abnehmen müssen, weil er Streikende damit bedrohte. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In Hamm hat ein christlicher Vertrauensmann mit dem Revolver in der Hand auf der Straße herumgelaufen, und in Essen hat ein christliches Mitglied sogar

die Frauen der Streikenden mit dem Revolver bedroht. (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In Herne ist ja ein Christ auch schon verhaftet worden! Unter dem Schutz der Polizei haben sich christliche Vergarbeiter die schwersten Bedrohungen Streikenden gegenüber erlauben können. Aber da hat man nichts davon gehört, daß die Streikbrecher verhaftet worden sind. Meine Herren von der Regierung und der Polizei, fahren Sie nur fort, in dieser echt parteiischen Weise zu handeln. Das letzte Vertrauen im Volke wird verschwinden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Verantwortung dafür, daß jedes Vertrauen des Volkes zu einer unparteiischen Regierung, Rechtsprechung und Polizei vollends zum Teufel geht, tragen dann wahrlich nicht wir.

Nicht nur die drei Verbände sehen in den Streikbrechern ein Uebel, sondern auch die Zentrumsblätter haben das bis in die neueste Zeit hinein ausgesprochen. Natürlich handelte es sich dann um Streik, an denen die christlichen Arbeiter beteiligt waren. In Saarbrücken ist es vor vier Jahren gelegentlich eines Streiks christlicher Arbeiter zu großen Aufstörungen gekommen, das Militär wurde requiriert und es kam zu Schießereien, Tumulten, Exzessen und Zusammenstößen. Also solche Zusammenstöße, die wir an sich sehr bedauern, kommen zu unserem Troste auch anderwärts vor. Beim Streik im Siegerland, wo es gar keine Sozialdemokraten gab, kam es auch zu Krawallen und damals schrieb die Köln. Volksztg.: „Die Erfahrungen haben gezeigt, daß sich die Arbeitswilligen in der Regel aus den zweifelhaftesten Elementen zusammensetzen. Anständige und geübte Arbeiter werden sich niemals zur Berrichtung von Streikarbeit herbeilassen.“ (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Unser Kollege Dr. Dige war schon 1888 so verheut wie wir Noten und hat in seinem Buche „Kapital und Arbeit“ gesagt: „Es ist eine Schande, wenn ein Arbeiter die Gelegenheit, daß in einem Streik vakante Stellen vorhanden sind, benutzt, um sich da hineinzudrängen. Das ist ein Verrat der Standesehre.“ (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Treulicherweise gibt es auch heute noch christliche Gewerkschaftler, die mit uns den verunsicherten Standpunkt einnehmen, daß die Arbeitswilligen ebenso behandelt werden müssen, wie Landesverräter. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Noch in diesem Jahre hat das Organ der christlichen Bauarbeiter geschrieben: „Bei der Arbeiterbewegung handelt es sich um eine Standesbewegung. Die Erfolge des Kampfes kommen allen Arbeitern zugute.“ (Sehr richtig! im Zentrum.) Nun, dann machen Sie doch jetzt auch mit! (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Das christliche Bauarbeiterblatt fährt fort: „So wenig den Vaterlandsverrätern Vorbeurteile gemunden werden, so wenig darf der Streikbrecher gelobt werden, denn

ein Unterschied zwischen Streikbrecher und Landesverräter besteht nicht!

Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Allerdings muß man zugeben, daß unter den Arbeitswilligen sich auch Leute befinden, die zu einseitig sind, um einzuziehen, zu welchen Zwecken sie von den Unternehmern gebraucht werden. Diese verdienen unser Mitleid, denn „gegen Dummheit kämpfen Wörter selbst vergebens.“ (Weiterkeit und Beifall bei den Sozialdemokraten.) Leider ist die Leitung des Gewerkschafts christlicher Vergarbeiter jetzt so tief gesunken, daß sie diese Grundzüge preisgegeben hat. Es liegen ja auch schöne Exemplare in dieser Zeitung drin. Da ist der Herr Huestes, der frühere Anarchosozialist, ein Anarchist und Christ! (Weiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Vor Jahren hat er Flugblätter herausgegeben, in denen es hieß, die Vergarbeiter, die vom preussischen Landtage etwas erwarteten, wären unheilbar verrückt. Weiter hat er gepredigt, der Verband müßte drei Mark Beitrag monatlich einziehen, einen Streikfonds von 20 Millionen ansammeln und damit den hartgesottenen Vergarbeitern einen Kampf anbieten, selbst wenn die deutsche Industrie dabei zugrunde ginge. Jetzt spielt dieser Herr den Streikbrechergeneral und telegraphiert an den Reichskanzler um militärische Hilfe. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das ist ein wahres Musterexemplar,

offenbar ein Erfolg der so viel gerühmten christlichen Erziehung. (Weiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Wohin wurde der „Effekt“ gemacht? Das Zentrum bestreitet, daß Herr Effert abgesetzt ist. Nun, vielleicht haben die Herren Schiffer und Behrens die Güte, darüber Auskunft zu geben, warum Effert nur vor dem Streik veretzt worden ist. (Abg. Behrens: Er ist ja gar nicht veretzt!) Wo steht er denn? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Im Oktober 1911, als die vier Verbände noch zusammengingen, war Herr Effert dabei und hat gesagt: jetzt machen wir allerdings nicht mit; aber wenn es nach den Heimtagswahlen in England zum Klappen kommen sollte, dann werden auch wir mittun. (Stürmisches Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das hat Effert erklärt und deshalb ist er jetzt

in den Winkel gestellt

worden. Sie sehen, daß auch in Ihren Kreisen keine Einigkeit über die Taktik herrscht. Welche eigenartige Ansichten ein christlicher Arbeitersekretär haben kann, beweist ein Herr Friel, der am vorigen Sonntag in Vorbes in einer Versammlung öffentlich erklärte: „Was ist denn dabei, wenn wir Herr Stinnes hundert Taler gibt. Ich würde sie gern nehmen, denn ich kann sie gut gebrauchen.“ Dieser geht doch eigentlich nicht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Aufforderungen der christlichen Flugblätter und der „Admischen Volkszeitung“ haben geholfen und

Militär ist in Dortmund eingerückt.

(Stürmisches Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Sehr gut! (recht.) Außerdem sind Polizisten und Gendarmen zu Tausenden zusammengezogen worden. (Zuruf im Zentr.: Sie sind schuld daran.) Nein, Sie mit Ihren Provokationen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Die armen Gemeinden, die den Schaden zu tragen haben werden, sollten sich die Unkosten vom christlichen Gewerbeverein bezahlen lassen. Der Kampf gegen die Rechenberger wird von einem Dreihund der Vergarbeiter geführt. Die Arbeiter sind stolz darauf, daß sie diesen Kampf führen dürfen. Ein anderer Dreihund steht uns gegenüber: Polizei, Scharmacher und der christliche Gewerbeverein. Ich überlasse das Urteil der Öffentlichkeit, auf welcher Seite das Recht zu suchen ist. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

In der bürgerlichen Presse ist behauptet worden, mein Freund Dige wäre ungeladen zu der Konferenz beim Staatssekretär Delbrück erschienen, und eigentlich hätte ihm die Tür geöffnet werden müssen. (Abg. Behrens: Sehr richtig!) Sehr unrichtig! Herr Behrens, bleiben Sie doch bei der Wahrheit. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Das kann er ja gar nicht. Weitere Zustimmung.) Dige hatte an diesem Tage in Berlin an einer Sitzung teilgenommen, und als ich zur Konferenz ging, war Staatssekretär Delbrück noch nicht anwesend, sondern nur Unterstaatssekretär Richter und Oberbergshauptmann v. Behren. Ich habe diese Herren gefragt, ob etwas dagegen einzuwenden wäre, wenn Kollege Dige der Konferenz bei-

wohnt. Unterstaatssekretär Richter erwiderte: „Aber Bitte, er mag nur kommen“, und der Oberbergshauptmann sagte: „Holen Sie ihn nur gleich, er ist ja mein Landsmann.“ (Weiterkeit und Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) So steht es in Wahrheit mit diesen Märgen.

Der Staatssekretär hat gemeint, wegen der Löhne sei der Streik nicht notwendig gewesen. Wenn wirklich die Löhne erhöht werden sollten, warum sind denn dann die fiskalischen Rechnungen nicht vorangegangen? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Aber die fiskalischen Rechnungen haben die Arbeiterausschüsse genau so behandelt wie die Privatgelder. Nun zu den

Schauernachrichten der Zentrumsblätter, des „Berliner Lokal-Anzeiger“ und von Wolffs telegraphischem Bureau“.

Am 12. März, als die Zentrumsinterpellation bereits eingebracht war, schrieb die „Admische Westfälische Zeitung“, daß von kleinen Reibungen abgesehen alles ruhig sei. In der Abendausgabe desselben Tages schreibt das Blatt wiederum, daß es nirgends zu Ausschreitungen von Belang gekommen. Die Arbeitswilligen könnten ruhig und unbelästigt zur Arbeit gehen. Aus Hamburg wird diesem Rechenbesserorgan gemeldet, daß man die dortigen Ausschreitungen nur zum kleinsten Teil auf das Konto des Streiks setzen dürfe. (Lebhaftes Hört! hört! bei den Soz.) Aber die „Eisener Volkszeitung“ und die „Admische Volkszeitung“ meldeten einen Triumph des sozialdemokratischen Terrorismus und eruchten um militärische Hilfe. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ein Schlußbeispiel, wie solche Schauernachrichten entstehen. Ein Streikbrecher war unterhalb Stunden zu spät in die Grube gekommen und lag der Rechenverwaltung vor, die Streikenden hätten ihn in die Grube geworfen. In Wirklichkeit hat er sich in einer Wirtschaft ein angetrunken. (Weiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Nach den aufgedauerten Vorfällen in Hamburg hat sich ein Vertreter der „B. Z. am Mittag“ bei der Hamburger Polizei erkundigt und die Hamburger Polizei selbst hat die Vorfälle als ganz harmlos bezeichnet. Eine Schwindelnachricht ist es auch, daß das evangelische Vereinshaus in Vöckum zu einem Reservelazarett für ver wundete Arbeitswillige umgewandelt worden sei.

Nurhüch ist nur die Polizei, die ähnlich wie in Moskau in der brutalsten Weise auch gegen Frauen und Kinder vorgeht.

(Lachen rechts.) So wollen Sie es wohl haben? (Zuruf rechts: Jawohl!) Streikende werden bis auf ihre Hüfte von den Polizisten verfolgt. Soll ein Blutvergießen vermieden werden, dann ist es höchste Zeit, daß die Polizei zurückgezogen wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) In Herne ist gestern ein junger Mann von einem Schussmann erschossen worden. Er soll vorbeistrafen. Aber am Lauf hat er sich nicht beteiligt. Er wollte Kohlen aus dem Schuppen holen und wurde dabei niedergeschossen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Raum war der Teufelsand auf Reche Kaiserstuhl ausgebrochen, da meldete die Zentrums- presse auch schon Revolververhältnisse der Streikenden. Die Polizei selbst mußte erklären, daß das nicht wahr sei. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wie skandalös die Polizei vorgeht, beweist ein Entschluß der Vergarbeiter in Watten-scheid, ihre Kinder nicht mehr zur Schule zu schicken,

weil sie sonst den lebensgefährlichen Polizeieintößen ausgesetzt sind.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Einem Berichterstatter der „Admischen Zeitung“ hat ein höherer Polizeibeamter nach einer Rundfahrt durch das Revier erklärt, es herrsche überall die Ruhe des gewöhnlichen Alltags, und wenn einzelne Vergleute behaupteten, sie fürchten sich vor dem Wege zur Arbeit, so sei das nur eine Ausrede. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Besonders skandalös ist der gestrige Vorfall in Sodingen, wo die Polizei von hinten auf Vergleute eingeschlagen hat, die wegen des zu engen Eingangs nicht schnell genug in den Versammlungstraum gelangen konnten. (Stürmisches Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dove: Ich mache wiederholt darauf aufmerksam, daß Wut-Rufe nicht parlamentarisch sind. (Zurufe bei den Sozialdemokraten: In diesem Falle aber zutreffen. — Erneute Wut-Rufe.) Ich bitte, meine Anordnungen zu befolgen, sonst müßte ich jeden Rufer ermitteln und zur Ordnung rufen.

Abg. Sachs (Soz.):

Es ist einfach skandalös, wenn die Polizei auf ruhige Versammlungsbesucher in dieser Weise einhaut. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Wir haben uns beschwerdeführend an den Ministerpräsidenten gewandt, weil man uns in unzulässiger Weise auch die Versammlungen verboten und einzelne unserer Streikbureaus geschlossen hat.

Die Antwort war die Entsendung von Militär nach dem Ruhrrevier.

(Bewegung bei den Sozialdemokraten.) Das Verhalten der Christlichen wird immer dreister. Gestern hat ein christlicher Vergarbeiterführer zu den Arbeitswilligen gesagt: Wenn Euch ein Streikender schief anjehlt, schließt nur drauf los. (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) So geht es in Deutschland zu, dem Lande, von dem Graf Sasajowski behauptet hat, daß in ihm alle nur denkbaren Rechtsgarantien gegeben sind. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Ganz besonders werden auch unsere polnischen Kameraden schikaniert. Es ist schwer, ruhig Blut zu bewahren und wir mahnen fortgesetzt zur Ruhe und zur Entkalkiamkeit vom Alkohol.

Wenn der Staatssekretär meint, daß unsere Leute keine Disziplin halten, ja, mein lieber Herr Staatssekretär (Weiterkeit), ich möchte Sie mal sehen und Ihre Kollegen, wenn Sie in der Weise von den Polizeimannschaften gereizt würden, wenn Sie es mit einer solchen Polizeimilchwirtschaft, mit solchen Bluthunden zu tun hätten!

(Stürmisches Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Vizepräsident Dove: Die Bezeichnung von Beamten als Bluthunde ist unzulässig.

Abg. Sachs (Soz.): Als die Polizeimannschaften von auswärts eintrafen und manche von ihnen so rigoros voringen, da sind wir aufgefordert worden, es solle doch nachgefragt werden, ob das dieleichen Leute wären von Raabit, ob vielleicht der Mörder des Herrmann darunter wäre. (Hört! hört! und Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Also, wer ist schuld an dieser Erregung? (Abg. Graf Westarp: Der triebvolle Streik ist daran schuld!) Bei Ihnen Graf Westarp ist natürlich jeder Streik triebel, aber wenn Sie mit einem Jammerlohn von 5 Mark eine zehnköpfige Familie ernähren sollten, so würden auch Sie streifen, ich habe Sie sogar im Verdacht, daß Sie dann den Streikführer und den Streikbrecher spielen würden. (Sehr gut! und Weiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Es wird immer gesagt und auch gestern im Herrenhause wieder, wir hätten den Streik aus politischen Motiven eingeleitet. Eine solche Behauptung ist absolut unwahr. Gestern im Herrenhause (Zurufe bei den Sozialdemokraten: Irrerhaufel Vizepräsident: Sie dürfen eine Institution des preussischen Staates nicht als Irrerhaus bezeichnen. Große Weiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Im Herrenhause hat Herr v. Puttkamer eine Rede gehalten, die geradezu

nach Blut gedürstet

hat. Er sagte, wenn die Sozialdemokraten das Recht auf die Straße erobern wollen, so müssen sie mit blutigen Köpfen nach Hause geschickt werden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Worauf es den Scharmachern ankommt, hat ja Herr Buch im Herbst 1910 offen ausgesprochen, indem er sagte, den Gewerkschaften muß der Varaus gemacht werden. Das meinen die Herren, wenn sie den Schutz der Arbeitswilligen fordern. Denn sie wissen genau, daß wenn das Streikpostenstedt unmöglich gemacht, wenn die Streikbrecher in einer Weise geschäft

werden, daß sie nicht einmal aufgefährt werden können darüber, daß Streik ist, daß dann das Koalitionsrecht so gut wie illusorisch gemacht wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Zu dem scharfmacherischen Antrag im Herrenhause hat auch der Vorsitzende des Bochumer Knappheitsvereins, Dr. Weidmann, seine Zustimmung ausgesprochen. Dieser Dr. Weidmann ist einer der Hauptschuldigen, daß die Erregung der Vergleute im Ruhrrevier einen solchen Umfang angenommen hat. In der Bochumer Knappheitsklasse haben die Vergarbeiter am meisten über rigorose Handhabung des Status zu klagen; das wird selbst Herr Behrens bestätigen müssen. Die Durchschnittsrente der Klasse beträgt 242 M. Aber als eine zehnprozentige Erhöhung verlangt wurde, daß das Dr. Weidmann mit einem gewissen Jundismus abgelehnt. Der Etat der Klasse wird in einer Weise zur Abstimmung gestellt, daß die Vergarbeitervertreter nicht die geringste Möglichkeit haben, irgend etwas zu ändern. Wenn die Vergleute dafür stimmen, ist er angenommen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Diese Handhabung erfolgt unter Billigung des Oberbergamts. Der bekannte Herr Stinnes hat eine Familienkrankenkasse errichtet, zu der er aber keine Beiträge zahlt, die werden aus den Straflaffen der Arbeiter genommen. Vergaratschäfer aus Essen hat selbst zugegeben, daß das ein ganz unzulässiges Verfahren ist; trotzdem hat das Oberbergamt in Dortmund die Sache gutgeheißen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Das Strafgesetzbuch nimmt immer mehr überhand. In einem Jahre sind in einzelnen Verleumdungen 8000 bis 20000 M. Strafgelder auferlegt worden.

Tragen Sie die christlichen Arbeiter selbst, ab sie nicht häufig über das sogenannte Wagnis nullen. Auch die schwarzen Listen sind z. B. im Braunkohlenrevier noch in ständiger Uebung. Arbeiter, die regelrecht gekündigt haben, also keinen Kontraktbruch begehen, werden durch diese schwarzen Listen verfolgt, nur weil sie von ihrem Recht, bessere Löhne zu verlangen, Gebrauch machen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Wo bleibt da der Schutz der Arbeitswilligen?) Die Maßregelungen in Niederschlesien nehmen kein Ende, dabei sind dort die Löhne am traurigsten. Schuld daran sind die Gelben, die dort die Hauptrolle spielen. Der „Hannoversche Courier“ hat einmal sehr richtig geschrieben: So wie der Kaufmann die gute Konjunktur ausnützt, muß das auch der Arbeiter tun können. Es freut mich, daß Herr Pauli auch nicht. Warum werden wir dann aber Streikführer genannt, wenn wir jetzt im Interesse der Vergarbeiter die gute Konjunktur ausnützen wollen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Der Staatssekretär hat die Lohnsätze

vorgetragen. Seine Zahlen bestätigen aber ebenfalls, daß die Löhne von 1907 bis 1909 um mehr als 200 M. gesunken sind. Ja, es geht aus ihnen hervor, daß die Hauer-Jahreslöhne in Westfalen 1909 315 M. geringer waren als 1907. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In einer ganzen Reihe Bezirke ist 1911 die Arbeitsleistung bedeutend höher gewesen als 1908 und 1909, so daß schon aus diesem Grunde die Arbeiter mehr verdienen müßten. Die Feuerung hat der Staatssekretär unberücksichtigt gelassen. Dabei beweisen Listen, die vom Konsumverein der Kruppischen Werke herausgegeben sind, daß die Lebensmittel 1910 um 14,2 Proz. teurer waren als 1907. Die Vergarbeiterlöhne sind dabei in derselben Zeit um 16 bis 18 Proz. gesunken. Also auf der einen Seite Lohnfällungen, auf der anderen Lebensmittelerhöhungen, und dazu kommen dann die ungeheuren Ueberflüsse der Rechen.

Der Gesamtüberschuß der 24 größten Rechen betrug 1910 163 1/2 Millionen, 1911 182 1/2 Millionen.

Das war bei denselben Kohlenpreisen möglich und trotz geringen Anstiegs der Löhne. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Am 1. April steigen die Kohlenpreise von neuem, daher können die 16 Proz. Lohnhöhung ganz gut gewährt werden, wenn die Herren nur wollen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Zurückweisen muß ich die Behauptung des Wolffschen Telegraphenbureaus, wir hätten verhindert, daß die Arbeiterausschüsse vorgeschickt würden zu Verhandlungen. Mein Freund Hue und ich haben in der Konferenz — ich berufe mich da auf Herrn Oberbergshauptmann v. Welfen — sofort zugelegt, daß wir nicht dazugehen würden, daß die Arbeiterausschüsse zur Verhandlung gehen, aber es müßten ihnen feste, bestimmte Verpflichtungen gemacht werden, dann würde es nicht zum Streik kommen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dieselbe Forderung hat übrigens die „Germania“ aufgestellt. Wenn eine einigermaßen feste Zusage dahin gegeben würde, schrieb sie, daß die Löhne möglichst bis zu einer bestimmten Höhe aufgebessert werden sollen, so würde das ungeheuer be-ruhigend wirken und würde vor allem den unbetantwerdlichen Deutern im anarcho-sozialistischen Lager die Waffen aus der Hand schlagen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Kollege Sosinski hat den Oberbergshauptmann aufgefordert, er solle wenigstens für die fiskalischen Rechen eine bestimmte Zusage machen. Dieser ist aber um die Sache herumgegangen wie die Reche um den heißen Brei. Er hat nicht einmal zugelegt, daß die Lohnperioden geändert werden, wonach heute die Vergarbeiter

sechs Wochen auf den Lohn warten müssen.

(Hört! hört! h. d. Soz.) Die fiskalische Verwaltung hätte wenigstens den Vorschlag machen können, zunächst eine durchschnittliche Erhöhung von 10 Proz. und vielleicht vom 1. April ab weitere 5 Proz. zu gewähren. Dann, versichere ich Ihnen, wäre es nicht zum Streik gekommen. Aber nichts davon, die Arbeiteraus-schüsse hat man brüskiert, zum Teil direkt verhöht.

Der Staatssekretär hat gesagt, was er tun könne, würde er tun, um den Frieden herbeizuführen, aber die Konsumsetzung steht ihm dazu, er müsse abwarten, zu welchem Resultat die Verhandlungen mit den Arbeiterausschüssen führen. Nun, welches Resultat soll denn herauskommen? Sind denn irgendwelche bestimmten Versprechungen gemacht worden? Daß bei steigender Konjunktur die Löhne steigen sollen, hat man schon vor vier Jahren gesagt. Wenn Sie den guten Willen haben, etwas zu tun, machen Sie es wie 1889, geben Sie bestimmte Versprechungen den Behörden, den Arbeiterausschüssen zu Protokoll. (Wutruf h. d. Soz.)

Wenn Sie den Frieden haben wollen, den können Sie morgen haben.

(Hört! hört! h. d. Soz.) Wenn die Arbeitgeber nur bestimmte Versprechungen machen. Nur daran liegt es. Wir haben gezeigt, daß wir Verhandlungen haben wollen, aber unsere Kohlen-börone in Westfalen, in Niederschlesien in der Braunkohlenindustrie verhandeln nicht mit den Arbeiterorganisationen, sie führen den Herrenstandpunkt heraus, sie behandeln die Arbeiter als Rechtlose, nehmen die Arbeitgeber Vernunft an und erkennen die Organisationen als gleichberechtigten Faktor an, dann wird der Friede zustande kommen.

Noch ein Wort an die Herren Scharmacher. Auf Ihr Verlangen rufen jetzt Infanterieregimenter mit Maschinengewehren, Mlanen und Kanariere in das Ruhrrevier ein. (Lebhaftes Hört! hört! h. d. Soz.) Glauben Sie damit

die Kirchhofstraße

zu erreichen, glauben Sie damit durchzugehen, daß die Arbeiter zu Kreuze kriechen? Nein und abermals nein. Das haben Sie in Mausefeld gesehen. Wir hätten dort ohne Militär Ordnung gehalten, wenn man unsere Ordnungsmänner nicht verhaftet, ihnen die weiße Binde geschnitten und heruntergerissen hätte. (Hört! hört! h. d. Soz.) Durch ein solch rigoroses Vorgehen der Polizei allein wird die Klasse aufge-regt. Aber trotz des Militärs werden wir alles aufbieten, damit

im Ruhrrevier der Streik ordnungsgemäß durchgeführt wird. Wenn die Herren Schornsteine gebläut haben, die Regierung braucht nur Militär zu schicken, dann ist alles beigelegt, dann werden sie sich irren.

Arbeiter sind keine Sklaven mehr

(Sehr wahr! h. d. Soz.) und lassen sich nicht mehr wie Hunde behandeln. (Stürmische Zustimmung h. d. Soz.) Sie fordern ihr Recht (Erneuter lebhafter Beifall h. d. Soz.) und dazu gehört auch ein menschenwürdiger Lohn. Sie, meine Herren von der Rechten, vom Zentrum und von der Regierung, Sie haben dem Arbeitsvolf die Lebensmittel künstlich verteuert. (Sehr wahr! h. d. Soz.; lebhafter Widerspruch im Zentrum und rechts.) Selbst ein christlicher Arbeitersekretär befreit diese nackte Tatsache? Ist das auch christlich die Wahrheit so zu verleugnen? (Unruhe im Zentrum.) Mit Nebenarten allein kann man die Arbeiter nicht mehr abspeisen. Ich bitte Sie alle, mit uns dahin zu wirken, daß unsere hartgejagten Bergherren den Arbeitern entgegenkommen, ihnen das Organisationsrecht garantieren und mit den Maßregelungen aufhören. Dann wird Ruhe und Frieden eintreten, dann werden die Verhandlungen Erfolg haben. Ich schließe meine Ausführungen mit den Worten, die unser leider verstorbenen Dichter Kämpchen geschrieben hat:

Wir sind keine rohe verwilderte Schaar,
Wir wollen nur menschliche Rechte;
Wir krümmen keinem Kinde ein Haar,
Doch sind wir auch klar zum Befehle,
Zum Kampfe für unser gutes Recht,
Ein Freier zu sein, doch kein höriger Knecht!

(Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Rogalla v. Bieberstein (L.): Wenn Herr Sasse friedliche Zustände will, so war seine Rede keine Friedensrede. Wenn er gesagt hat, daß die Arbeiter behandelt werden wie Hunde und daß ihnen die Lebensmittel künstlich verteuert werden. (Stürmische Zurufe: Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Darüber haben wir so oft gesprochen, daß ich auf diese Zurufe nicht eingehen brauche.

Wir begrüßen es mit Freude, daß Militär gerufen ist!

(Hört! hört! und große Anruhe bei den Sozialdemokraten. Pfui-Auße.) Denn es hat sich, wie es scheint, herausgestellt, daß die Polizei allein nicht in der Lage ist, die Sicherheit des ruhigen Bürgers zu gewährleisten. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Wegen die Verunreinigungen der Polizei durch Herrn Sasse lege ich entschiedensten Protest ein. (Auße bei den Sozialdemokraten: Hurra! hurra!) Der Streik ist nach unserer Ansicht ein unberechtigt, er ist vom Haune gebrochen und wie ich und meine Freunde behaupten, aus politischen Gründen. (Große Unruhe bei den Sozialdemokraten. Zuruf: Lüge! — Präsident Raempff ruft den Abg. Sasse wegen dieses Zurufs zur Ordnung.) Der sozialdemokratische Verband hat eine Nachtprobe veranstaltet und trägt allein die Verantwortung. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Beweisen Sie das doch!)

Zum mindesten ist der Streik eine große Dummheit, denn er nützt allein den englischen Grubenherren, denen ihre Abfallgebiete erhalten werden. Den Schaden haben ebenso die englischen Arbeiter wie die deutschen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Deshalb „Sympathiestreik“! Heiterkeit.) Und endlich ist der Streik in Szene gesetzt aus Haß gegen die christlichen Gewerkschaften. (Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Ein sachlicher Grund für den Streik liegt nicht vor. Nach dem 1. Januar haben die Zeichenbesitzer in loyalster Weise von selbst Lohnerhöhungen vorgenommen und im Februar neue Lohnerhöhungen angekündigt. Jetzt mögen die Dinge laufen wie sie wollen, die sozialdemokratischen Verbände tragen die Schuld an diesem frivolsten Streik. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Und die Christlichen sind die Engel!) In diesem Falle sind sie Engel gegen Sie. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Wir sind ihnen dankbar, daß sie sich von dem Streik fernhalten. Soweit sind wir Gott sei Dank noch nicht, daß nur die sozialdemokratischen Gewerkschaften bestimmen, wie hoch die Löhne sein sollen. Wenn es erst soweit kommen sollte, daß gesetzlich festgelegt wird, was jeder verdienen muß, dann wird es bald keine Arbeitgeber mehr geben. (Stürmische Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Nur der brutale Terrorismus hat den Streik veranlaßt. Diesmal handelt es sich nicht nur um einen Schutz von unorganisierten Arbeitswilligen, sondern um den Schutz der christlichen Arbeiter. Das sollten auch die Arbeitgeber bedenken. Wir werden die Frage auch im preussischen Landtag zur Sprache bringen. Militär ist ja jetzt eingerückt, aber erst auf Wunsch von allen möglichen Seiten. Selbst einfache Arbeiter haben um militärischen Schutz gebeten. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Obwohl es sich bei allen diesen Maßnahmen um rein preussische Angelegenheiten handelt, richten wir von dieser Stelle aus einmütig an die preussische Regierung den Wunsch und die dringende Erwartung (Zurufe bei den Sozialdemokraten: Sabel!), daß sie mit aller Energie und mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln (Zurufe bei den Sozialdemokraten: Rasch! rasch!) die Ruhe und Ordnung im Streikgebiet herstellen und aufrechterhalten. (Beifall rechts. Zuruf bei den Sozialdemokraten: Schießen!) Wir verlangen, daß die preussische Staatsregierung ihre ganzen Nachtmittel entfaltet, um die Arbeitswilligen und ihre Angehörigen zu schützen gegen die brutale Vergewaltigung der volksverhöhnenden Sozialdemokratie. (Lauter Beifall rechts und im Zentrum. Gelächter bei den Sozialdemokraten.)

Handelsminister Subow: Gegenüber den Angriffen des Abg. Sasse bemerke ich, daß in Preußen vor dem Gesetz alle gleich sind, die sich nicht in Widerspruch setzen zu den Gesetzen. (Zuruf bei den Soz.: Ist nicht wahr!) Es ist doch wahr. (Wahol! rechts.) Dem ruhigen Streikenden wird kein Polizeibeamter etwas tun, ja er wird ihn schützen gegen alle Angriffe auf seine persönliche Freiheit. Ihre Depeschen sind einseitige Darstellungen und auch ich will die Depeschen, die wir erhalten haben, nicht vortragen. Aber wenn Herr Sasse recht hätte, dann geht es im Ruhrrevier jetzt so zu: Die Polizisten gehen auf die Straße, suchen einen Streikenden und erschießen ihn nach Möglichkeit. (Heiterkeit rechts.) Und die Arbeitswilligen gehen bewaffnet zur Arbeit und suchen auf diesem Wege die Streikenden aus ihren Vertiefungen hervor. Vor mir liegt ein objektiver Bericht des Regierungspräsidenten in Münster. Auch dieser Bericht klagt über den Terrorismus der Streikenden. (Hört! hört! rechts und im Zentrum. Zurufe bei den Soz.: Söhne Objektivist! Versteck die Arbeit!) Es wird gesagt, daß der jetzige Schutz nicht ausreicht. So hätten im Revier bei Münster 200 Streikende vor Arbeitswilligen Pfui gerufen.

Gegen die Ruhr wurde mit Waffengewalt vorgegangen.

(Zurufe bei den Soz.: Unerhört! Sie beschäftigen ja alles, was wir sagen!) Die Täter sind gefast worden. Auf „Raddob“ haben Weiber (Große Unruhe bei den Soz.) die Arbeitertablet angefallen und haben ferner den Kindern, die ihren arbeitenden Vätern das Essen bringen wollten, den Denkestopf fortgenommen. (Lachen bei den Soz. — Zurufe bei den Soz.: Schrecklich!) Bei den Zusammenstößen wurden vielfach Frauen mit Kinderwagen in die ersten Reihen gestellt. (Hört! hört! rechts und im Zentrum. — Abg. Ledebour: Das glauben Sie?) Jawohl, ich bin sogar fest davon überzeugt. (Lachen bei den Soz.) Durch Ihr Vorgehen schaffen Sie meine Tatsachen nicht aus der Welt. (Abg. Ledebour: Ist das alles, was Sie haben? — Sehr gut! bei den Soz.)

Der Abg. Sasse hat den fiskalischen Rechen vorgeworfen, daß sie zu niedrige Löhne zahlen. Wer, in den fiskalischen Rechen nicht nur Postfabriksanstaltungen für die Arbeiter sieht, sondern wirtschaftliche Unternehmungen, der muß zugeben, daß sie eine 15prozentige allgemeine Lohnerhöhung gegenwärtig nicht zahlen können. Und dann kann man Schichtlöhne von 6,50 bis 6,50 Mk. wirklich nicht als Hungerlöhne bezeichnen. (Wahol! rechts und im Zentrum.)

Abg. Dr. Böttger (naff.): Dem Streik liegen politische Motive zugrunde, deshalb ist die öffentliche Meinung diesmal auch gegen ihn, auch die Presse. (Zuruf bei den Soz.: Die Unternehmerrpresse!) Nein, die Unternehmer sind in Bezug auf die Presse am schlechtesten gestellt. Wir beglückwünschen die christlichen Arbeiter zu ihrer charaktervollen Haltung. Hoffentlich wird ihr Vertrauen zu den Jugendverwaltungen nicht getrübt, so daß sie auf friedlichem Wege eine der Konjunktur entsprechende Lohnerhöhung erreichen. Ueberhaupt sollte bemittelt werden, was an den Vergarbeiterwünschen berechtigt ist. So sollte vor allem die Zuständigkeit der Arbeiterausschüsse für die Lohnfrage hergestellt werden. Der Redner schließt mit dem Wunsch auf eine baldige friedliche Verständigung im Ruhrrevier und auf eine schnelle und gerechte Justiz gegen die verhafteten Tumultuanten. (Beifall bei den Reil.)

Das Haus verläßt sich.

Abg. Sasse (persönlich): Der Handelsminister hat meine Schilderung von der Lage im Ruhrrevier ironisiert. Das konnte er dadurch, daß er meine Darstellung ganz unrichtig wieder gab. Weiter hat der Handelsminister gesagt, ich hätte nur einseitige Darstellungen von dem Vorgehen der Polizei gegeben. Das ist wiederum nicht richtig. Ich habe mich wiederholt und ausdrücklich auf Polizeiberichte, die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ und die „Kölnische Zeitung“ bezogen.

Nächste Sitzung: Freitag, 1 Uhr. Schnelliger Antrag A. Blaf (Rp.) auf Einstellung eines Strafverfahrens gegen den Abgeordneten Graf Oppersdorf, Fortsetzung.

Schluß 6 1/2 Uhr.

Gewerkschaftliches.

Die gelben Christen fürchten die Konkurrenz der gelben Kriegervereiner!

Der Deutsche Kriegerbund will eine „Krieger-Versicherungs- und Fürsorgekasse“ gründen, um seine Mitglieder vom Eintritt in die Gewerkschaften abzuhalten. Der Plan richtet sich gegen die freien Gewerkschaften, bedroht fühlen sich aber die „christlichen“ und die Hirsch-Dunkerischen Gewerksvereine. Besonders die Zentrumschriften fürchten die gelbe Konkurrenz. In einem Artikel des „Zentralblatts der christlichen Gewerkschaften“ heißt es u. a.:

„Aus den schon früher angeführten Gründen, daß nämlich der angebliche Zweck der neuen Einrichtung, den sozialdemokratischen Terrorismus abzuwehren, nicht erreicht, wohl aber die christliche Arbeiterbewegung geschädigt wird, müssen die christlichen Gewerkschaften nach wie vor dem Plan des deutschen Kriegerbundes den äußersten Widerstand entgegensetzen. Alle Mitglieder und Freunde der christlichen Arbeiterbewegung, die in den Kriegervereinen ein Wort mitzureden haben, ersuchen wir hiermit, den neuen Plänen die schärfste Opposition zu machen. Wird dies ohne Erfolg bleiben und die gelbe Unterstützungskasse dennoch zustande kommen, so würden alle auf unserem Standpunkt stehenden Mitglieder der Kriegervereine die weiteren Konsequenzen ziehen müssen. Hoffentlich wird es so weit nicht zu kommen brauchen.“

Das „Fürstliche“ könnte ja nur der Ausmarsch der Zentrumschriften aus den Kriegervereinen sein. Es versteht sich, daß dies, wie die Dinge zurzeit liegen, ja nur eine leere Drohung sein soll. Der komische Streit zwischen Zentrumschriften und Kriegerbund beweist also, was denn eigentlich die „Stärke“ der Christen ist: die Furchtung von Selben! Das ist die Domäne der „Christen“, da fürchten sie die neue Kriegerkasselle!

Vielleicht kommt aber eine Einigung zustande durch die Verschmelzung zu einem „christlich-gelben Kriegerbund“.

Berlin und Umgegend.

Die Fleischermeister Neufölln erklärten, als der Verband der Metzler die Forderung an sie stellte, ihren Gesellen eine zwölfstündige Arbeitszeit und einen Minimallohn von 13 Mk. zu gewähren, daß dies in allen Schlächtereien schon längst eingeführt sei, ja in den meisten sei die Arbeitszeit viel kürzer und der Lohn viel höher. Als der Verband dies als unwahr bezeichnete, waren die Herren sehr empört darüber, daß man es wagte, an ihren Angaben zu zweifeln. In Neufölln beträgt die Arbeitszeit in den meisten Geschäften wöchentlich 90 Stunden, bei dem Fleischermeister Paul Dahms, Prinz-Handjery-Str. 44, sogar 95 1/2 Stunden. Der Erstgehilfe erhält dafür 11 Mk., der andere 10 Mk. pro Woche Lohn. In einigen Geschäften werden sogar für ältere Gesellen noch unter 10 Mk. Lohn gezahlt. Die Fleischermeister schimpfen über die Ungerechtigkeit der Gesellen und erklären der Rundschau, wie gut es dieselben haben, wenn sie nur nicht den „Hegern“ vom Verband folgen. Jetzt greift sogar die Berliner Fleischerinnung in diese Bewegung mit ein. Am Freitag, den 15., findet eine Versammlung der Neuföllner Innung statt, zu der der Vorstand der Berliner Innung ebenfalls erscheint und die Metzler gegen die Organisation scharf machen will. Der Hauptgeschäftsmacher ist der Fleischermeister Franz Wenzig, Berlin, Adalbertstr. 2. Mit ihm hatte die Organisation schon manchen Strauß ausgefechten, weil die organisierten Gesellen in seinem Betriebe nicht alles mitmachen wollten. Ferner wird behauptet, daß die Berliner Fleischerinnung beschlossen habe, diejenigen Neuföllner Metzler, die durch den Woyt (1) geschädigt werden, zu unterstützen. Auch die Berliner Innung wird durch ihr Eingreifen nicht verhindern können, daß die gerechten Forderungen der Gesellen mehr und mehr anerkannt werden. Die Fleischermeister werden einsehen müssen, daß die alten Lohn- und Arbeitsbedingungen auf die Dauer nicht aufrechtzuerhalten sind.

Deutsches Reich.

Die Arbeitslosigkeit der Bauarbeiter

war im Januar nach der vom Bauarbeiterverband vorgenommenen zweiten Zählung ganz erheblich größer als nach der ersten Zählung im Dezember 1911, was besonders auf die große Kälte im Januar zurückzuführen ist. An der Zählung beteiligten sich diesmal 999 Zwiigvereine mit 283.000 Mitgliedern, von denen 254.499 befragt wurden. Von ihnen standen nur 129.796 in Arbeit; 124.702, also nahezu die Hälfte, waren arbeitslos. Die Ursache der Arbeitslosigkeit war bei 90.897 der Befragten direkter Arbeitsmangel, 61.170 konnten der schlechten Witterung wegen und 12.635 wegen Krankheit nicht arbeiten. In Prozenten ausgedrückt war das Verhältnis folgendes: Insgesamt standen in Arbeit 51 Prozent, arbeitslos waren 49 Prozent und zwar 23,9 Prozent wegen Arbeitsmangels, 20,1 Prozent infolge ungünstiger Witterung und 5 Prozent wegen Krankheit. Von den einzelnen Berufen hatten die Maurer am stärksten unter der Arbeitslosigkeit zu leiden. Von ihnen waren 51,9 Proz. arbeitslos, während bei den Bauhilfsarbeitern und Erdarbeitern nur 44,2 Proz. und bei den Holzerntern sogar nur 18,7 Proz. arbeitslos waren. Der Grund für diesen Unterschied ist darin zu suchen, daß ein Teil der Bauhilfsarbeiter und der Erdarbeiter bei Frost noch arbeiten kann, wenn für den Maurer die Arbeit im Freien völlig unmöglich ist. Die niedrige Zahl bei den Holzerntern erklärt sich aus der Tatsache, daß die Arbeit der Holzernter zum Teil im Innern der bereits fertigen Gebäude ausgeführt wird. — Auch nach Vandestellen geordnet war die Arbeitslosigkeit sehr verschieden. Am größten war der Prozentsatz der Arbeitslosen wieder im agrarischen Norden und Nordosten. Hier wurden in den Großherzogtümern Mecklenburg 79,1 Proz., in Pommern 76,8 Proz., in Ost- und Westpreußen mit Posen 75,2 Proz. und in Schlesien 64 Proz. Arbeitslose gezählt. Am niedrigsten war der Prozentsatz wieder in den industriellen Gebieten, so in der Rheinprovinz 17,8 Proz., in Westfalen 29,6 Proz. usw.

Zu den Arbeitslosen sind auch 8845 Mitglieder gezählt worden, die vorübergehend Arbeit in einem fremden Beruf gefunden hatten. Da die Witterung am Zähltag ungefähr der vier Wochen lang (vom 7. Januar bis 6. Februar) herrschenden entsprach, so läßt sich mit einiger Sicherheit sagen, daß man durch die am 27. Januar vorgenommene Stichprobe ein ziemlich einwandfreies Bild von der den ganzen Januar hindurch herrschenden Arbeitslosigkeit der Bauarbeiter bekommen hat.

Der Verband der Sattler und Portefeinler im Jahre 1911.

Auch im verfloffenen Geschäftsjahre hat diese Organisation gute Fortschritte gemacht. Die Mitgliederzunahme betrug 1219. Der Verband zählt 13.819 Mitglieder, darunter 1168 weibliche. Die männlichen Mitglieder haben um 992 und die weiblichen um 227 zugenommen. Der durchschnittliche Mitgliederstand betrug 13.206. Die große Steigerung der Mitgliederzahl vom Jahre 1910 ließ für 1911 zahlreiche Bewegungen erwarten. Insgesamt wurden 83 Bewegungen in 729 Betrieben mit 12.454 Beschäftigten durchgeführt; daran waren beteiligt 10.818 Personen. 62 Bewegungen mit 10.829 Personen wurden ohne Kampf beendet. An Lohnkämpfen waren 489 Personen beteiligt; darunter befanden sich 131 Ausgelperrte. Die Gesamtdauer der Kämpfe betrug 623 Tage. In 16 Fällen endeten die Bewegungen mit vollem Erfolg; 4 Streiks gingen verloren. Die Lohnbewegungen ohne ArbeitsEinstellung waren in 63 Fällen vollständig erfolgreich, und 9 hatten einen teilweisen Erfolg. Außerdem waren 4 Abwehrebewegungen ohne Kampf zu verzeichnen, die gleichfalls mit Erfolg beendet werden konnten. Die Hauptresultate ließen sich dahin resumieren, daß 7195 Personen eine wöchentliche Arbeitszeitverlängerung von 15.217 Stunden erreichten und 10.868 Beteiligte eine durchschnittliche Lohnerhöhung pro Woche um 22.498 M. erzielten. Außerdem wurden für 1400 Personen Zuschläge für Ueberstunden und dergleichen erzielt. 82 Tarifverträge wurden abgeschlossen. Die Resultate auf dem Gebiete der Streiks und der Lohnbewegungen sind also als befriedigend zu bezeichnen; sie haben der Organisation nur 81.582 M. an Kosten verursacht. — Der Kassenbericht zeigt eine Einnahme an Beiträgen von 294.873 M., oder pro Kopf 22,88 M. Unter den Hauptausgabenposten steht die Erwerblosenunterstützung mit 99.548 M. obenan. Die Ausgaben für Unterstüßungen stehen mit 87,3 Prozent in der Ausgabensumme an erster Stelle. An Unterstüßungen jeglicher Art wurden pro Kopf 10,92 M. wieder an die Mitglieder zurückgezahlt. Da die Zunahme des Vermögens eine mäßige zu nennen ist, wird zurzeit die Beitragsfrage eifrig erörtert und steht zu erwarten, daß die im Mai in München stattfindende Generalversammlung den weiteren Ausbau der sich bisher gut entwickelnden Organisation vollenden wird.

Ausstand der Kupferschmiede in Görtlich.

Seit drei Wochen stehen die Kupferschmiede von Görtlich im Ausstand. Sie hatten einen Lohnarif eingereicht, der eine Erhöhung des Stundenlohnes und Festsetzung eines Minimallohnes vorsieht. Die bei den Meistern außerhalb des Streiks Arbeitenden haben sich mit den Streikenden solidarisch erklärt. Den Tarif anerkannt haben zwei Unternehmer. — Die Firma Edmund Friedrich, Görtlich, Müdenring 5, sucht nun in einer Anzahl Parteiblätter tüchtige Kupferschmiede für Roharbeiten zum sofortigen Antritt. In den Inseraten findet sich auch der Vermerk: Lohnarif bewilligt. Das trifft nicht zu! Aber Herr Friedrich hätte durchaus nicht nötig, in die Ferne zu schweifen und von auswärts Kupferschmiede heranzuziehen. Am Orte selbst sind noch genügend Arbeitskräfte, die jederzeit in Arbeit treten würden. Wie sich aber jetzt herausgestellt hat, die Firma bei Anerkennung des Tarifs sich den übrigen Unternehmern gegenüber verpflichtet, keinen von den noch ausstehenden und am Orte befindlichen Kupferschmieden einzustellen. Unter diesen Umständen wird geboten, den Zugang von Kupferschmieden, Klempnern und Installateuren fernzuhalten.

Die Eiserei-Hilfsarbeiter in Breslau haben, da die Unternehmer auf eine Neuregelung des Tarifs nicht eingehen wollen und auf Anfrage des Sektionsleiters erklärten, daß sie nicht gewillt sind, gewer die Organisation noch deren Tarif anzuerkennen, in einer vollständig besuchten Versammlung den Generalstreik beschlossen, der am Donnerstag früh begann.

Zur Schneiderauspeerrung in Breslau. Die in einer Mitgliederversammlung des Breslauer Schneiderverbandes mitgeteilt wurde, hat die Auspeerrung bei weitem nicht den Umfang angenommen, als die Unternehmer vorher großspurig angekündigt haben. Bis jetzt sind nur 185 Verbandsmitglieder, 53 Christliche und 12 Hirsch-Dunkerische Gewerksvereiner ausgepeerrt. Das ist die knappe Hälfte aller im Verufe Beschäftigten. Von der Breslauer Schneiderinnung, die sich auch vollständig an der Auspeerrung beteiligen wollte, haben nur ganze zwei Mitglieder ausgepeerrt. Die übrigen machen sich die gute Konjunktur zunutze.

Die städtischen Arbeiter Stuttgarts sind über die Ablehnung des Antrags auf Gewährung einer Feuerungszulage durch den Gemeinderat aufs Äußerste erbittert. Der Anfangslohn des städtischen Arbeiters ist 3,80 Mk. pro Tag, der Durchschnittslohn 4,10 Mk.; bei den außerordentlich hohen Miet- und Lebensmittelpreisen Stuttgarts eine kaum zur Fristung des nackten Lebens ausreichende Entlohnung. Der Antrag der gemeindlichen Kommission ging dahin, jedem Arbeiter eine einmalige Feuerungszulage von 2 Mk. und für jedes Kind 5 Mk. zu gewähren. Die bürgerlichen Parteien auf dem Stuttgarter Rathaus, Konserwative, Freisinnige und Nationalliberale, lehnten diesen Antrag jedoch ab. Eine papierne Resolution, im nächsten Jahre die Löhne der Arbeiter einer Prüfung zu unterziehen, war alles, was sie den Arbeitern reicheten. Die fast vollständig organisierten Arbeiter haben als Antwort ein neues Gesuch an die Stadtverwaltung gerichtet und als äußersten Termin der Entscheidung den 1. April festgesetzt.

Achtung, Metallarbeiter! In der Maschinenfabrik von Gottb in Heidenheim (Württemberg) sind Differenzen ausgedrochen. Zugang von Formern und Eisereiarbeitern ist fernzuhalten.

Ausland.

Streik beim Bau des Hauenseintunnels.

Aus Bern wird gemeldet: Die in den letzten Monaten begonnenen Tunnelarbeiten beim Bause des Hauenseintunnels sind bereits unterbrochen worden, weil die Arbeiter in eine Lohnbewegung eingetreten sind. Sie klagen im allgemeinen über niedrige Löhne und fordern einen neuen Tarifvertrag mit der Firma Julius Berger & Co. Die Verhandlungen sind bereits im Gange.

Ein Generalstreik der Pariser Transportarbeiter.

Am Mittwoch fand in der Manege St. Paul zu Paris eine Versammlung von Mitgliedern des Transportarbeiterverbandes, den Angehörigen der Omnibus-, Straßenbahn- und Untergrundbahn-Gesellschaften usw. statt. Auf der Tagesordnung der starkbesuchten Versammlung stand die Debatte über einen ständigen Generalstreik der Angestellten aller Verkehrs- und Transportgesellschaften als Sympathiebewegung für die streikenden Chauffeurs. In der einstimmig zur Annahme gelangten Resolution wird auf das schärfste gegen die ungesetzlichen Handlungen zugunsten der Arbeitgeber während des Chauffeurstreiks protestiert, insbesondere wird die Haltung der Regierung getadelt, die Polizei und Armeen in den Dienst der Arbeitgeber gestellt habe, um die Arbeiter zur Annahme eines Schiedsgerichts zu zwingen. Die skandalöse Haltung der Regierung zwingt dazu, den streikenden Chauffeurs mit allen Mitteln beizuzwingen und gleichfalls nicht vor ungesetzlichen Handlungen hierbei zurückzufahren.

Abgeordnetenhaus.

36. Sitzung, Donnerstag, den 14. März, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Dr. Sadow.

Es sind vier Interpellationen über den Vergarbeiterstreik im Ruhrrevier und den Schuß der Arbeitswilligen eingegangen, und zwar von den Konservativen, Freikonservativen, dem Zentrum und den Nationalliberalen.

Das Ausführungsgesetz zur Maß- und Gewichtsordnung geht nach kurzer Diskussion an die Gemeindefeldkommission.

Das Gesetz über den Arbeitszwang gegen Arbeitsscheue und säumige Nährpflichtige

ist vom Herrenhause bekanntlich schon angenommen und als „Gesetz über die Abänderung und Ergänzung der Ausführungsgesetze zum Reichsgesetz über den Unterstützungswohnsitz“ bezeichnet worden.

Abg. Kardorff (f.): Das Gesetz soll schweren sozialen Schäden abhelfen. Aber die juristischen Zwirnsfäden des Entwandes der Zuständigkeit des Reiches dürfen wir nicht stolpern. Eingehende Beratung ist nötig, denn es handelt sich um Freiheitsentziehung bis zu mehr als einem Jahr. Wir beantragen Verweisung an eine besondere Kommission.

Unterstaatssekretär Holz: Es muß gegen die frivole Ausnutzung der Armenpflege durch Arbeitsscheue vorgegangen werden. Die Armenpflege ist Sache der Bundesstaaten, also besteht keine Kollision zwischen Reichs- und Landesrecht. Das Gesetz ist eine soziale Vorbeugungsmahregel; es wird hoffentlich das Gefühl der moralischen Verpflichtungen gegen die nächsten Angehörigen gestärkt werden. (Bravo! bei der Mehrheit.)

Abg. Schmiedding (f.) empfiehlt eine Kommission von 21 Mitgliedern. Der Vorlage stehen wir freundlich gegenüber. Im Jahre 1900 wurde festgestellt, daß in 33 Städten mit 8 Millionen Einwohnern 6031 Personen unterstützt werden mußten, weil die Nährpflichtigen ihre Pflicht veräußerten. Der Arbeitszwang darf aber nicht den Charakter einer Strafe annehmen. Einige von uns wünschen größeren Schutzes gegen die Freiheitsbeschränkung; ich wünsche Bestimmungen gegen die Stromer und Vogabunden.

Abg. Vorchardt (Soz.) — Zur Geschäftsordnung: Nach § 47 der Geschäftsordnung sollen nach Möglichkeit bei Vorlagen Redner für und wider sprechen. Das wäre sehr nützlich und sachlich gerechtfertigt; es würde die Verhandlung abkürzen.

Abg. Winkler (f.): Das geht nicht, denn oft haben Redner, die sich für gemeldet haben, gegen gesprochen.

Abg. Weisly (noll.): Ja werde gegen das Gesetz sprechen; dadurch wird die Abwechslung eintreten.

Abg. Dr. Schrod (ff.): Die Praxis hat die Undurchführbarkeit dieser Bestimmungen ergeben. Bei ersten Lesungen ist es gar nicht möglich, sich direkt für oder gegen eine Vorlage auszusprechen.

Abg. Hund (Sp.) empfiehlt den Vorschlag Vorchardts.

Präs. Dr. Freiberger v. Gessa: Die Sache ist in der Theorie sehr schön und gut. Nach meiner 27jährigen Praxis aber ist der Vorschlag unmöglich, weil manche Herren nicht die Selbsttätigkeit haben, wenn sie sich für gemeldet haben, nun auch für zu sprechen.

Abg. Vorchardt (Soz.): Die Gründe, die gegen meinen Vorschlag angeführt werden, haben mich sehr überrascht. Der Präsident hat das richtige Wort geprägt; daß diese Bestimmungen undurchführbar wurde, zeigt einen bedauerlichen Mangel von Selbsttätigkeit derjenigen Herren, die sich unbedingterweise vorgedrängt haben. Da ich aber die Debatte nicht in die Länge ziehen will, und durch die Erklärung des Abg. Weisly zunächst das erreicht ist, was ich wollte, ziehe ich meine Anregung zurück.

Abg. Dr. Friedberg (noll.) stimmt dem Präsidenten zu. Man kann mit gutem Gewissen von vornherein niemals sagen, ob man dafür oder dagegen ist. (Abg. Hoffmann (Soz.): Da sieht man die Rationalisten! — Schallende Heiterkeit im ganzen Hause.) Sie, Herr Hoffmann, sind eben mit Ihrem Urteil leicht fertig. Wir prüfen aber erst und urteilen dann. (Sehr richtig!) Beim Etat könnte gar nicht nach dem Wunsche des Abgeordneten Vorchardt verfahren werden.

Abg. Vorchardt (Soz.): Das weiß ich auch. Es steht in der Bestimmung auch nur „solange es möglich ist“. Wir können aber ein anderes Mal über diese vernünftige Bestimmung weiter sprechen.

Damit ist die Geschäftsordnungsdebatte beendet.

Abg. Weisly (noll.) weist in längeren Darlegungen nach, daß die wesentlichen Bestimmungen des Entwurfs Reichsrecht be-

treffen und daher unzulässig sind. Der Arbeitszwang in einer Anstalt ist in der Tat eine Strafe. Es fehlen auch Garantien gegen unerschütterlichen Verlust der persönlichen Freiheit. (Beifall links.)

Abg. Braemer (f.) spricht für das Gesetz und wünscht, daß die Arbeitsscheuen statt in Anstalten in der Landwirtschaft beschäftigt werden.

Abg. Dr. Flesch (Sp.): Die Armenverwaltung erkennt an, daß ein besserer Schutz der Familien gegen unterhaltspflichtige Müßiggänger notwendig ist; wir wollen aber solche Pflichtvergessenheit als schweres Vergehen nach dem Strafgesetzbuch behandelt wissen und mit denselben richterlichen Garantien, wie sie der Verbrecher hat. (Beifall links.)

Abg. Streymöki (Pole) erklärt ebenfalls, daß das Gesetz dem Reichsrecht zuwiderlaufe.

Abg. Vorchardt (Soz.):

Schon wiederholt hat sich der preussische Landtag mit Angelegenheiten befaßt, die in die Kompetenz des Reiches gehören. Das ist auch hier der Fall. Das Strafgesetzbuch selbst beweist das, indem es mehrere Bestimmungen enthält, die gerade die hier und vorgelegte Materie nach allen Seiten regeln. Der § 361,5 des Strafgesetzbuches bestimmt, daß bestraft wird, wer sich dem Spiel, Trunk oder Müßiggang dergestalt hingibt, daß zu seinem Unterhalt oder zum Unterhalt derjenigen, zu deren Unterhalt er verpflichtet ist, behördlich die Hilfe anderer in Anspruch genommen werden muß. § 360,7 des Strafgesetzbuches sagt, daß bestraft wird, wer, wenn er aus öffentlichen Armenmitteln Unterstützung empfängt, sich aus Arbeitsscheue weigert, die ihm von der Behörde angewiesene, seinen Kräften angemessene Arbeit zu verrichten, und § 361,10 des Strafgesetzbuches lautet: „Wer, obgleich er in der Lage ist, diejenigen, zu deren Unterhalt er verpflichtet ist, zu unterhalten, sich seiner Unterhaltspflicht trotz Aufforderung durch die zuständige Behörde derart entzieht, daß durch die Vermittelung der Behörde fremde Hilfe in Anspruch genommen werden muß, wird bestraft.“ § 362 sagt, daß in einigen dieser Fälle nach der Verbüßung der Freiheitsstrafe der Beurteilte der Landespolizeibehörde zu überweisen sei, die ihn bis zu zwei Jahren in einem Arbeitshause unterbringen oder zu gemeinnützigen Arbeiten verwenden kann. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wozu nach all dem ein neues Gesetz? Wenn wirklich die Strafbestimmungen des Reiches nicht genügen, dann gibt es doch den klaren gesetzlichen Weg, eine entsprechende Vorlage an den Reichstag zu machen. Aber man ist offenbar der Ansicht, daß der Reichstag in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung ein solches Gesetz nicht annehmen wird; doch berechtigt diese Ansicht noch keineswegs zu einer Umgehung der gesetzlichen Bestimmungen. Die Bezeichnung dieser Bedenken als

juristische Zwirnsfäden

durch den Abg. v. Kardorff beweist, daß man ganz gut weiß, daß der preussische Staat, der nicht zuständig ist, mit voller Absicht die klaren gesetzlichen Bestimmungen umgehen will. (Beifallige Zustimmung links.) Es ist wieder einmal sehr bezeichnend, daß wir Sozialdemokraten für die Autorität und Heiligkeit der bestehenden Gesetze eintreten müssen. (Lachen rechts.) Das ist schon oft so gewesen und wird noch oft so sein, denn die zuständige Stelle und die großen Parteien dieses Hauses sind bereit, die bestehenden Gesetze nur zu halten, wenn sie ihnen in den Kram passen; wenn sie ihnen aber einmal un bequem sind, geben sie mit vollem Bewußtsein darauf aus, die Gesetze zu brechen, sie zu umgehen und sie juristische Zwirnsfäden zu heihen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wenn sechs bis sieben andere Bundesstaaten ebenso vorgegangen sind, so haben doch wir nicht das Recht zu solchem Unrecht.

Nun beruft man sich auf eine Reichstagskommission vor 40 Jahren und auf Sachverständige. Wie oft ist von der sogenannten staatsrechtlichen Seite dieses Hauses gefragt worden: Was brauchen die Gerichte z. B. in Kunstfragen Sachverständige? Die Gerichte können sich selber ihr Urteil bilden! Ja, was brauchen wir denn dann Sachverständige, wo wir uns hier über den klaren Zusammenhang selbst ein klares Urteil bilden können, wenn wir nur die Sache verstehen wollen. (Sehr wohl! bei den Sozialdemokraten.)

Tief beschämend ist es, daß man glaubt, durch das Spiel mit den Worten Strafgesetz — Armenpflege das Gesetz umgehen zu können. Nur eine schlechte Sache wird mit solchen Mitteln verteidigt. In diesem Gesetz ist angedroht:

Unterbringung in eine öffentliche Arbeitsanstalt, wo der Untergebrachte verpflichtet ist, die ihm angewiesene Arbeit

elegante und wissenschaftliche „französische Methode dieses Faustschens“. Ja, für Tristan Bernard ist das Vorgehen eine Philosophie, „das Terrain dieses Sports die wahre Wahrheit“, alles andere konventionelle Lüge — eine erkenntnistheoretische und ethische Entscheidung, die den alten Immanuel Kant total niederlegt. Im Schlußsatz beschwört der Briefschreiber den „Tempo“, die Vorkämpfe zu verteidigen, denn sie seien „ein gutes Werk vom nationalen und humanitären Gesichtspunkt“. Da ist es nun einfach ein nationaler Imperativ, daß auch ein Champion der Vorkämpfe — natürlich ihrer nationalen Richtung — in den gesetzgebenden Körper kommt, um dessen Putschatur zu stärken. Und da es noch eine Reihe anderer Sports und Künste gibt, die sämtlich national sind und irgendwelche Anlagen der Rasse entwickeln, so könnte sich das Parlament bald aus preisgekrönten Wettschwimmern, Angelfischern, Regelspielern und Hochdruckrennen zusammensetzen.

Edouard Drumont, der, von seinen reaktionären Schranken abgesehen, ein ausgezeichneter Beobachter der delatenten kapitalistischen Gesellschaft ist, hat die blöde Sensationellerei, die sich jetzt am liebsten hinter patriotische Vorwände versteckt, sehr richtig mit dem Histicismus — der Romantismenmanie — der römischen Versaillesepöe verglichen. Ein Unterschied besteht allerdings darin, daß sich die moderne Bourgeoisgesellschaft in der Illusion der Verjüngung wiegt, weil sie den Glauben an Ideen schwauchfönnig durch einen lärmenden Plepshultus ersetzt. Wenn die antike Welt in einer affektierten Schönheitspöse in ihrer letzten Stunde gleich jenem Cäsar rufen konnte: wald ein Künstler stirbt in mir!, so geht die kapitalistische Kultur als Zahnmortscherkules in den Tod, während draußen vor der Türe die Fahare ihre tägliche Nationalhymne tutet und der wichtige Clowen philosophisch greint.

Nachträglich. Am 13. März hat Oskar Blumenthal den 60. Geburtstag gefeiert. Möge er seinen Lebensabend in Freuden verbringen. Aber... (nichts gegen ihn). Aber im „Berliner Tageblatt“ gratuliert Paul Schlenker, der frühere Direktor des Wiener Burgtheaters, dem „blutigen Oskar“. Dies der Beiname des einst so gefürchteten Konfektionärs. (Er hatte leicht ungenossen sein in den siebziger, achtziger Jahren, die Mehrzahl der Gegner war noch unsäbiger.) Nichts gegen ihn — ein alter Herr... Aber wenn ein Blatt und ein Mann politisch so handeln, wie das „Tageblatt“ und Schlenker in diesem Falle, — wärend beide fertig. Es ist einfach nicht anständig, eine solche Minderwertigkeit wie diesen Heineipionen (nicht mal!) herauszufreichen, wenn Hunderte von starken Talenten — in allen Volkswissenschaften — verlumern müssen. Es ist nicht anständig, Jöfen einzuleiten wie Schlenker und Blumenthal einen Dichter und einen Denker, einen Regenerenten und Dramatiker zu nennen. Eins muß verlogen sein: entweder „Das weiße Röhl“ oder „Wämeroholm“. Verdes geht nicht. Was nicht es, wenn Arbeiterbüchsen gute Literatur fördern, wenn die Felsen bestrebt sind, gute Wäher zu schreiben, — wenn das größte liberale Blatt an derselben Stelle, an der es sonst Strindberg und Jöfen bespricht, Blumenthal feiert? — Als Blumenthal jung war, hat er sich rüde und ungezogen benommen (niemand

nach dem Maße seiner Kräfte zu verrichten. § 15 des Reichs-Strafgesetzbuches sagt, daß zur Zuchthausstrafe Verurteilte in den Strafanstalten zu den eingeführten Arbeiten anzuhalten sind, während § 16 lautet: „Die zur Gefängnisstrafe Verurteilten können in einer Gefängnisanstalt auf eine ihren Fähigkeiten und Verhältnissen angemessene Weise beschäftigt werden. Und unsere Vorlage, die mehr verlangt als die Gefängnisstrafe und der Zuchthausstrafe vollständig gleichsieht, — die soll keine Strafe bestimmen! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Im Leipziger Arbeitshaus, das auf Grund eines ähnlichen Gesetzes besteht, darf sogar noch geprügelt werden, es ist eine vollständig zuchthausmäßige Einrichtung.

Die Verhandlungen im Herrenhause betreffen die Umgehung der Reichsgesetzgebung.

Wenn Sie sie gelesen haben (Ja-Rufe rechts), dann werden Sie wissen, daß die hohen Herren da drüben sich über das Gesetz sehr wenig unterhalten haben. (Läufe rechts: Das war sehr vernünftig.) Das mag nach Ihrer Meinung sehr vernünftig sein, wir nennen es gewissenlos. (Beifallige Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. Vorkis: Sie dürfen den Mitgliedern des anderen Hauses nicht vormerken, daß sie leichtsinnig Gesetze machen; ich rufe Sie dafür zur Ordnung.

Abg. Vorchardt (Soz.):

Also die an Umfang sehr geringe Debatte des Herrenhauses (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) hat sich fast nur um die Frage des Verschuldens gedreht. Der Regierungsvertreter hat dort gesagt: Es darf nicht nach Strafe und Verschulden aussehen, sonst kollidiert es mit der Gesetzgebung des Reiches. Nun hat man durch den Antrag Dzierzowski den Ausweg gefunden, dem Gesetz eine Fassung zu geben, die nichts vom Verschulden sagt, sondern im ersten Absatz erklärt, alle, die aus öffentlichen Mitteln Armenunterstützung bekommen, sind getroffen. Im zweiten Absatz aber zählt man eine Reihe von Fällen auf, in denen der erste Absatz nicht gelten soll. Anstatt zu sagen: Die, die etwas verschuldet haben, erleiden die und die Strafe, hat man gesagt: Die sollen nicht getroffen werden, die nichts ausgepfaffen haben. Das ist aber doch sachlich und inhaltlich vollständig daselbe. (Abg. Schmiedding (f.) ruft: Noch lange nicht!) Vor dem gewöhnlichen, gesunden Menschenverstand wird Jör „noch lange nicht“ nicht bestehen! (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Indirekt ist in den ersten Absatz hineingelegt der Sinn: Nur derjenige kommt ins Arbeitshaus, der etwas verschuldet hat. Nach der eigenen Auslegung der Staatsregierung ist die Kollision mit der Gesetzgebung des Reiches zweifellos. Und nun haben wir uns zu fragen: Ist das Bedürfnis nach diesem Gesetz wirklich so dringend, daß diese Vorlage mit ihrem jämmerlichen Inhalt, mit ihrer Einschränkung der persönlichen Freiheit durch den Spruch von Verwaltungsbehörden, mit ihrem Einbruch in die Reichsübersetzung nötig wurde?

Ein so unausschließbares Bedürfnis liegt nicht vor. Die Staatsregierung hat es keineswegs zu beweisen versucht, sie behauptet es nur. Sie gibt keine Zahlen, keine Statistiken über die Unterstellungen infolge Veräußerung der Nährpflicht. Die beigegebenen Zahlen sind nicht amtlich. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Sondern von einem Privatverein gesammelt. Die Regierung ist ja sonst nicht so Erhebungen und Erhebungen abgeneigt. Die Zahlen des „Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohlthätigkeit“ stammen von 1896/97! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und auf Zahlen über ein Jahr, das 16 Jahre zurückliegt, sollen wir ein Gesetz machen?! Andere Zahlen betreffen den einzigen Monat März 1909; ein einzelner hat sie so eilig wie möglich gesammelt. Welche Oberflächlichkeit, darauf ein Gesetz zu machen! Aber 1896/97 wurden in 113 deutschen Städten mit acht Millionen Einwohnern die Unterstützten gezählt, dagegen in 14 preussischen Großstädten mit 1 1/2 Millionen Einwohnern ganze 1826 Pflichtvergeßene. Bei den Märzahlen 1909 spielt der Zufall die größte Rolle: in 20 preussischen Großstädten mit 2 Millionen Einwohnern — wenn Berlin nicht dabei ist — waren ganze 2865 säumige Nährpflichtige. Rechtfertigt diese winzige Zahl Minister ein Gesetz? Haben die preussischen Gesetzfabriken keine dringenderen Aufgaben?

Die Aenderung des Wahrschis

wird uns seit Jahren versprochen — aber wir kriegen sie nicht. Dieses Gesetz aber gleich! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ueber die Nützlichkeit dieses Gesetzes sagt die Begründung nun, was bisher Technisches versucht wurde und was alles wenig genügt hat. So z. B. das Gesetz von 1855, das ebenfalls die Entscheidung

hat Jöfen so angepöbelt wie er, der Mann ist heute erledigt. Wenn er es nicht wäre, ließe es ihn belämpfen.

Der Journalismus hat eine furchtbare Waffe: das Totschwärgen.

Diese Verhandelsleute schweigt man tot.

Die „künstlichen Instinkte“ der Tiere. In einer inhaltreichen Abhandlung beschäftigt sich der Direktor des französischen Instituts für Tierpsychologie, P. Gaget-Souplet, mit der Frage, wie „künstliche Instinkte“ bei den Tieren durch Dressur entstehen, und führt als ein besonders interessantes Beispiel die Ohrenrobben an, deren Geschicklichkeit als Equilibristen vielfach Erfahren hervorgerufen hat. Diese Flossenfüßer besigen nach den Beobachtungen des Geschichtens bereits vor der Dressur Fähigkeiten, die die Dressure augenwehrt haben und die für den Psychologen von hoher Wichtigkeit sind. Es passiert sehr häufig, daß die Ohrenrobben, wenn sie untertauchen, um einen Fisch zu fangen, einen Fisch an der Oberfläche des Wassers hinzogen. Will der Fisch nach einer Seite ausweichen, so bedroht ihn die Robbe sogleich von dieser Seite, schneidet ihm den Rückzug ab und zwingt ihn so, wieder an die Oberfläche zu flüchten, wo er dann gefangen wird. Solcher Übung bedankten die Ohrenrobben die außerordentliche Beweglichkeit ihres Halses; diese Bewegungen sind nun aber gerade diejenigen, die ein Jongleur ausführen muß, um einen langen Gegenstand auf der Nase zu balancieren. Hat man diese bei den Robben so sehr entwickelte Fähigkeit erst einmal festgestellt, dann hat man auch das Geheimnis ihrer Dressur gelöst. Am die Robbe zum Equilibristen auszubilden, legt man ihr zunächst einen Stock auf die Nase, an dessen Spitze sich ein Fisch befindet. Es genügt dann nach einer bestimmten Zahl von Wiederholungen, wenn die Robbe einen Fischgeruch an dem Stock findet, damit sie ihn auf der Nase behält. So wird also ein „künstlicher Instinkt“ hier durch die Dressur ausgeüht, wie auch sonst häufig.

Notizen.

— Bartholomé erkrankt. Der neben Robin Verblümmteste Bildhauer Frankreichs, Paul Albert Bartholomé, der Schöpfer des den Toten geweihten Monuments auf dem Friedhof Père Lachaise, ist plötzlich von einer schweren Herzlähmung befallen worden. Der Zustand des Künstlers ist besorgniserregend.

— Das Wachstum von Paris. Die Resultate der am 5. März erfolgten neuesten Pariser Volkszählung ergeben wieder ein bedeutendes Anwachsen der Seinestadt. Paris umfaßt gegenwärtig 80 039 Häuser, 1 123 634 Haushaltungen und hat eine Einwohnerzahl von 2 888 110 Personen. Das Anwachsen von Paris in den letzten 110 Jahren veranschaulichen folgende Zahlen: Die Stadt hatte 1801 547 756 Einwohner; 1831 785 862; 1856 1 174 846; 1861 1 696 141; 1872 1 851 792; 1880 2 324 550; 1896 2 536 894; 1906 2 783 393. Das Seinedepartement hat heute eine Bevölkerung von 154 042 gegen 981 908 Einwohner im Jahre 1801.

Kleines feuilleton.

Biceps Imperator. Aus Paris wird uns geschrieben: In einem zur Nachwahl berufenen Kreis kandidiert der Advokat Bedrines — Bedrines, der vor ein paar Jahren noch ein kleiner Mechaniker war, aber zu den Glückseligsten gehört, die dem lebenslänglichen Proletariatselend entziehen können. Bedrines ist, persönlich betrachtet, ein prachtvolles Exemplar der menschlichen Gattung, ein verheißungsvoller Beweis für die Siegeskraft, die im Wissenschaftsgeschlecht überall feimt, aber in Millionen durch eine wahrhaftige soziale Misshandlung zugrunde gerichtet wird. Über Bedrines, der mit kaltem Blute und klarem Blick die Hyänen überlegen hat, will sich nun auf einmal nicht begnügen, in der Luft der erste zu sein, sondern beansprucht, in die gesetzgebende Versammlung hineinzuzutreten. Der Ruhm, das viele verdiente Geld und der alberne Tamtam geschäftsbefähigter Aufregungsredakteure haben sein feilendes Gleichgewicht gehöhrt. Der Schwindelpatriotismus, der eine der stolzeften Erzeugnisse des menschlichen Geistes zu einer Suggestion atavistischer Jagdinstinkte und radikalenden Poamit ausbeutet, hat auch Bedrines soweit gebracht, sich für eine nationale Angelegenheit zu halten. Bedrines kandidiert nicht auf ein politisches und soziales Programm, nicht als Vertreter von Interessen und Meinungen einer Volksgruppe, sondern als Bedrines schlechthin — als Jöfger. Er will im Parlament die „Wiatik vertreten“. Und die „große“ Presse, gleichgültig dagegen, daß sie so die Idee der Demokratie selbst verkümmert, macht für ihn Propaganda — ist doch diese Kandidatur selbst eine Reklame für die „unpolitische“ Verblödnungsgeschäft. Bedrines gibt zu, keine Ahnung von den Aufgaben der Gesetzgebung zu haben, aber das behauptet ihn nicht weiter. Er will einfach seinem Gegenkandidaten den Mandatsanspruch um die vollen 15 000 Franc des Abgeordnetenlohn ablaufen, ihn zum Sekretär nehmen und ihm die Erledigung seiner parlamentarischen Arbeit anvertrauen — Gäbe es noch ein republikanisches Bewußtsein, ja eine Spur politischer Redlichkeit bei der bürgerlichen Presse, so müßte sie über dieses offene Bekenntnis zur Korruption, das ja allerdings den Bewerber noch mehr durch seine Einsicht kompromittiert, lachend oder ernst ihr Urteil sprechen. Aber sie nimmt im Gegenteil Bedrines unter ihre Fittiche. Die Wiatik wird also möglicherweise ins Parlament eingiehn.

Und wer denn? Es gibt heute so viele „nationale“ Institutionen, Funktionen und Instrumente. Vor ein paar Tagen erst, als ein Freidboxer aus der Arena sterbend weggetragen worden war und manche Leute forderten, daß dieser blutige Sport aus der Reihe der öffentlichen Schaukellungen gestrichen werde, schrieb Herr Tristan Bernard — jähwöl, der geistreiche, steptische Komödientheologe Tristan Bernard — an den „Tempo“ einen empfindenen langen Brief, worin er auseinandersetzt, daß das Vorgehen nicht nur eine physische, sondern auch eine moralische Kräftigung, eine Erziehung zur Loyalität, bewirke. Und das gebe es jetzt auch eine zugleich

der Justiz abnimmt und der Verwaltung übergibt. Man hat von diesem Gesetz eingetragenenmaßen sehr wenig Gebrauch gemacht, u. a. auch, weil „zweifellos“ die Angst vor dem Arbeitshaus günstig gewirkt hat. Zweifelloser Beweis! Nach der Reichsgründung hielt man Preußen nicht mehr für zuständig für diese Sache. Das Reichsgericht hat nach der Regierungsbehauptung auch nichts genutzt — das ist das Ende einer 70-jährigen Aktion gegen die Arbeitsscheu! Aber abermals fordert die Regierung auf dem n. u. h. Wege noch mehr Brutalität und Gewaltanwendung. Dr. Samter-Charlottenburg führt aus, daß nach 50-jährigem Bestand eines solchen Gesetzes in Sachsen dort der höchste Prozentsatz solcher Pflichtverweigerung besteht! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und Dr. Lohse-Hamburg, wo auch ein solches Gesetz existiert, stellt fest, daß Hamburg bei der glänzenden Verwirklichung des Gesetzes (Hört! hört! rechts) — warten Sie ab! — 1000 abstrahlend und relativ die meisten Pflichtverweigerer hatte. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wenn das Gesetz nur selten angewandt werden soll — warum machen wir es? Beweisen Sie doch die abschreckende Wirkung des Gesetzes, sonst ist es durch die Regierung selbst als überflüssig erklärt! Was ist nun

Die wirkliche Tendenz des Gesetzes?

Neu ist nicht die seit 70 Jahren versuchte Zwangsmahregel, sondern nur ist, daß die Entscheidung vom Richter auf die Verwaltungsbehörde übergehen soll. Die soll die persönliche Freiheit einzelner Staatsbürger ausüben können — das ist echt russisch: die administrative Einperrung. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Als Begründung gibt man an, daß nach dem Strafgesetz die Arbeitsscheu bewiesen werden muß — das will man eben vermeiden. Offen gibt das die Begründung der Vorlage zu; ein solcher Nachweis sei nur sehr schwierig zu erbringen. Darum sollen die Gerichte versagt haben. Wer an die Autorität der Gerichte glaubt, wird annehmen, es habe keine Arbeitsscheu vorgelegen! Solches Mißtrauen zu den Gerichten, nur weil sie Beweise haben wollen? Da vertreten wieder wir Sozialdemokraten die Autorität der Gerichte. Es soll einfach ein Schuß gegen beherrschende Willkür beiseite sein. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wenn die Gerichte „versagt“ haben, beweist das, daß die behaupteten Mißstände gar nicht so groß sind. Nun müssen aber auch nach diesem Gesetz Beweise erhoben werden — aber vor den Verwaltungsbehörden. Und Sie haben zu diesen wohl das Vertrauen, daß diese viel leichtsinniger mit dem Beweise umspringen werden, als die Gerichte. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das ehrt diese Behörden keineswegs, ein solches „Vertrauen“.

Im Herrenhaus hat Oberbürgermeister Kirchner-Verlin einen großen Teil der R. H. L. als Arbeitsscheue bezeichnet. (Sehr richtig! rechts und im Zentrum.) Ganz ohne Beweis rufen Sie das. Wenn Sie ohnedies würden, würden Sie sich dann als Arbeitsscheue bezeichnen lassen? Was beleidigen Sie denn die D. H. L., wo Sie die Ursache ihres Elendes gar nicht kennen? (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wie kann der Oberbürgermeister eine solche Behauptung aufstellen? Er gibt dann selbst zu, daß die Gerichte Arbeitsscheue nicht konstatieren! Das Gesetz ist ein reaktionärer Einbruch in das Recht und die Reichsverfassung. (Rufe der Langeweile rechts.) Wenn's zu lange dauert, der kann ruhig rausgehen! (Große Heiterkeit links.) Es kann trotz der Versicherungen im Herrenhaus willkürlich gegen Streikende und Arbeitsscheue angewendet werden. Jede Beratung dieses Gesetzes im Landtag ist ungesetzlich. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Man wird uns fragen, ob wir gar nichts tun wollen gegen diese Mißstände. Mit Gewaltmaßnahmen ist das nichts zu machen. Man muß sich von dem Gedanken befreien, als seien alle Mißstände nur auf Bosheit zurückzuführen. Das sagte man einmal auch von der Trunksucht — heute läßt man Trinksucht für die Ursachen. So liegt es bei der Arbeitsscheu. Erforschen wir statistisch ihre Ursachen, da wird man erkennen, daß es sich um

ein soziales Uebel

handelt. Immer strengere Maßnahmen ergreifen, das kann jeder. Schwieriger ist die Feststellung der Ursachen, die den Weg zur Heilung zeigen werden. Freilich Sie (zur Mehrheit) werden gerade wegen der Erkennung der verrotteten kapitalistischen Zusammenhänge solche Untersuchung nicht einleiten, sondern der privaten Initiative überlassen, denn Sie fürchten, daß sonst Ihre heiligsten Güter, nämlich das Portemonnaie der Reichenden, Schaden nehmen könnte. (Lebhafte Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Die Vorlage geht an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Der Etat der Zentralgenossenschaftskasse.

Abg. Graf v. d. Gröben (Konf.): Wegen der Geschäftsfrage des Hauses wollen wir nicht über den Streit zwischen der Preußenkasse und der landwirtschaftlichen Zentraldarlehenskasse sprechen.

Abg. Dr. Crüger (Sp.): Werwüchtige Jurisdiction des, nachdem auch Konservative eine Untersuchung gefordert haben. (Abg. v. Pappenheim (Konf.): Namen nennen! — Inruhe rechts. — Abg. Hoffmann (Soz.): Vorsicht, der Leinwand kommt! Heiterkeit.) Stören Sie mich nicht, Herr v. Pappenheim und provozieren Sie nicht! — Die Zentralgenossenschaftskasse steht der Selbstverwaltung der Genossenschaften wenig sympathisch gegenüber und boykottiert die Darlehenskasse. Riquel sagte ja: Wer zahlt, regiert! Die Genossenschaften des Bundes der Landwirtschaft gehen bei der Preußenkasse besonderen Vorzug. Ihr ganzes System muß revidiert werden.

Abg. Pappenheim (Konf.): — zur Geschäftsordnung — wendet sich gegen die Aufregung der Linken, namentlich des Abg. Hoffmann, wegen seiner Frage an Abg. Crüger nach dem Namen des Konservativen, der eine Untersuchung der Behauptung der Preußenkasse verlangt habe. (Abg. Hoffmann, der mehrmals ruft, daß v. Pappenheim minutenlang dazwischengerufen habe, wird vom Präsidenten, der inzwischen dem Untersuchungssekretär das Wort erteilt hatte, erwähnt, er habe nicht das Wort, worauf Abg. Hoffmann erwidert, der Präsident möge das auch Herrn v. Pappenheim sagen, er ersuche um gleiche Behandlung. Darauf wird Abg. Hoffmann zur Ordnung gerufen.)

Untersuchungssekretär Michaelis bestritt die Berechtigung der Crügerischen Kritik.

Abg. Glagel (nall.) lobt die Behauptung der Preußenkasse. Abg. Dr. Crüger (Sp.): Ich kann den vom Abg. v. Pappenheim gemächtigten Namen erst nennen, wenn mich der heute abwesende Abg. Stell (Sp.) autorisiert.

Abg. v. Pappenheim (Konf.): Wir haben nichts zu verheimlichen.

Freitag 11 Uhr: Preußenkasse, Kultusetat. Schluß 4 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Die Geschäftsordnungskommission des Reichstags

Am Donnerstag mit der Debatte über die „kurzen Anfragen“ zu Ende. Bei der Abstimmung wurde einstimmig beschlossen, diesem Abschnitt der Geschäftsordnung die Ueberschrift zu geben: „Anfragen“. Der Antrag Ebert und Gen., nach dem jedes Mitglied des Reichstags Ergänzungen oder Verichtigungen zu jeder Anfrage machen darf, wurde mit 15 gegen die 6 sozialdemokratischen Stimmen abgelehnt. Ferner wurden die Anträge abgelehnt, die eine bestimmte Zahl von Unterschriften für jede Anfrage fordern. — Der Wortlaut des mit 15 gegen 6 Stimmen beschlossenen § 33a ist folgender:

Anfragen.

An zwei Tagen jeder Woche können Mitglieder des Reichstages vor Eintritt in die Tagesordnung Anfragen an den Reichstagskanzler stellen. Die Tage werden vom Präsidenten im voraus

für die Dauer der Session bestimmt. Die Stellung und Beantwortung der Fragen soll nicht länger als eine Stunde an den dazu bestimmten Tagen in Anspruch nehmen.

Die Anfragen sind spätestens am Tage zuvor dem Präsidenten schriftlich zu überreichen und von ihm unzugänglich dem Reichstagskanzler mitzuteilen. Sie sind auf die Bezeichnung der Tagesfragen, über welche Auskunft verlangt wird, zu beschränken.

Eine Debatte über die Antwort des Reichstagskanzlers ist unzulässig. Der Antrager kann zur Ergänzung oder Verichtigung seiner Anfrage das Wort verlangen.

Erklärt der Antragsteller bei Einreichung der Anfrage ausdrücklich, daß er mit Erhebung auf schriftlichem Wege sich begnüge, dann unterbleibt die mündliche Anfrage und es erfolgt die Eintragung der Anfrage in ein Verzeichnis. Die Anfrage und die Antwort des Reichstagskanzlers sind den Mitgliedern des Reichstages alsbald gedruckt zuzustellen.

Nach der Abstimmung wünschte der Abg. v. Payer (Sp.), die zweite Lesung um einige Tage zu verschieben. Er und Abg. Jund (nall.) hätten Rücksprache mit dem Reichstagskanzler genommen, der geäußert habe, er sei kein prinzipieller Gegner der „kurzen Anfragen“, die Regierung habe aber den Wunsch, sich zu den Beschlüssen der Kommission zu äußern. Trotzdem die Kommission beschlossen hat, keinen Regierungsvertreter zu den Verhandlungen hinzuzuziehen, erklärte sie sich bereit, dem Wunsch des Reichstagskanzlers zu entsprechen. Es soll am Freitag bestimmt werden, wann die zweite Lesung stattfindet. Zunächst wird auf Wunsch des Abg. Crüger die Kommission sich noch mit dem von ihm beantragten § 33b beschäftigen, der also lautet: „Werden zahlreiche selbständige Interpellationen eingebracht, so kann der Reichstag beschließen, daß sie auf die Tagesordnung der Sitzung eines bestimmten Wochentages gesetzt und daß die Verhandlungen über sie auf die Sitzungen dieser Wochentage beschränkt werden sollen.“

Aus der Budgetkommission des Reichstags.

Die Kommission erledigte in der Donnerstagsitzung eine große Zahl Petitionen, die von Vorständen und Vereinen der Postbeamten eingereicht worden sind. Sodann wurde der Etat der Reichsdruckerei beraten, der eine Einnahme von 11 788 000 M. zu verzeichnen hat. Dieser Einnahme steht eine Gesamtausgabe von 8 848 915 M. gegenüber, so daß ein Ueberschuß von 3 139 085 M. verbleibt. Gemünscht wurde, daß die Reichsdrukker bei Vergabe von Druckaufträgen mehr die Reichsdruckerei als private Betriebe berücksichtigen sollen, zumal manche Privatbetriebe sehr hohe Druckpreise fordern und erhalten. Der Etat der Reichseisenbahnen bringt bei einer Einnahme von über 138 Millionen einen Ueberschuß von annähernd 24 Millionen Mark. Die Länge des Bahnnetzes beträgt 2100 Kilometer.

Die Abg. Emmel und Dr. Weill besprachen die Lohn- und Dienstverhältnisse des Eisenbahnpersonals und forderten die gesetzliche Regelung der Dienstdauer, wie auch eine den örtlichen und Lebensverhältnissen angepasste Bezahlung. Staatsminister Pretenbach entgegnete, daß die Löhne der Eisenbahnarbeiter fortgesetzt gestiegen seien. — Die Beratung wird dann auf Freitag verlagert.

Aus der Wahlprüfungskommission des Reichstags.

Der Vorsitzende der Kommission teilte am Donnerstag zunächst mit, daß der gegen die Wahl des Abg. Kreth erhobene Protest zurückgezogen worden ist, weil die Protokollherbe die Sache der Staatsanwaltschaft übergeben haben. — Nach Feststellung einiger Berichte für das Plenum wurde in der Prüfung der Wahl des Abg. Rudloff (Köln-Land) fortgefahren. 44 Zettel, die zerstückelt waren, sind von den Wahlvorständen für ungültig erklärt worden. Diese Zettel erklärte die Kommission für gültig. In verschiedenen Orten sollen die Wahlzellen so beschafter gewesen sein, daß die Abstimmenden beobachtet werden konnten. Weiter war behauptet, daß in einem Ort der Schriftführer einem Wähler die Liste der Wähler gab, die noch nicht gewählt hatten. Die Frage, ob die Wählerlisten der einzelnen Bezirke in den Bezirken selbst ausgelegt werden müssen, wurde im Gegensatz zu der früheren Praxis der Wahlprüfungskommission mit Stimmengleichheit verneint. Die Kommission beschloß Beanstandung der Wahl und Beweiserhebung.

Der Abg. Dr. Wundt (Sp.) ist im Wahlkreis Londern-Hufum in der Stichwahl gegen den Nationalliberalen Schifferer gewählt worden. Aus zwei Orten, darunter Atrum, waren die amtlichen Protokolle bei der amtlichen Feststellung des Resultats noch nicht eingetroffen. Der Protest rügte einen Wahltrick, der gegen die Nationalliberalen von unbekannter Seite verübt wurde. Die Wahl wurde für gültig erklärt, weil die Wahlprüfungskommission solche Protestpunkte nicht berücksichtigen kann.

Der Abg. Kölsch (nall.) hat in der Stichwahl im Wahlkreis Offenburg mit acht Stimmen Mehrheit über den Zentrumskandidaten Schuler gesiegt. Der Protest beanregt verschiedene Unregelmäßigkeiten. Die Kommission setzt die Prüfung nächsten Dienstag fort.

Aus der Partei.

Enrico Ferri von seinem Wahlkreis bedauert.

Rom, 12. März. (Fig. Ver.) Gleich nach dem Votum in der Kammer, bei dem Enrico Ferri für das Annerionsdekret gestimmt hat, forderten die Parteisektionen seines Wahlkreises von Gonzaga den Abgeordneten auf, sich vor seinen sozialistischen Wählern zu verantworten. Auch die sozialistische Parteisektion von Rom, bei der Ferri organisiert ist, beschäftigte sich mit dem Fall und überwiegt ihn der Prüfung durch eine Kommission, wie dies das Aufstufungsverfahren des Parteistatuts vorschreibt.

Am 10. d. M. hat nun in Gonzaga der Kongreß der Delegierten aller Organisationen des Wahlkreises von Gonzaga stattgefunden und Ferri hat in einer dreistündigen Rede seine Wandlungen zu verteidigen gesucht. Schon der geringe Beifall, der ihm beim Eintritt in den Saal gesendet wurde, zeigte, daß die Mehrheit der Delegierten den früheren Abgott sollen gelassen hatte.

Zu Eingang seiner Rede teilte Ferri mit, daß er der Kammerpräsidentenschaft seine Mandatsniederlegung kundgegeben habe, um den Kongreß in die Lage zu versetzen, ohne Voreingenommenheit zu urteilen. Dann führte er aus, daß sich die sozialistische Partei heute durch ihre Opposition gegen die Trippisaffäre einem Unternehmen entgegenstelle, das der Verbreitung der Kultur und Zivilisation dient. (Zwischenrufe: „Amoh!“ „mit dem Galgen“, „nette Kultur“, „Vanco di Roma“, „Inruhe.“) Der Redner setzt dann des Langen und Breiten auseinander, daß er nicht aufgehört habe, Sozialist zu sein, obwohl er heute die Aufgabe des Sozialismus anders ansehe als vor 20 Jahren. Seine persönliche Erfahrung in Südamerika hätte ihn überzeugt, daß die Italiener wegen ihres mangelnden internationalen Prestige im Ausland über die Ähse angesehen werden. Ferri verteidigt dann sein Verhalten während der Ministerkrise, als er in einem Interview die ominösen Worte gesagt hatte: wenn der König mir die Ehre angetan hätte. Er hätte damit nur sagen wollen, daß er in diesem Falle dem König ein Ministerium der äußersten Linken angeraten haben würde. Im übrigen leugne er nicht, daß er den Wunsch er ohne weiteres anworten, ja, allerdings, ich will Justizminister werden, um die Reform des Strafrechts durchzuführen. (Inruhe, vereinzelter Beifall.) Der Redner hat sich dann noch mit dem Kriege als einer geschichtlichen Notwendigkeit beschäftigt. Es sei unmöglich, geschichtliche Phasen zu überspringen. Wie sich der Kapitalismus erst verwickeln konnte, nachdem das feudale Regime seinen Zyklus durchlaufen hatte, so müsse auch der Kapitalismus sich voll entfalten, ehe der Sozialismus möglich würde, und zu dieser vollen Entfaltung gehöre auch die Kolonialerxpansion. Die Politik des modernen Italiens könnte nur darin bestehen, den Arbeitern immer bessere Lebensbedingungen zu sichern, aber gleichzeitig der Industrie, der Landwirtschaft und dem Handel die Ruhe und Sicherheit für ihre weitere Entwicklung zu bieten.

Zum Schluß meinte Ferri, daß niemand ihn in Verdacht haben könne, das Proletariat verraten zu haben; er hätte offen eingestanden, seine politischen Ansichten geändert zu haben und glaubte dadurch wirksamer als bisher dem Proletariat zu dienen.

Die Rede wurde sehr kühl aufgenommen. Vor allem bestimmte die Bemerkung, nach der das Urteil des Wahlkreises nur als erste Instanz angesehen wurde. Bei der Diskussion sagte Genosse Rossi, daß es für die Arbeiter und für Ferri selbst besser wäre, wenn Ferri sich ruhig zum bürgerlichen Radikalismus bekannte. Es wurde weiter herbegehoben, daß keinerlei persönliche Gefälligkeit gegen Ferri im Spiele wäre. Schließlich wurde eine Resolution Ferraresi eingebracht, die Ferris Votum in der Kammer mißbilligt, ihm aber zugestimmt, daß er in gutem Glauben gehandelt habe und seine Mandatsniederlegung abzulehnt. Gegenüber dieser Resolution stand die von Luppi eingebrachte, die den folgenden Wortlaut hat:

„Der Kongreß betont sein Recht, den Vertreter des Wahlkreises zu rüthen, hebt seine von dem Denken und Handeln Ferris abweichende Ueberzeugung hervor und nimmt Ferris Mandatsniederlegung an.“

Für diese Resolution stimmten 84 Delegierte, dagegen 68, bei 14 Stimmenthaltungen.

Diese Niederlage Ferris wird von der Presse aller Parteien auf das lebhafteste kommentiert. Die wichtigsten waren auf diesen Ausgang des Kongresses vorbereitet.

Die Kammer hat am 11. d. M. in üblicher Weise die Mandatsniederlegung Ferris abgelehnt. Ferri wird aber darauf bestehen, so daß eine Ersatzwahl anberaumt werden muß. Bei dieser wird die Partei einen eigenen Kandidaten anstellen, während Ferri vermutlich von einem besonderen Komitee seiner persönlichen Anhänger auf den Schild gehoben werden wird. In diesem Falle werden auch die Konservativen mit einem eigenen Kandidaten an dem Wahlkampf teilnehmen. Wenn Ferri sich dazu verzieht, gegen einen Parteikandidaten zu kandidieren, so wird die in Rom ernannte Enquete-Kommission ohne weiteres auf seinen Ausschluß erkennen.

Nach dem Kongreß von Gonzaga hat ein Teil der außerhalb der Partei stehenden Bevölkerung des Ortes dem Abgeordneten eine Sympathieuntergebung gemacht, während der Ferri vom Ballon aus zur Menge sprach. Es dürfte nicht viel Zeit vergehen, so wird Ferri als Vertreter eines bürgerlich-radikal-demokratisch-agrarischen Mißmachers wieder in der Kammer Sitz haben. Für die Partei ist er abgetan.

Maidemonstration. Die Gewerkschaften Stuttgarts beschlossen einstimmig, dieses Jahr wiederum gemeinsam mit der Partei einen Demonstrationstag durch die Stadt zu veranstalten. Im vergangenen Jahr hatte sich eine nicht unbeträchtliche Minderheit der Gewerkschaften gegen den Demonstrationstag ausgesprochen. Die überaus starke Beteiligung der Arbeiterschaft an der Arbeitsruhe und am Festzug hat aber alle Bedenken und Befürchtungen widerlegt und den diesjährigen einstimmigen Beschluß herbeigeführt.

Gerichts-Zeitung.

Kampf eines Wilderers.

Ein gefährlicher Zweikampf zwischen Förster und Wilderer, der in seinen Einzelheiten an das vor einiger Zeit verhandelte Döberinger Försterdrama erinnert, liegt einer Verhandlung zugrunde, die heute vor dem Schwurgericht des Landgerichts II beginnt. Angeklagt ist der Arbeiter Wilhelm Schulte aus Reutlingen. Die Anklage gegen ihn lautet auf gewerbsmäßigem Wildern, Widerstand, tätlichen Angriff, und Körperverletzung gegenüber einem Forstbeamten und Einbruchdiebstahl.

Der Angeklagte steht schon seit längerer Zeit in dem Verdacht, gewerbsmäßig zu wildern. Mitte vorigen Jahres wurde er in der Nähe von Königswaltherausen beim Wildern abgefaßt und dann bald darauf wegen unberechtigten Jagens verurteilt. Am 8. Oktober vorigen Jahres wurde, nach der Behauptung der Anklage, der Angeklagte von dem Förster Seliger in einer Schonung bei „Hankels Ablage“ gefaßt. Als der Beamte ihn aufforderte, seinen Aufschuß zu öffnen, bediente sich der Angeklagte hierbei nur der linken Hand, während er den rechten Arm steif am Körper herunterhängen ließ. Als der Förster, dem dies verdächtig vorkam, der Ursache nachging, erwiderte er, daß er, in dem Rockärmel einen sogenannten Wildererzettel verborgen hielt. In demselben Moment wurde er von S. angegriffen. Bei dem sich nun entwickelnden Handgemenge versuchte der Wilderer die Wundung des Gewehrs auf den Förster zu richten. Als ihm dies ziemlich gelungen war, drückte er ab. Der Beamte, der dieses Vorhaben noch rechtzeitig bemerkt hatte, bog sich, als der Schuß krachte, schnell zur Seite, so daß die Kugel nur wenige Zentimeter von seinem Körper entfernt vorbeiging. Schließlich gelang es dem Förster, dem Angeklagten das Gewehr zu entreißen und wegzuschleudern. Durch einen unglücklichen Zufall entfiel ihm hierbei sein eigenes Gewehr, welches der Angeklagte im nächsten Augenblick an sich gerissen und auf Seliger angelegt hatte. Mit den Worten: „Hund verflucht, jetzt schicke ich dich nieder!“ drückte er die Waffe ab, ohne daß jedoch ein Schuß fiel. Der Förster hatte Glück. Denn das Gewehr war gewahrt, so daß der Schuß nicht losging. Als S. dies bemerkte, warf er das Gewehr weg und ergriff die Flucht. Trotzdem er sofort verfolgt wurde, gelang es ihm, zu entkommen. — Die Anklage wirft dem Angeklagten ferner noch einen Einbruchdiebstahl bei dem Gemeindevorsteher Grubert in Groß-Nöris vor.

Der Angeklagte hat in dem Vorverfahren jede Schuld bestritten und bezüglich des ihm zur Last gelegten Vorfalls im Walde einen Alibibeweis angetreten. Zu der Verhandlung sind 20 Zeugen geladen.

Das Schlüsselloch als Beweismittel.

Eine von recht niederträchtiger Gesinnung zeugende wissenschaftlich falsche Anschuldigung wurde dem Schneidermeister Emil Jankowski zur Last gelegt, gegen den gestern die 8. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Gorbel zu verhandeln hatte.

Bei dem Angeklagten wohnten vor einiger Zeit die Preisen-gehilfen Britzowsky und Schmidt. Als er mit diesen in Differenzen geriet und beide die Wohnung kündigten, beschloß er, sich an ihnen zu rächen. Er erstattete bei der Polizei gegen B. eine Anzeige wegen Diebstahls und ferner gegen beide wegen Vergehens gegen den § 175 St. G. B. In dieser Anzeige behauptete er, daß er durch ein Schlüsselloch jene Vorgänge, die den Gegenstand des letzten Punktes der Anzeige bilden, beobachtet zu haben. Auf Grund dieser Anzeige wurde der Preiser B. von der Polizei verhaftet. In der Verhandlung, die nach siebenwöchiger Untersuchungsfrist des B. stattfand, schwärzte Jankowski seine Aussage derartig ein, daß der Staatsanwalt selbst die Freisprechung des B. beantragte. Da dieser offenbar das Opfer einer wissenschaftlich falschen Anzeige geworden sei, Anzwischen war festgestellt worden, daß man durch jedes Schlüsselloch das Zimmer überhaupt nicht übersehen konnte, so daß der Verdacht nahelegte, daß Jankowski jene von ihm angeblich gemachten Beobachtungen tatsächlich überhaupt nicht gemacht hatte. Schließlich stellte sich auch noch heraus, daß nicht die von ihm beschuldigten jungen Leute, sondern er selbst in Kreisen verkehrte, die sich in gewisser Weise gegen den § 175 verzeihen. — Nach längerer, unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführter Beweisaufnahme kam das Gericht zu der Ueberzeugung, daß Jankowski die von ihm in der Anzeige behaupteten Dinge vollständig erfunden hatte. Mit Rücksicht auf die in seiner Handlungswelt liegende ungebürliche Niederträchtigkeit erkannte das Gericht auf 1 Jahr Gefängnis. Außerdem wurde der Angeklagte wegen Mißhandlung sofort verhaftet.

Die zu Unrecht verhängte Untersuchungsfrist gegen den Preisen-gehilfen Schmidt schmerzte 7 Wochen dauerte, wenn sofort die Inaugenscheinnahme durch das Schlüsselloch genommen wäre.

Landfriedensbruch.

Ein nächtlicher Krawall, der zu einer Anklage wegen Landfriedensbruchs geführt hat, beschäftigte gestern das Schwurgericht des Landgerichts I. Angeklagt waren der Arbeiter Franz Edel, der Fabrikarbeiter Wilhelm Lehmann und der Maler Hermann Kluge. Ende September vorigen Jahres kamen die drei Angeklagten spät nachts in die Schankwirtschaft von Wendland in der Linienstraße. Hier entstand zwischen Kluge und einem gewissen Schüttler, der dort als Kellner beschäftigt ist, wegen eines früheren Zusammenstoßes zwischen beiden von neuem ein Streit, der damit endete, daß die drei Angeklagten gewaltsam an die frische Luft gesetzt wurden. Die drei hielten sich Dölkemännchen, die sich erst mit Schlagringen und anderen Werkzeugen ausrüsteten. In geschlossenem Zuge erschienen sie dann in dem Wendlandischen Lokal, wo sie gleich beim Eintritt die Schankwirtschaft demolierten. In dem Lokal selbst wurde alles kurz und klein geschlagen, so daß schließlich bloß noch ein wüster Trümmerhaufen übrig blieb. Als Schüttler, dem dieser ganze Feldzug eigentlich goll, die Angeklagten anrücken sah, ergriff er schleunigst die Flucht und lief in die im Hinterhause gelegene Wohnung einer gewissen Hirsch. Hier wurde er jedoch mit Gewalt herausgeholt und roh mißhandelt. — Die Anklage erblühte in dem Vorhaben der Angeklagten einen Landfriedensbruch, da sie mit vereinten Kräften gegen Personen und Sachen Gewalttätigkeiten begangen hätten. — Dem Wahrspruch der Geschworenen gemäß lautete das Urteil gegen Kluge auf 1 1/2 Jahre Zuchthaus, gegen Lehmann auf 1 1/2 Jahr Zuchthaus und gegen Edel auf 9 Monate Gefängnis.

Ein teurer Traum.

Der Schriftsteller Werner Larzen veröffentlichte in der „Tribüne“ vom 26. April 1911 eine Erzählung mit der Überschrift: „Der Traum in der Nacht zum 1. Mai.“ Darin wird der Traum eines russischen Großindustriellen und Millionärs geschildert, der Arbeiter geknechtet hat. Dem Herrn träumt, ihm würden wegen seines Verhaltens deshalb Vorwürfe gemacht und er wird zur Arbeit verurteilt, die er gescheut und stets auf andere abzumwälzen gesucht hat. Dann halten ihm die Vertreter verschiedener Arbeiterkategorien seine Sünden vor. In der Erzählung ist auch davon die Rede, daß die Proletarier längst ihre Fesseln hätten brechen müssen; es wird von ihrer Kraft und ihrem Solidartätsgesühl gesprochen und unter Hinweis auf den 1. Mai ihnen rorgekelt, daß ihr Schicksal in ihrer Hand liege. — Das Landgericht Berlin war der Ansicht, daß durch diesen harmlosen Artikel die besitzlosen Klassen angereizt werden können, Gewalttätigkeiten gegen die besitzenden Klassen zu begehen, besonders mit Rücksicht darauf, daß der Artikel kurz vor dem 1. Mai erschienen ist. — Es verurteilte den Traumerzähler zu 300 M. Geldstrafe. Am Mittwoch verwarf das Reichsgericht die Revision des Angeklagten, weil die in erster Instanz erfolgte Traumerzählung ohne „Rechtsirrtum“ geschehen sei.

Aus aller Welt.

Wiedergefunden.

Erst waren sie liebende Schwestern, die ein hartherziger Vater verstoßen hatte. Es starb der Vater und sie fanden, daß sie es der Ehre der Familie schuldig seien, das viele Geld des Vaters nicht dem unebenbürtigen Frauenzimmer zu lassen, das der Vater geliebt und geheiratet hatte. Die beiden Schwestern heißen Stephanie Gräfin Lonyah und Luise Prinzessin von Koburg. Der Vater aber war König Leopold von Belgien. Es begann der berühmte Erbschaftsstreit, der den armen Töchtern bisher schon einige Millionen gesichert hat. Doch die eine, Gräfin Lonyah, fand, daß ihre Schwester Spuren von Schwachsinn zeige, und so verlangte sie von ihr, natürlich nur im Interesse der angeblich Schwachsinnigen, daß sie sich unter Kuratel stellen lasse; Kurator aber sollte Graf Lonyah sein. Luise von Koburg, die einige Erfahrung darin hat, wie schnell man für schwachsinnig erklärt werden kann, wenn es liebende Verwandte verlangen, und wie schwer es ist, wieder für vernünftig erklärt zu werden, da die Entwidlung der modernen Psychiatrie mit den Bedürfnissen der fürstlichen Millionärfamilien nicht ganz gleichen Schritt gehalten hat, griff nach dem einzigen Mittel, um frei zu bleiben: sie interessierte andere hohe Persönlichkeiten für ihre Verurteilung und ihre Willensfreiheit. Luise von Koburg hat nämlich eine Tochter, die mit dem Herzog Günther von Schleswig-Holstein verheiratet ist. Sie erklärte nun feierlich, den Pflichtteil ihrer Kinder, das sind nach dem hier geltenden französischen Gesetz zwei Drittel des ganzen Vermögens, schon jetzt sicherstellen zu wollen. Tochter und Schwiegermutter haben nun gar keinen Anlaß, an dem vollen Bestand dieser freigebigen Mutter zu zweifeln. Von dieser Herzogin gerührt, eilte nun die Tochter in die liebenden Arme der Mutter. Zwanzig Jahre, so erzählt uns die bürgerliche Monatspresse gerührt, hatten die beiden Damen sich nicht gesehen und waren vom Wiedersehen sehr ergriffen. Natürlich, einige Millionen, das greift selbst die stärkste Nervenfunktion an. Alle kleinen Meinungsverschiedenheiten und Zerwürfnisse, die in dieser dem gemeinen Volke geradezu vorbildlichen Familie geherrscht hatten, sind nun beseitigt. Auch Gräfin Stephanie empfindet jetzt, daß ihre Schwester doch eine ganz geschickte Person ist. Sie alle haben sich gefunden und verstanden.

Der bedrohte Panamakanal.

Die New Yorker Presse veröffentlicht eine aufsehenerregende Nachricht aus Colon, derzufolge die geologische Kommission für den Panamakanalbau festgestellt hat, daß das ganze Gebiet des Isthmos von Panama vulkanischer Natur sei und sich augenblicklich wieder Anzeichen für eine neubeginnende Eruptionsepoche bemerkbar machen. In der Nähe von Culebra sollen sich in der letzten Woche zahlreiche

Anzeichen gezeigt haben, die den Fortgang der vulkanischen Tätigkeit in der Tiefe beweisen. Große Besorgnis sei wegen dieser Erscheinungen bei der Arbeiterschaft vorhanden, die sich weigere, Dynamitsprengungen vorzunehmen, da man befürchtet, daß durch die großen Wärmegrade, die schon in ziemlich geringer Tiefe an einigen Stellen des Kanalgebietes vorhanden sind, die Sprengmittel vorzeitig zur Explosion kommen und das Leben der Arbeiter dadurch aufs höchste gefährdet sei. Bei Paraiso wurden in der letzten Zeit verschiedentlich heftige Eruptionen wahrgenommen. Bei Nataba in heißen Wasser- und Schwefeldämpfe in derartigem Umfange aus der Erde auf, daß die Arbeiten für unabsehbare Zeit eingestellt werden mußten. Die New Yorker Mänter geben ihren Befürchtungen für die Zukunft des Panamakanals unerbötenen Ausdruck. In einem eben aus Colon eingetroffenen Sonderbericht wird schon mit der Möglichkeit geredet, daß die weiteren Arbeiten für den Bau des Riesenkanals eingestellt werden. In diesem Falle müßte die Tatsache, daß die Versuche der Regierung der Vereinigten Staaten, das Werk, an dem ein Restpost scheidete, zu Ende zu führen, durch Elementargehalt schlagelassen sind, als ein nationales Unglück bezeichnet werden, da der Bau des Kanals bereits ungezählte Millionen verschlungen hat.

Sonderbare Milchkuhe.

Furchtbare Plaque nimmt ein hiesiger Bewohner der württembergischen Ortschaft Metterzimmern an denen, die wider alle bisherige Gespenstlichkeit es gewagt haben, bei der letzten Reichstagswahl unteren Genossen Franz Feuerstein zu wählen. Im „Metter- und Engboten“ erläßt der empörte Patriot folgende Anzeige:

Metterzimmern.

Den Roten und Halbroten zur Nachricht, daß sie von meiner Frau keine Milch bekommen, wenn sie Milch haben wollen, dann sollen sie den Feuerstein melken.

Wolffmann bei der Blume.

Hoffentlich überleht die arme Frau den gewaltsamen Eingriff in ihre bisherige Funktion ohne allzugroßen Schaden für ihre Gesundheit.

Kleine Notizen.

Eisenbahnunfall in Amerika. Gestern vormittag ereignete sich bei Dunkerton (Iowa) auf der Great-Western-Eisenbahn ein Eisenbahnunfall, bei dem 25 Personen, darunter 13 schwer verletzt wurden. Die Häufigkeit der Eisenbahnunfälle — es ist dies der fünfte innerhalb einer Woche — wird auf die herrschende Kälte zurückgeführt, die die Gefahr von Schienenbrüchen steigert.

Eiserjudithdrama. Mittwoch nacht feuerte in Ludwigshafen die Ehefrau Reich auf ihren Mann drei Revolverkugeln, von denen ihm der dritte mitten ins Herz traf. Er stürzte tot zusammen. Die Ursache soll Eifersucht sein, da der Mann mit einer Kellnerin ein Liebesverhältnis hatte. Der Tat war ein kurzer Wortwechsel vorausgegangen. Die Täterin stellte sich selbst der Polizei.

Unserem alten Parteigenossen
Albert Heise nebst Gattin
die herzlichsten Glückwünsche
zur Silberhochzeit! 5776
Die Parteigenossen des
Bezirks 784.

Todes-Anzeigen

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.
Filiale Groß-Berlin.
Durch den Tod ist unser Kollege
Robert Altmann
von der Kanalisation (Pumpstation I) entfallen worden.
Wir werden ihn ein ehrendes Andenken bewahren.
Die Beerdigung findet am 16. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle der Gminnaus-Gemeinde in Neudamm, Hermannstraße, aus statt.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Kassendirektor
Hermann Putzier
am 11. d. Mts. im Alter von 50 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 16. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Bartholomäus-Kirchhofes in Weihenau aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
62/12 Die Bezirksverwaltung.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am 18. März der Kollege
Adolf Wehner
gestorben ist. 126/12
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet in seiner Heimat (Leidnig-Sachsen) statt.
Die Ortsverwaltung.

Am 13. März starb plötzlich unser lieber Kollege, der Buchdruckmaschinenmeister
Otto Brunn.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 16. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem Charlotten-Kirchhof, Müllerstraße, statt.
Das Personal der Buchdruckerei
A. W. Sebade.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.
Filiale Berlin.
Nachruf.
Unseren Kollegen zur Nachricht, daß das Mitglied, der Kollege
Otto Schulz
am 11. März verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
129/13 Die Ortsverwaltung.

Allen Bekannten, Freunden und Verwandten die traurige Nachricht, daß am Mittwoch, den 13. d. M., mein innigst geliebter Mann, der Buchdrucker
Otto Brunn
nach langer schwerer Krankheit im 42. Lebensjahre plötzlich verstorben ist.
Dies zehrt tiefbetrübt an
Die Ehefrau **Elise Brunn**
geb. Kähler.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 16. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Kapelle des Philipps-Posteifriedhofes aus nach dem Städtischen Friedhof, Müllerstraße Ecke Seefraße statt. 574b

Nach kurzen Leiden verschied Dienstag, den 12. d. M., mein vielgeliebter Mann, unser guter Vater, Schwiegervater, Bruder und Schwager, der Hausbesitzer
Robert Elsner
im 62. Lebensjahre.
Dies zehrt tiefbetrübt an
Mathilda Elsner geb. Böhm, Otto Elsner, Klara Nitz geb. Elsner, Schwester Fr. Schulz geb. Elsner, Hermann Nitz.
Die Beerdigung findet Sonntag, den 17. d. M., auf dem alten Jakobskirchhofe am Kolonnenplatz statt.

Am 11. März, abends 10 Uhr, verschied nach langem schweren Leiden meine innigst geliebte Frau, unsere herzensgute Tante, Schwester und Schwägerin
Emma Auguste Heinrich
geb. Kometal 5725
Am Namen der trauernden Untertanen
Hermann Heinrich
Baldmannslust, Baldmannstr. 2.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 17. März, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Friedhofes der Friedrichshagen-Gemeinde, Berlin, Buppelallee 15-17, aus statt.

Kranzspenden
sowie alle Blumenarrangements liefert schnell, geschmackvoll, billig
Paul Groß, Lindenstraße 69.
Telephon 7263.

Dankagung.
Allen Freunden und Bekannten, die uns aus Anlaß des Dahinscheidens unseres lieben Gatten und Vaters **Robert Flatow** ihre herzliche Teilnahme erwiesen haben und besonders Herrn Stadtm. Salded Rausche für seine freundlichen Worte sagen wir hiermit innigen Dank. 5545
Minna Flatow geb. Goldberg, Georg Flatow, Referendar.

Dankagung.
Für die vielen Ehrungen und Beweise der Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes
Hans Wilk
sage ich allen Freunden und Bekannten hierdurch meinen besten Dank.
Auguste Wilk geb. Harst.

Bekanntmachung.
Die 1. Kammerung des Statuts § 39 der Ortsstatuten der Stadt Berlin ist genehmigt durch Beschluß vom 30. Januar 1912.
Der Beigutausch zu Berlin, Abteilung II, Krüger.
Exemplare der Statutenänderung liegen im Kassentafel zur Empfangnahme. 27/16
I. Hornemann, 1. Vorsitzender.

Auch Teilzahlung!
Nur Cash. Möbel-Misch
Gr. Frankfurter Str. 45/46

Restaurant „Paradiesgarten“, Dierckswerder, Untermaße, empfehle allen wert. Vereinen als schönste Frühlingssausflugsort für 9. Speiten und Getränke sorgt der Wert. 6676

Für Groß-Berlin!
Freitag, 15. März, 9 Uhr.
„Neue Philharmonie“, Köpenicker Straße 95.

Geffentliche Versammlung.
„Was erwarten wir vom Zweigverband?“
Das Wachsen Berlins in Lichtbildern, Diastibion. 288/7.
Redner: **Albert Kohn**, Orts-Kassendirektor für den Gewerbedetrieb der Kaufleute u. m.
Dr. Kuczynski, Dir. d. Statist. Amtes der Stadt Schöneberg.
Reg.-Baumeister **Gust. Langen, Karl Landendorff, J. Zanke,**
Lehrer in Sachs.
Oberingenieur **Stegemann,**
Rechtlich **Heidenreich,**
Stadtverordn. **Zobel-Schöneberg, W. Willmann,**
Dr. Jablonski, Volkshausverein.

Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität.
Ortsgruppe Berlin.
Touren
zum Sonntag, den 17. März:
Zwölfstündige Abteilungen 9 Uhr: Besichtigung der Konsumgenossenschaft Lichtberg (per Rad).
Start an den bekannten Stellen.
Bahnfahrer: Treffpunkt 10 Uhr, Lichtberg, Rittbergplatz, 22-26.

Freitag, den 22. März, abends 8 1/2 Uhr, „Andreas-Heckle“, (Borgmann), Andreasstr. 21:
General-Versammlung.
Der wichtigen Tagesordnung wegen vollständiges Erscheinen notwendig.
Die Zentralvorstandsitzung am Montag fällt aus. 10/18
Der Zentralverband.

Tischlereverein. E. H. 89.
Sonntag, 16. März, abends 8 1/2 Uhr, Melchiorstr. 15:
Versammlung.
Vereinsangelegenheiten. Aufnahme neuer Mitglieder. 108/7
Der Vorstand.

Bekanntmachung.
der Orts-Krankenkasse des Zimmerergewerbes zu Berlin.
Gemäß § 60 des Statuts bringen wir hiermit den Interessenten (Arbeitgeber und Arbeitnehmer) zur Kenntnis, daß die durch die Generalversammlung vom 24. November 1911 beschlossene dritte Änderung zum Statut die Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde erhalten hat. 5765
Die diesbezügliche Änderung betrifft die §§ 9, 10, 16, 17, 24, 25. Dasselbe ist den Arbeitgebern sowie den einzelnen bei letzteren beschäftigten Stammitgliedern im Wortlaut (Erstexemplar) überandt worden. Diese Abänderung tritt mit dem 17. März 1912 in Kraft und kann von den freiwilligen Mitgliedern im Kassentafel in Empfang genommen werden.
Der Vorstand.
A. Brunzel, E. Polermann,
Borstand. Schriftführer.

Nur für Wiederverkäufer!
Neubild in Parisbildern mit geprägten Rahmen in Kupferfarbe, Größe 34 x 40 cm, per 100 Stück 16,50 M., Probebogen 40 Stück 7,50 M. franco Nachnahme.
Berlin, H. Schadrack, Brandenburgstr. 72.

Michel-Salonbriketts
R. 7,75 pro 1000 frei Gehalt. 2174
Koch, Rixdorf, Bergstr. 110 II

Nathan Wand
129 Stalher Str. 129.
Die schönsten Herren-Sommerpaletots u. Westen und Anzüge in neuartigen, auf Seide gearbeitete Garberobe, von 214 L. Kavalieren getragen, fast neu, für jede Figur passend, speziell Bauchanzüge sind in großer Auswahl stets zu schauen. Billigen Preisen zu haben.
Nathan Wand
129 Stalher Str. 129.
Hochbahnhofsstation Rottbuser Tor. Bitte im eigenen Interesse auf Hausnummer zu achten.

Möbel
Hierfür auf Teilzahlung bequeme kleinster Anzahlung in bekannter Güte (mit größter Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit)
E. Cohn, Gr. Frankfurterstr. 58

Otto Piehl Berlin N., Brunnenstr. 120, ist in Berlin N. das renommierteste u. bedeutendste **Möbelmagazin**

Kompl. Wohnungs-Einrichtungen schon von 250 M. an	Wer bei Otto Piehl kauft, erhält nur reelle Ware zu billigsten Preisen	Speisezimmer 315-900 M. Schlafzimmer 295-500 M. Küchen 48-150 M.
---	---	--

Zirka 60 Musterzimmer ausgestellt! Zirka 600 qm Ausstellungs- und Lagerraum Teilzahlung ohne Preisauflage!



A. Wertheim



G.M.B.H

Leipzigerstr. 132-37
Königstrasse 31-32

Versand-Abteilung: Berlin W. 66, Leipziger Str. 132/37
Die Firma A. Wertheim
hat zu ähnlich lautenden Firmen keinerlei Beziehungen

Rosenthalerstr. 28-31
Oranienstrasse 52-55

Lebensmittel

Soweit vorhanden:

Inseriertes Obst, Gemüse
und Fische können nicht
zugestellt werden.

Backobst

Gem. Backobst Pfd. 33, 43, 53 Pf.
Türk. Pflaumen Pfd. 32, 36, 40 Pf.
Pflaumen ohne Stein, Pfd. 48, 58 Pf.
Kalif. Pflaumen 55, 62, 72 Pf.
Kalif. Birnen Pfd. 58, 68, 75 Pf.
Kalif. Aprikosen Pfd. 85 Pf., 1.00
Kaliforn. Pfirsiche Pfd. 58, 68 Pf.
Ringäpfel Pfund 48, 65 Pf.
Bohräpfel Pfund 65 Pf.
Hagebuttenschalen . Pfund 60 Pf.

Teigwaren

Globus-Makkaroni gefärbt, stark und fein . 1 Pfund-Paket 32 Pf.
Senta-Makkaroni stark u. fein 1 Pfund-Paket 40 Pf.
Olympia-Makkaroni stark u. fein . 1 Pfund-Paket 52 Pf.
Feine Schnitt- u. Faden-Nudeln Pfund 34 Pf.
Senta-Schnitt-, Faden- und Band-Nudeln : Pfund-Paket 40 Pf.
Olympia-Schnitt-, Faden- u. Band-Nudeln 1 Pfund-Paket 52 Pf.
Fasson-Nudeln u. Nudelgruppe gefärbt, Pfund 30 Pf.

Frisches Fleisch u. Fische

Pa. Schmorfleisch . . . Pf. 90 Pf.
Roastbeef Pfd. 1.00 ohne Knochen 1.40
Fehlrippe u. Brust . . Pf. 75 Pf.
Kamm u. Querrippe Pfd. 70 Pf.
Gulasch Pfd. 70, Gehacktes Pfd. 60 Pf.
Talg roh . . Pf. 45, ausgelassen 55 Pf.
Pökeltzunge Pf. 1.30
Pökelfleisch Pf. 1.00
Eisbein (Dickbein) Pfund 65, mit Spitzbein 55 Pf.
Frischer Schinken im ganz. Pf. 75 Pf.

Schellfische . . Pfund 14 bis 20 Pf.
Kabeljau ohne Kopf in ganzen Fischen Pfund 10 Pf.
Seelachs in ganzen Fischen . Pfund 10 Pf.
Rotzungen Pfund 15, 25 Pf.
Grosse Schollen . . . Pfund 23 Pf.
Seeaale (Langfische) in ganzen Fischen Pfund 12 Pf.
Tafelzander Pfund 63 Pf.

Schweinekamm Pfd. 80 u. 85 Pf.
Rückenfett Pf. 60 u. 65 Pf.
Lieserl Pf. 65 Pf.
Kalbskamm u. Bug Pfund 75, geteilt 80 Pf.
Kalbsbrust . Pfund 75, Spitze 90 Pf.
Hammelkeule und Rücken im ganzen Pfund 80 Pf.
Hammel dicke Rippe 65, Dünning 55 Pf.
Kass. Rippespeer 80 bis 95 Pf.
Schinkenaxen Pfund 40 Pf.
Renntierfleisch Keule Rücken Blatt Ragout Pfund 80 65 50 20 Pf.

Stockfisch in Filetstücken . Pfund 48 Pf.
Seezungen Pfund 95 Pf.
Lebende Schleie grosse Pfund 92 Pf.
Lebende Hechte bis 6 Pfd. schwer Pf. 90 Pf.
6 1/2 bis 10 Pfd. schwer . Pfund 70, 10 1/2 bis 15 Pfd. schwer . Pfund 58 Pf.
Lebende Schuppen-Karpfen 58, 66 Pf.
Lebende Spiegel-Karpfen Pfd. 70, 85 Pf.

Fleischwaren

Rotwurst Pfund 45, 70 Pf.
Landleberwurst . . . Pfund 85 Pf.
Feine Leberwurst . . Pfund 95 Pf.
Jagdwurst Pfund 90 Pf.
Bauernmettwurst mit Knoblauch Pf. 1.00
Teewurst Pfund 1.10
Salamiwurst Pfund 1.20
Zervelatwurst in Blinddarm . Pfund 1.20
Braunsch. Zervelatwurst in Fettdarm Pf. 1.35
Mausschinken 2 1/2-3 Pfund schwer . Pfund 1.15
Schinkenspeck in Stücken von 1 1/2-4 Pfd. Pf. 95 Pf.

Tischwein

1910 Westhofener weiss 1/2 Fl. 66 Pf.
1910 Rosenweiler weiss 1/2 Fl. 76 Pf.
1909 Saint Mathieu rot 1/2 Fl. 66 Pf.
1909 Saint Marie rot 1/2 Fl. 70 Pf.
1909 Almando rot . . 1/2 Fl. 80 Pf.
Obermoseler 1/2 Fl. 75 Pf.
1910 Wormeldinger 1/2 Fl. 85 Pf.
1908 Enkircher . . . 1/2 Fl. 1.15

H. Weltmann Nachf. Stefan Esders

BERLIN C

Kaiser-Wilhelm-Strasse 41-42
Spandauer Str. 70-71



Ulster

ein- und zweireihig

M. 26-37-45-52-
60-70-80-

Paletots

M. 22-26-30-36-
42-50-60-70-

Nur eigene Anfertigung!
Vorzügliche Stoffe
neuester Dessins.
Hervorragendste Passform

Das Haus hat keine Zweig-
Niederlassung in Berlin

Teppiche

180x200: 6 bis 19 Mk
165x230: 10,50 bis 40 Mk
90x300: 22 bis 64 Mk
250x350: 52 bis 190 Mk
300x400: 67 bis 185 Mk

Gardinenhaus
Bernhard Schwarz
Wollstr. 13 (Dreizehner)

Dauerwäsche

jetzt natürlich wie Plättwäsche,
blästert nicht ab, stets sauber
und sparsam, beste Ware, jetzt
vollkommen für Alle und
Jedermann.

Umsonst als Ladenvergütung bei
Kauf von 4 Mk. 1 Mk.
bei 7 Mk. 2 Mk. billiger,
90 Pf. Fahrgehalt, außerdem ein
Taschenfeuerzeug od. Rasierapparat
gratis. Kein Lad., kein Reisen!
H. Streubel, Friedrichstr. 210,
a. d. Kochstraße.

Stoffe

für engl. Damenstoffe „Neuholten“,
Herrenstoffe 140 breit, Ditr. 8, 4 20,
Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H.,
Gertraudenstr. 20/21 vis-à-vis der
Petrikirche.

*Sparame
Raucher*

rauchen

Fehlfarben-Sortimente

in Beuteln enthaltend eine Mischung
besonders preiswerter Marken!

Fortuna 10 Stück 60 Pf.
Hansa . . 10 „ 75 Pf.
Exelsior 10 „ 1,00 M.

J. Neumann

Berlin. Begründet 1850. Hamburg.
Cigarrenfabriken.
Ueber 200 Niederlagen in Deutschland.

Fehlfarben sind in Qualität den
sortierten Cigarren ebenbürtig.

Was ist

Idealbrot?

Endlich ein nährstoffreiches, urkräftiges gesundes Roggenbrot!
Etwas dunkler in Farbe, daher viel nahrhafter!

Hergestellt unter Verwendung eines
nach patent. Verfahren gemahlenden
Roggenmehles der Firma
„Deutsches Mehlkontor“,
Berlin C. 2, Burgstr. 28.

Man fordere bei seinem Brotliefe-
ranten nur
Idealbrot,
(echt nur dann, wenn mit Original-
schutzstreifen versehen!)

Vertrieb des Patentroggenmehles für Groß-Berlin durch:
Peters & Schüler, Charlottenburg, Knesebeckstr. 74.
Fernsp. Chbg. 1858.

Stadtverordneten-Versammlung.

10. Sitzung vom Donnerstag, den 14. März 1912, nachmittags 5 Uhr.

Vorsitzer Nischelet eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr mit der Mitteilung, daß der Stadtv. Prof. Dr. Kernst (Fr. Fr.) wegen Ueberbürdung sein Mandat niedergelegt hat.

Am 18. November v. J. hat die Versammlung die

Aufnahme einer Anleihe von 251 Millionen Mark

beschlossen, die zu 3 1/2 Proz. oder mehr verzinst werden soll. Die staatliche Genehmigung soll nur in Höhe von 258 Millionen Mark erteilt werden; auch kann die Regierung eine Verzinsung über 4 Proz. nicht gutheißen.

Die Vorlage wird angenommen.

Hierauf beginnt die Versammlung die

Spezialberatung des Stadthaushaltsplans für 1912.

Referent des Etatsausschusses für die Abteilungen Grundstücke, Dotationen, Renten, Abgaben, höheres Schulwesen, Badeanstalten, Heimstätten, Untersuchungsamt, Zentrale Buch ist Stadtv. Iden (A. L.).

Im Etatsentwurf ist der Anteil der Stadt am Reingewinn der „Großen“ mit 1.200.000 M. eingestellt; er wird sich tatsächlich auf 1.379.214 M. stellen. Der Entwurf erfährt die entsprechende Korrektur.

Stadtv. Dr. Wehl (Soz.): Der Heimstättenrat baut sich auf dem Verpflegungsfach von 2,50 M. pro Tag und Kopf, und zwar seit September 1909 auf. Soweit er Kinderheimstätten betraf, hatten wir ihn in der Deputation auf dem Sach von 2 M. ausgehandelt. Wir hatten dafür sehr wohlwollende Gründe. Unsere Heimstätten für Kinder werden fast ausschließlich von solchen Kindern in Anspruch genommen, die uns auf Rechnung der Armenverwaltung zugeführt werden. Nun hat der Chef der letzteren, Stadtrat Kallisch, im vorigen Jahr erklärt, der Sach von 2,50 M. müsse herabgesetzt werden, er habe eine Reihe privater Heimstätten zur Verfügung, wo die Kinder auch sehr gut aufgehoben wären, aber diese Anstalten gäben sich mit 1,75 M. bis 2 M. zufrieden; man könne ihm also nicht übernehmen, wenn er die städtische Verwaltung (sozusagen „schneide“). Das ist doch ein sehr sonderbares Verfahren eines Mitgliedes der städtischen Vertretung. Wir glaubten, ihm dadurch entgegenzukommen, daß wir für die Kinder 2 M. ansetzten. Wir haben noch kein Jahr erlebt, wo eine dieser Heimstätten ausschließlich von Kindern besucht war; wir haben auch Frauen aufgenommen. In Blankenburg hatten wir im ganzen einen Ausgabeposten von 45.000 M., Verpflegungskosten gingen 40.000 M. ein, wovon 36.000 die Armen- und Waisendirection zahlten; also sind nahezu 90 Proz. der Pflegslinge aus von der Armenverwaltung zugeführt worden. Die privaten Anstalten in Groß-Lichterfelde, Borsdorf usw. arbeiten billiger, weil die Kinder dort schlechter aufgehoben sind als in der städtischen Anstalt; dabei verlangen sie auch noch Nebenausgaben, z. B. für Kleidung, und die

Befestigung ist unzureichend.

1911 hat die Armenverwaltung in die städtischen Anstalten 404, in die privaten 528 gebracht; in unseren Anstalten standen Plätze leer. Diesen Zustand können wir nicht billigen. Die privaten Anstalten sind nur scheinbar billiger, auch unterziehen dort die Kinder der Aufsicht von Privatärzten, während bei uns doch nur städtische Vertrauensärzte in Frage kommen. Die Einnahmen des Heimstätten-Kuratoriums sind natürlich bei 2,50 M. höher, aber auch entsprechend die Ausgaben der Armenverwaltung, ein finanzieller Vorteil springt also für die Stadt nicht heraus, die Verteuerung erschwert dagegen die Aufnahme der Kinder in die Heimstätten. Hoffentlich wird ein Antrag auf Herabsetzung des Saches künftig im Magistrat auf größeres Entgegenkommen stoßen.

Ueber die Staatsabteilung Taubstummenschule, Blindenschule, Wahl- und Pflichtfortbildung, Unterricht, Gewerblicher Unterricht, Technische Mittelschule, Krankenhäuser, Irrenanstalten berichtet Stadtv. Hecker (A. L.).

Zum „Fortbildungsschulunterricht“ bemerkt

Stadtv. Dr. Rosenfeld (Soz.): Die Förderung der Jugendpflege an unseren Pflichtfortbildungsschulen liegt auch uns am Herzen; wir wünschen aber Auskunft über die Verwendung der städtischen Mittel. Nachrichten darüber finden wir nur in einer Zeitschrift, die der Kultusminister herausgegeben hat. Neu ist uns, daß Offiziere und Reserveoffiziere durch

Jugendwanderungen mit Kriegs- und Sportspielen

der Sache dienen; in Berlin hätten sich bereits 60 Herren, darunter 6 Offiziere, gemeldet, die in dieser Richtung tätig sein wollten. Wir erhitzen authentische Auskunft über diese Dinge, besonders über die Jugendclubs, die vielleicht die Aufmerksamkeit vom eigentlichen Schulunterricht ablenken. Ueberhaupt scheint uns diese Vereinnahmung ihre großen Bedenken zu haben, um so mehr, als an ihrer Spitze dieselben Behörden stehen, die sonst das Vorgehen der Polizei gegen die Jugendpflege der Arbeiterschaft durchaus billigen. Diese unsere Jugendpflege wird Tag für Tag von der politischen Polizei gehindert; man löst Versammlungen auf und bringt längst verrotzene Verordnungen von 100 und mehr Jahren Alter gegen sie in Anwendung. Das geht soweit, daß man sogar die Urteile des Reichsgerichts außer acht läßt, nur um zu kriminalisieren. Vor allem haben wir die größten Bedenken gegen die

Beteiligung der Offiziere

an der Jugendpflege. Gewiß kann nur in einem gesunden Körper ein gesunder Geist wohnen, und deshalb begrüßen wir die Förderung der körperlichen Ausbildung der jungen Arbeiter, aber wir wünschen nicht, daß diese Tätigkeit in die Hände von Offizieren gegeben wird. (Zuruf: Sondern in die Hände von Sozialdemokraten!) Rein, keineswegs, obwohl ich auch nichts dagegen hätte (Heiterkeit), aber wir unterscheiden doch noch sehr erheblich zwischen den städtischen Lehrern und den Offizieren, die alle möglichen Kriegsspiele und Manöver mit der Jugend ausführen. Dazu sind unsere Jugendlichen zu schade. Die Jugendlichen werden da in Regimenter und Kompagnien eingeteilt, sie werden direkt militärisch organisiert; Regimentsbefehle ergeben direkt im Tone der militärischen Ordnung. In München, das in dieser Beziehung für Berlin als Vorbild dient, ist sogar bei den Schwimmübungen eine blau-weiße Badehose vorgeschrieben. (Heiterkeit.) Mit solchen Kinderlektionen soll man doch unserer Jugend nicht kommen. Ein hoher Militär hat über diese Paraden usw. eine sehr abfällige Kritik ausgesprochen; er meinte, diese Dinge führten nur zur Großmannsjucht und lenkten die Aufmerksamkeit vom Schulunterricht ab. Der preussische Handelsminister hat gebilligt, daß in den Fortbildungsschulen die „Abfälliger Korrespondenz“, das Organ der Arbeitervereine, verbreitet wird. Diese Korrespondenz hat die Aufgabe, das Arbeiterbewusstsein zu fördern und dadurch der Sozialdemokratie entgegenzuwirken. Wie weit sind die Berliner Schulen dieser Anregung des Handelsministers gefolgt? Die Fortbildungsschule darf nicht zu einer Vorstufe der Kaserne, nicht zu einer Stätte des Durraupatriotismus gemacht werden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Stadtschulrat Nischelet: Es schien uns von Anfang an unsere

Aufgabe, neben dem Unterricht auch etwas Angenehmes zur Erholung für die Schüler zu schaffen; so haben wir die Jugendpflege eingerichtet und die städtischen Mittel dafür nach bestem Wissen und Gewissen verwendet. Es sind Ausflüge mit den Jungen gemacht worden, Sonntagnachmittagsunterhaltungen und Theateraufführungen finden statt, die die Jungen außerordentlich lieben; sie werden in Fabriken und belehrende Institute geführt, und wir glauben da auf einem sehr guten und richtigen Wege zu sein. Was die erwünschten Leistungen betrifft, so können wir im ganzen diesen Zug nur als erfreulich bezeichnen, weil er zeigt, daß das Interesse für die Jugendpflege allgemeiner geworden ist. Wir meinen auch, das alles abgewehrt werden muß, was eine bestimmte Parteilichkeit verfolgt, alles, was sich an eine konfessionelle Richtung bindet. Auch das Militär ist der Ansicht, daß die Sache absolut neutral gehalten werden muß. Offiziere haben sich angeboten durch den Bund „Jung-Deutschland“ mit den Jungen, soweit sie sich freiwillig anschließen wollen, Sonntags Ausflüge zu machen. Sollen wir das wehren? Vielen bereiten wir eine Freude, und niemand wird gezwungen; der Unterricht wird in keiner Weise dadurch beeinträchtigt. (Beifall.)

Auf eine Anfrage des Stadtv. Cassel (A. L.) gibt Bürgermeister Dr. Reide Auskunft über die Frequenz der

„Technischen Mittelschule“.

Es seien jetzt 138 Plätze besetzt, d. h. circa ebensoviel wie die sonst vorhandenen höheren Maschinenbauhörschulen aufweisen. Der Minister habe die Schule heute besichtigt und werde ihr wahrscheinlich die Berechtigungen erteilen, wie sie die anderen analogen Anstalten besitzen. Davon dürfe man sich auch eine günstige Rückwirkung auf die Frequenz versprechen.

Zu den „Krankenhäusern“ bemerkt

Stadtv. Dr. Wehl: Im Staatsauschusse wurde gefragt, wie es mit der Erhöhung der Verpflegungskosten stehe; geantwortet wurde, daß niemand daran denke. Vor 14 Tagen aber hat der Kammerer direkt diese Eventualität erwähnt. Sonderbar ist auch, daß wir in den Beschlüssen des städtischen Ausschusses dieser Sitzung noch heute nicht gelangt sind. Wenn eine Person wie der Kammerer eine solche unheimlich harmlose Andeutung macht, muß man sobald wie möglich Vernehmung dagegen einlegen. Wir müssen zwar hoffen, er wird, nachdem er den steinigten Pfad des Zwiesperverbandes beschritten hat, als Vater aller sozialpolitischen Hindernisse, hier für uns ausfallen, aber dennoch müssen wir uns ausdrücken, daß wir eine solche Anregung für höchst bedenklich und einer vernünftigen Krankheitspflege widersprechend halten. 50 Proz. aller unserer Insassen werden auf Rechnung der Armen- und der Waisendirection aufgenommen; Berlin muß auch für eine große Zahl Armer in den Privatkrankenhäusern zahlen. Weit voran aber vor dem finanziellen steht das soziale, das ethische Moment. Werden die Verpflegungskosten erhöht, so kann eine große Anzahl hilfsbedürftiger Kranker die Krankenhäuser nicht mehr in Anspruch nehmen; unsere öffentliche Gesundheitspflege würde damit in hohem Grade gefährdet werden.

Kammerer Dr. Steiniger weist auf die stark gestiegenen Selbstkosten hin.

Stadtv. Dr. Wehl bleibt bei seinen Ausführungen stehen.

Stadtv. Sachs (A. L.) konstatiert, daß seinerzeit mit der Erhöhung die staatliche Charité vorangegangen ist.

Stadtv. Cassel: Wenn der Kammerer auf die steigenden Lasten pro Kopf der Bevölkerung hinweist, so ist richtig, daß wir seit 1906 sehr viel mehr Ausgaben auf diesem Gebiet bewilligt haben. Ich hoffe aber mit dem Vorredner, daß eine weitere Erhöhung der Sätze in absehbarer Zeit nicht stattfindet.

Stadtv. Dr. Wehl: Diesmal hat doch der Fall so gelegen, daß ein Magistratsmitglied die erste Anregung gab. — Im Krankenhaus-Arztentum fehlt es an Assistenzärzten. Die leitenden Ärzte kümmern sich leider zu wenig um die Kranken, denn sie haben alle eine sehr umfangreiche Privatpraxis. Sie sollten nicht außerhalb, sondern im Krankenhaus wohnen und den größten Teil ihrer so schätzbaren Kräfte den Kranken widmen. Jetzt tun sie das nur, wenn ein besonders intensiver Fall vorliegt. In dieser Beziehung muß die Stadtverwaltung auf eine Reform denken. Seit 1907 sind die Gehaltsverhältnisse der Assistenzärzte geordnet; woher kommt es, daß die Stellen gleichwohl nicht besetzt werden? Es ist in der Zwischenzeit eine Verfügung ergangen, wonach die jungen Ärzte ein Jahr nach dem Studium als Medizinalpraktikanten tätig sein müssen. Dann gehen sie meistens sofort in die Praxis. Ferner sind jüngst zahlreiche Krankenhäuser am Berlin herum neu entstanden, die den Assistenzärzten höhere Gehälter zahlen als Berlin. Alles das muß von der Berliner Krankenhausverwaltung in ernste Erwägung gezogen werden; man muß den Assistenzärzten den Aufenthalt in unseren Krankenhäusern angenehmer gestalten. — Die Krankenschwestern erklären den Aufenthalt im Schwestern-Bohn- und Speisehaus für geradezu untragbar; er reicht für 50 aus, während 100 dort zusammengebracht ihre Mahlzeiten einnehmen müssen. Von dem Neubau des Hauses hört man nichts; Scheinrat Hoffmann soll dagegen sein, weil er sich sein Krankenhaus nicht verhandeln lassen will. Die ärztlichen Bedenken in Ehren, aber die Zweckmäßigkeit darf nicht zu kurz kommen; der geniale Baumeister sollte imstande sein, beide Zwecke zu vereinen.

Gebietstrammung: Der Mangel an Assistenzarztbewerbern ist nicht bloß in Berlin, sondern in ganz Deutschland zu konstatieren. Den leitenden Ärzten haben wir die Praxis bei den besser situierten Bürgern niemals unterbinden können und wollen.

Bürgermeister Dr. Reide: Vor einigen Tagen sind die Pläne in meine Hand gekommen, welche die Unterbringung der Schwestern auf einem anderen und erheblich billigeren Wege ermöglichen. Das Projekt, das die Deputation entworfen hatte, hätte 260.000 M. erfordert, wir kommen eventuell mit 40.000 M. aus.

Stadtv. Dr. Wehl: Ich hoffe, daß es auch auf diesem Wege möglich wird, eine würdige Unterkunft der Schwestern zu beschaffen. Daß nichts weiter übrig bleibt als eine höhere Normierung der Gehälter der Assistenzärzte hat Herr Straßmann leider nicht erklärt. Gegen die Auffassung, daß die großen Gelehrten durchaus auch noch den Verdienst an unseren wohlhabenden Mitbürgern genießen müssen, kann ich nur entschiedene Vernehmung einlegen.

Bei den Etats der Irrenanstalten tritt

Stadtv. Leib (Soz.) für die Gewährung der Feuerungszulage von 40 M. auch an das Irrenpersonal ein. Die Verwaltung lehne ab, weil dieses Personal Befestigung in den Anstalten erhalte. Dieser Standpunkt sei nicht haltbar. Die Familienangehörigen der Irrenwärter befänden sich außerhalb und würden von der Feuerung erheblich betroffen. Es wäre also nur billig, den Gemeindefiskus auch auf die verheirateten Irrenhauswärter anzuwenden; der Magistrat sollte die Frage nochmals prüfen und die zutrage gereitenen Gärten abstellen.

Bürgermeister Dr. Reide: Die Prüfung wollen wir nochmals vornehmen. Tatsache ist aber doch wenigstens für die Irrenwärter selbst, die den freien Tisch bekommen, daß sie die Feuerung nicht empfinden.

Das Referat über die Offene Armenpflege, Hospitäler, Waisenspflege, Fürsorgeerziehung, Arbeitshaus, Obdach, Hilfsstation für Geschlechtskranke, Gewerbe- und Kaufmannsgericht, Gläubigersammler, Gemeindefriedhöfe hat der Staatsauschusse dem Stadtv. Barth (A. L.) übertragen.

Stadtv. Dr. Ritter (Fr. Fr.) fragt nach dem Stande der beim Obdach geplanten Neubauten und nach dem Stande des Projekts des Geschlechtskrankenhaus.

Stadtrat Jacobus: Die drei neuen Baracken sind nur als Notbehelf gedacht, ein Neubau ist notwendig. Ob der Beschluß der

Deputation, inzwischen noch sieben weitere Baracken zu bauen, die Zustimmung des Magistrats finden wird, kann ich nicht sagen.

Bürgermeister Dr. Reide: Das Geschlechtskrankenhaus wird sich in vorhandenen städtischen Pausenflächen mit geringen Opfern einrichten lassen, die Pläne werden in wenigen Wochen vorliegen.

Damit schließt für heute die Staatsberatung. Es folgen Berichte des Petitionsausschusses.

Ueber die wiederholt eingereichte Petition des Gärtners Wilhelm Köppler um Abhilfe gegen die polizeiliche Befestigung seines Straßenhändels mit Blumen ist der Ausschusse zur Tagesordnung übergegangen, da der Versammlung gegen gerichtliche Strafen Einwendungen nicht zuzufehen.

Stadtv. Manasse (Soz.): Ich möchte bei dieser Gelegenheit die Aufmerksamkeit darauf lenken, daß wir auf unseren eigenen Straßen ohnmächtig sind und nichts zu sagen haben. Die Strafen der Händler sind jetzt in das Belieben des Polizeileutnants gestellt; der eine Leutnant kann für dasselbe Delikt 3 M., der andere 30 M. verhängen. Eine Händlerin hat in einem Jahr 1000 M. Strafe bekommen; die Hälfte hat sie bezahlt, die andere Hälfte — bei schlechtem Wetter, wo sie doch kein Geschäft machen konnte — abgeschlossen. Nach 8 Tagen schon kommt die Vorladung, die Strafe abzulösen; damit ist die Existenz der Leute direkt bedroht, die „Stygezeit“ sind das Tagesgespräch und die Nachtruhe der Händler. Wenige können nach gerichtlicher Entscheidung Ausflucht halten; nur 1000 von diesen 23.000 Händlern sind organisiert. Die Rechtsprechung hat sich allerdings meistens auf die Seite der Händler gestellt. Der Strafen und Drangsalierungen ist kein Ende, es wird ein unglaubliches Unglück über die Leute gebracht, und diese haben kein Organ und können an niemand heran. Da müssen wir doch wenigstens unser Bedauern darüber aussprechen, daß wir machtlos sind. (Fortgesetzt große Unruhe.) Wenn Sie das nicht anhören wollen, muß ich mich ja fügen, aber ich nehme doch auch das Ohr der Versammlung nicht zu oft in Anspruch. Wir sind machtlos sogar gegen Verfügungen der einzelnen Reviere. Darum müssen wir fortwährend unser Bemühen darauf richten, diesen Zweig der Polizeiverwaltung in unsere Hände zu bekommen.

Die Versammlung geht gemäß dem Antrag des Ausschusses zur Tagesordnung über.

Ueber die Petition der Köbelfirma Heß u. Kom um Rücknahme der Veranlagung zur Warenhaussteuer wird entgegen einem Antrag Bruns (Soz.) auf Zurückverweisung in den Ausschusse und entgegen dem Ausschusseantrage auf Ueberweisung zur Berücksichtigung zur Tagesordnung übergegangen.

Die Petition des Vereins „Akademische Unterrichtskurse für Arbeiter (G. B.)“ um Gewährung einer jährlichen Beihilfe soll dem Magistrat zur Erwägung überwiegen werden.

Stadtv. Grünwald (Soz.): Nachdem der Oberbürgermeister gestern im Staatsauschusse zu dieser Sache eine sehr wohlwollende Stellung genommen hat, verzichten wir darauf, den Antrag auf Berücksichtigung zu stellen, und begnügen uns damit, die Unterstützung dieses außerordentlich nützlichen Unternehmens auch an dieser Stelle dem Magistrat dringlichst zu empfehlen.

Die Versammlung beschließt nach dem Ausschusseantrage.

Die vom Magistrat beantragte, in der Sitzung vom 1. Februar von den sozialdemokratischen Mitgliedern lebhaft angefochtene Verteilung der 81A. Armenkommission auf die 81B. und die 86K. Armenkommission ist von dem eingesehenen Ausschusse nicht gutgeheißen worden. Reviere schlägt vielmehr vor, den nördlichen Teil der 81A. Kommission nach dem Magistratsantrage der 86K. Kommission zuzuteilen, dagegen den südlichen Teil als Stammkommission bestehen zu lassen und dieser die 81B. Kommission einzuverleiben.

Ohne Diskussion wird entsprechend beschlossen.

Bis zur Höhe von 40.000 M. soll die Stadt Berlin selbstschuldnerische Bürgschaft für die Verzinsung und Tilgung einer Amortisationshypothek von 1.350.000 M. übernehmen, die der Krüppelheim- und Fürsorgeverein Berlin-Brandenburg auf seinem im Grünwald gelegenen Grundstück zwecks Errichtung eines Krüppelheims aufnehmen will.

Stadtv. Dr. Jabs (Soz.) begrüßt die Vorlage, sieht aber in dieser Krüppelfürsorge nur einen kleinen, wenngleich segensreichen Anfang und erklärt es für die Pflicht der Stadt Berlin, ebenso wie den Blinden auch den Krüppeln ihre Fürsorge angedeihen zu lassen.

Die Vorlage wird angenommen.

Für den Erwerb einer angelandeten Fläche von 1042 Quadratmeter vor dem Grundstück Alt-Stralau 1/2, an welcher auch der Fiskus das Eigentumsrecht geltend macht, soll ein Preis von 15 M. für den Quadratmeter gezahlt und der Betrag aus einer neuen Anleihe entnommen werden. Ursprünglich hat der Fiskus 20 M. pro Quadratmeter gefordert.

Stadtv. Dr. Rosenfeld: Der Minister der öffentlichen Arbeiten geht hier ganz eigentümlich gegen Berlin vor, und das Merkwürdige ist, daß diese rechtlich sehr zweifelhafte Sache ganz willfährlich mit der Genehmigung eines bereits früher zwischen Berlin und der Ministerial-, Militär- und Vorkommission abgeschlossenen Vertrages verknüpft und die Genehmigung dieses Vertrages bis zur Erledigung des vorliegenden Streitfalles ausgesetzt wird. Wenn der Minister eine Politik der Erpressung treiben wollte, könnte er nicht anders handeln. (Vorsitzer Nischelet rügt diesen Ausdruck.) Wir müssen gegen diese Behandlung der Stadt Berlin Widerspruch erheben.

Stadtrat Alberti: Die beiden Angelegenheiten hängen eng zusammen, denn es handelt sich in dem eben erwähnten Vertrage um eine Fläche, die mit der Anlandung ein Ganzes bildet.

Die Vorlage gelangt zur Annahme.

Der städtische Zuschuß zur

Verbesserung und Verschönerung des Tiergartens

soll nach dem Magistratsantrage von 50.000 auf 75.000 M. erhöht werden. Mitgeteilt wird zugleich die Absicht des Magistrats, bei der städtischen Tiergartenverwaltung darauf hinzuwirken, daß nach Möglichkeit größere Rasenflächen für Kinderspiele eingerichtet werden.

Stadtv. Jubel (Soz.): Schon 1892 hat die Versammlung die Anlage eines größeren Spielplatzes im Tiergarten verlangt. Das Verlangen wurde abgelehnt. Der damalige Kollege, jetzige Stadtrat Kallisch erklärte das für unerbötlich. 1908 wurde der städtische Beitrag von 30.000 auf 50.000 M. erhöht, aber die Spielplatzfrage steht noch auf dem alten Pied. Man sollte endlich einmal sich aufraffen und den Beitrag nicht eher zahlen, als bis der Wunsch der Stadt erfüllt ist; ist das Geld ausgeliefert, dann ist jedes Entgegenkommen der Tiergartenverwaltung für ein ferneres Jahr ausgeschlossen. Man hat große Keilspitze usw. angelegt, aber der Wunsch Berlins begegnet nach wie vor tauben Ohren. Die vorhandenen Spielplätze sind schmutzige Sandhaufen. Für die Arbeiterjugend und auch für die Jugend der Besten werden in unseren städtischen Parks Einrichtungen geschaffen; die Regierung aber läßt und seit 1892 vergeblich warten. Der Tiergarten ist ein Erholungs-ort nicht nur für die Berliner, sondern auch für die Charlottenburger Bevölkerung; zahlst auch Charlottenburg einen Beitrag?

Stadtrat Venzl: Ich hoffe, daß sich die Tiergartenverwaltung die Anlage des Kollegen Jubel zu Herzen nehmen und vielleicht auch Charlottenburg zu einem Beitrag heranziehen wird. Wir zahlen 50.000 M. Beitrag, der Staat aber 200.000 M. Wir können auch bestimmen, was mit unserem Beitrag gemacht werden soll; die Wegeverbesserung, schöne Anpflanzungen sind damit bereits bewirkt worden. Die Spielplatzfrage können wir nicht zur Bedingung stellen, sondern bloß kleinere Plätze; mit einem großen Platz würde das Publikum gar nicht einverstanden sein.

Stadtv. Jubel: Ich habe nicht bemängelt, daß die Stadt einen Zuschuß bezahlt, sondern nur ausgeführt, es möchte ein lange bestehender Wunsch dabei zur Erfüllung gebracht werden. Ob ein

großer Spielplatz den oberen Zehntausend angenehm ist, danach braucht die Versammlung sich nicht zu richten.

Bürgermeister Dr. Reide: Die Wünsche des Stadts. Jubel sind auch die unserer. Wir dürfen dabei allerdings nicht bis auf 1892 zurückgreifen; seitdem sind viele Spielplätze hergerichtet worden, so ein recht großer in der Nähe des Hippodroms.

Stadts. Jubel: Im Plänterwald haben wir große Spielplätze hergerichtet, ohne einen einzigen Baum zu fällen. Das müßte auch im Tiergarten möglich sein.

Die 75 000 M. werden bewilligt.

Von der Baugesellschaft „Union“, die das ehemalige Worigische Grundstück in Alt-Moabit an der Stromstraße erworben, ist die zur Anlegung der Stromstraße erforderliche Abtretung des Straßenlandes unter dem Magistrat annehmbar erscheinenden Bedingungen der Stadt angeboten worden.

Die Versammlung gibt dem betreffenden Vertragsentwurf ihre Zustimmung.

Schluß 9 1/2 Uhr.

Soziales.

Allgemeiner Fürsorge-Erziehungstag.

Vom 24. bis 27. Juni soll in Dresden der allgemeine Fürsorge-Erziehungstag stattfinden und mit einer Ausstellung von Fürsorge-Erziehungs-Anstalten verbunden werden. Das Pressebureau des Allgemeinen Fürsorge-Erziehungstages macht durch Versendung einer Mitteilung aus dem Bericht des Landesdirektors der Provinz Brandenburg Propaganda für eine Verschlechterung des Fürsorgegesetzes. In dem Bericht des Landesdirektors heißt es:

Was die Verteilung der Neuüberweisungen auf die verschiedenen Altersklassen und ihre Gliederung nach dem geschlechtlichen Ueberweisungsgrunde anlangt, so ist hier gegenüber dem Vorjahre wiederum eine Verschiebung nach der ungünstigen Seite infolge eingetreten, als die Beteiligung der erst in höherem Alter — über 15 Jahre — zur Fürsorgeerziehung Belangenden von 27,06 auf 32,20 Proz. und diejenige der nach § 1 Ziff. 3 des Gesetzes wegen vorgeschrittener Verwahrlosung Ueberwiesenen von 67,58 auf 74,81 Proz. angestiegen ist. Diese Entwicklung läßt eine zunehmende Verflümmung der vorbeugenden Absichten des Gesetzes erkennen und ist daher nur geeignet, dem von den Kommunalverbänden einmütig geäußerten und auch im Landtage der Monarchie hervorgehobenen Verlangen nach einer entgegenwirkenden Gesetzesänderung neue Berechtigung zu verleihen. Die Vorlegung eines entsprechenden Gesetzesentwurfs ist indessen seitens der kgl. Staatsregierung bisher weder erfolgt noch angeündigt.

Nach den über die Ergebnisse der Fürsorgeerziehung im Rechnungsjahre 1910 für die ganze Monarchie aufgestellten Nachweisungen betrug in diesem Zeitraum die Zahl der rechtskräftig neu überwiesenen Jüglinge 8720 (Brandenburg 811); hiervon waren noch nicht schulpflichtig 4,17 (Brandenburg 4,07) Proz. schulpflichtig 48,91 (Brandenburg 51,06) Proz. und schulentwachsen 47,88 (Brandenburg 44,88) Proz. Die Ueberweisung war erfolgt bei 21,69 (Brandenburg 23,31) Proz. gemäß Ziffer 1, bei 7,63 (Brandenburg 10,97) Proz. gemäß Ziffer 2 und bei 70,68 (Brandenburg 65,72) Proz. gemäß Ziffer 3 § 1 des Gesetzes.

Diese Mitteilung soll einer Ausdehnung der Möglichkeit einer Fürsorge das Wort reden. Es wäre das eine völlig verfehlte Art der Revision des Gesetzes. Das Grundübel des Gesetzes liegt schon heute darin, daß viel zu oft völlig unbedeutende Fürsorgeerziehung angeordnet wird und daß leider jegliche Garantie dafür fehlt, daß die Fürsorgeerziehung in der Tat die Mängel der Erziehung ausfüllt, die geistigen, körperlichen und sittlichen Fähigkeiten des Fürsorgezöglings entwickelt. Leider liegt es heute so, daß die Fürsorgeerziehung häufig der Verwahrlosung die Wege ebnet oder sie ver-

größert. Hier ist der Hebel anzusetzen. Der Dresdener Fürsorge-Erziehungstag sollte sich nicht wie der vorausgegangene Kosfelder mit der pharisäischen Feststellung begnügen, daß rund 7/8 der Fürsorgezöglinge nach der Entlassung nicht verwahrlosten, denn — die Richtigkeit der prozentualen Berechnung vorausgesetzt — das würde lediglich beweisen, daß trotz der Fürsorgeerziehung 75 Proz. der Fürsorgezöglinge nicht verwahrlost sind. Vielleicht wären ohne die Fürsorgeerziehung über 90 Proz. nicht verwahrlost. Die Gründe, aus denen heraus auf eine künftige Verwahrlosung geschlossen wird, bedürfen der Aufhellung. Die Behauptung: Fürsorgezöglinge würden verwahrlost sein, wenn die Fürsorgeerziehung nicht eingetreten wäre, ist für jeden Kenner der tatsächlichen Verhältnisse absurd und unsinnig. Auch in solchen Fällen der sogenannten Fürsorgeerziehung, wo nicht die Gewalt, wie in den Prozessen gegen Colander (Blahmische Wildnis) und Weithaupt (Miettschin) öffentlich aufgedeckt sind, liegt — wie unsere Leser wissen — oft vieles so im Argen, daß die Verwahrlosung der Fürsorgezöglinge durch die Fürsorgeerziehung herbeigeführt oder begünstigt wird.

Aus der Frauenbewegung.

Der Wahlerfolg der Sozialdemokratie Kopenhagens und die Frauen.

Bei den Stadtverordnetenwahlen in Kopenhagen am Dienstag sind im ganzen 103 040 Stimmen abgegeben worden (gegenüber 95 819 im Jahre 1909). Die Wahlbeteiligung war etwas geringer als 1909; sie betrug 75,2 Proz. (gegen 76,2 Proz.). Auf die sozialdemokratische Kandidatenliste fielen am Dienstag 50 478 Stimmen (1909: 44 845), auf die radikale Liste 10 218 (1909: 11 634), auf die antisozialistische Liste 89 620 (1909: 86 598), für die Innere Mission wurden 2400 Stimmen abgegeben (1909: 2242); außerdem war diesmal noch eine fünfte Liste, und zwar eine mit reaktionären Kandidaten aufgestellt, die jedoch nur 828 Stimmen erhielt und bei der Verteilung der Mandate leer ausging. Die Sozialdemokratie hat statt 20 nun 21, also gerade die Hälfte der gesamten Mandate der Stadtverordnetenversammlung erhalten; Radikale sind 4 statt bisher 5 gewählt, Antisozialisten 16 wie bisher, und dazu kommt Fräulein Wom von der Inneren Mission, die schon seit 1909 im Stadtparlament sitzt und in manchen sozialen Fragen unsere Genossen zu unterstützen pflegt, aber sich auch gelegentlich auf die reaktionäre Seite schlägt. Für diese Dame wurde während der Wahl durch große Plakate mit der Aufschrift „Für die christliche Moral und Nützlichkeit“ agitiert, aber von den Plakatträgern hatten einige dem Alkohol so sehr zugesprochen, daß die Polizei gegen sie einschreiten mußte. Dem neuen Stadtverordnetenkollegium werden sieben Frauen angehören und zwar zwei sozialdemokratische, nämlich die Buchdruckerarbeiterin Fräulein Erone und Frau Anna Johansen, drei antisozialistische und eine radikale Frau sowie die Dame von der inneren Mission.

Die Radikalen haben also ein Mandat verloren, und zwar an die Sozialdemokratie. Vor 1909, als das jetzt geltende Proportional-system noch nicht bestand, und in den einzelnen Kreisen nach dem Mehrheitsprinzip gewählt wurde, standen unsere Genossen in Wahlallianz mit den Radikalen oder der bürgerlichen Linken, nun aber, da dies nicht mehr der Fall ist und die Radikalen ganz auf ihren eigenen Anhang angewiesen sind, zeigt es sich deutlich, wie schwach diese bürgerliche Demokratie eigentlich ist, und wie der Wahlkampf auch in der Gemeinde sich immer mehr zuspitzt zu einem Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse, zwischen Antisozialisten und Sozialisten.

Die diesmalige Wahl gilt nur für ein Jahr; im nächsten Frühjahr wird die Stadtverordnetenversammlung von neuem gewählt und zwar auf vier Jahre. Es ist also gute Aussicht vorhanden, daß die Sozialdemokratie schon nach Verlauf eines Jahres die absolute Majorität gewinnt. Als das Landsting seinerzeit bei Beratung des neuen kommunalen Wahlgesetzes die Bestimmung durchdrückte, daß bei einer gewissen Erhöhung der Steuern in Kopenhagen eine außerordentliche Neuwahl stattfinden muß, geschah es in der Absicht, den bürgerlichen Parteien Gelegenheit zu geben, in solchen Fällen den Einfluß der Sozialdemokratie zu brechen, und offenbar glaubte man auch, daß die gleichzeitige Einführung des Frauenwahlrechts den bürgerlichen Parteien mehr zum Vorteil gereichen würde als der Sozialdemokratie. Die Hoffnung, die Mehrheit der Wähler durch Steuerfurcht den Antisozialisten in die Arme zu treiben, ist gänzlich fehlgeschlagen, und auch die Frauen des Proletariats haben offenbar bei dieser Wahl in weit größerem Umfange als 1909 ihre Pflicht getan. Ueber ihre Wahlbeteiligung im Verhältnis zu der der Männer liegen allerdings noch keine Nachrichten vor, aber „Socialdemokraten“ schreibt schon:

„Die wenig Statistik wir auch vorläufig in Händen haben, eines können wir mit Sicherheit sagen: es sind die Arbeiterfrauen, die ihr Gewicht in die Waagschale geworfen haben — es sind die Töchter unserer armen Alten, die Mütter unserer armen Kinder, die aus ihren kleinen Wohnungen kamen und stimmten. Das Urteil, das die Statistik bei der letzten Wahl über unsere Frauen fällt, daß sie weniger politisches Interesse zeigten als die wohlhabenden Frauen, haben sie nun bei dieser Wahl der Berufung unterstellt, und die Statistik wird sich genötigt sehen, ihr Urteil zu ändern.“

Natürlich mußten die Arbeiterfrauen kommen! Arbeitslosigkeit und teure Zeit, Mietsteigerung und Steuererhöhung — welche übermäßigen Anforderungen stellt nicht das alles an die Arbeiterfrauen! Einzelne vermögen sie nicht; sie vermögen weder ihren Kindern eine gute Kindheit zu sichern, noch ihren Eltern ein sorgenloses Alter — nur durch ihre Stimme können sie dafür sorgen, daß die Gemeinde die Aufgaben in die Hand nimmt, die sie schweren Herzens liegen lassen müssen.

Die Frauen haben ebenso wie die Männer der Arbeit verstanden, daß eine direkte Steuer nach steigender Skala eine gesunde demokratische Einrichtung ist, und daß es die indirekten Steuern sind, gegen die sich besonders die Hausfrauen erheben müssen. Unsere Frauen haben bewiesen, daß sie klüger sind als die kapitalistischen Fische, die da glauben, diese Frauen wären Gänse, und sie auch wie Gänse in der Agitation behandeln.

Arbeiterfrauen, empfangt den Dank Eurer Klasse!“

Versammlungen — Veranstaltungen.

Berein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, den 19. März, 8 1/2 Uhr, in Reilers „Neue Philharmonie“, Köpenicker Straße 96/97: Vortrag des Reichstagsabgeordneten Dr. Oskar Cohn über das Thema: „Die Wehrkraft des Volkes — eine Frauenfrage“. Gäste willkommen.

Marktbericht von Berlin am 13. März 1912, nach Ermittlung des Königl. Preisprüfungsamts. Markthallenpreise. (Kleinhändler) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 34,00—50,00. Speisebohnen, weiße, 35,00—50,00. Bohnen 40,00—50,00. Kartoffeln 2,00—13,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,60—2,40. Rindfleisch, Bandfleisch 1,30 bis 1,80. Schweinefleisch 1,20—1,80. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,30—2,20. Butter 2,60—3,20. 60 Stück Eier 3,80—5,00. 1 Kilogramm Karotten 1,20—2,40. Rote 1,60—3,20. Jander 1,60—3,60. Gemüse 1,40—2,60. Zwiebeln 1,00—2,00. Sellerie 1,00—3,20. Bleie 0,80—1,40. 60 Stück Zwiebeln 4,00—30,00.

Öffentliche politische Versammlungen.

Vierter Wahlkreis.

Sonntag, den 17. März, abends 7 Uhr:

Öffentliche Versammlung

im Lokal von Würner (früher Keller), Köpenickerstr. 29.

Tagesordnung: Vortrag des Landtagsabgeordneten A. Hoffmann über:

Der Krieg ist ein Hohn auf Gott, auf das Christentum, auf die Menschlichkeit!

Diskussion.

Nachdem: Gemütliches Beisammensein und Tanz.

214/7*

Der Einberufer: G. Bischoff, Andrastr. 17.

Sechster Wahlkreis.

Sonntag, den 17. März 1912, abends 6 1/2 Uhr, im „Moabiter Gesellschaftshaus“, Wickestr. 24:

Öffentliche politische Versammlung für Männer und Frauen.

Vortrag des Genossen Dr. Julius Moses:

„Ein Denkmal für die Märzgefallenen.“

Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein und Tanz.

206/16*

Der Einberufer: Karl Mayns, Luisenparkstr. 135.

Taubstumme! Taubstumme!

Sonntag, den 17. März, mittags 12 1/2 Uhr, in den Sophien-Sälen, Sophienstr. 17/18:

Öffentliche Volks-Versammlung

aller Taubstummen in Groß-Berlin

Tagesordnung:

1. „Der 18. März und seine Bedeutung für das Proletariat“. Referent: Genosse Karl Brachmann.
2. Diskussion. — Zahlreichen Besuch aller Taubstummen erwartet.

204/8*

Der Einberufer: Karl Brachmann, Reußstr. 5.

Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein und Tanz.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, direkt am Marktplatz 10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4.

Möbel-Angebot.

Eigentliches Möbelgeschäft liefert bürgerliche Wohnungsanrichtungen sowie einzelne Möbel gegen mäßige Anzahlung bei kleiner Anzahlung u. geringen monatlichen Zahlungen. Anfragen unter Postlagerkarte 85, Postamt 108.

Kein Abzahlungsgeschäft.

5695*

Hausfrauen!

Die Zeiten sind schlecht und teuer — da heißt es rechnen und sparen. Auch Sie verwenden wahrscheinlich schon die billigeren Kaffee-Surrogate an Stelle von Bohnenkaffee oder benutzen sie als Zusatz.

Aber seien Sie vorsichtig!

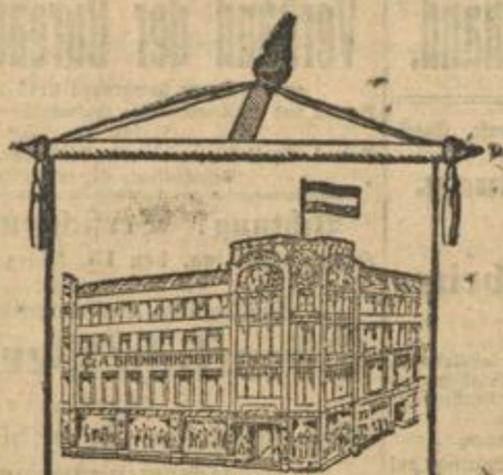
Es werden jetzt alle möglichen Fabrikate empfohlen, doch alle — sie mögen heißen wie sie wollen — zeigen immer wieder, daß der täglich von Millionen getrunkene Kathreiners Malzkaffee als Kaffee-Ersatzmittel einzig dasteht. Kathreiners Malzkaffee ist nicht etwa nur geröstetes Getreide, wie es unter allen möglichen Namen jetzt angepriesen wird, sondern Kathreiners Malzkaffee wird aus wirklichem Malz in der größten Malzkaffee-Fabrik der Welt nach bewährtem Verfahren seit über 20 Jahren hergestellt. Tausende von Ärzten empfehlen Kathreiners Malzkaffee als bestes Getränk für Gesunde und Leidende, Erwachsene und Kinder. Kathreiners Malzkaffee schmeckt vorzüglich, bekommt auch auf die Dauer gut und ist dabei außerordentlich billig; ein Zehnspfennig-Paket gibt 20 Tassen.

Bedenken Sie also, was Sie sparen!

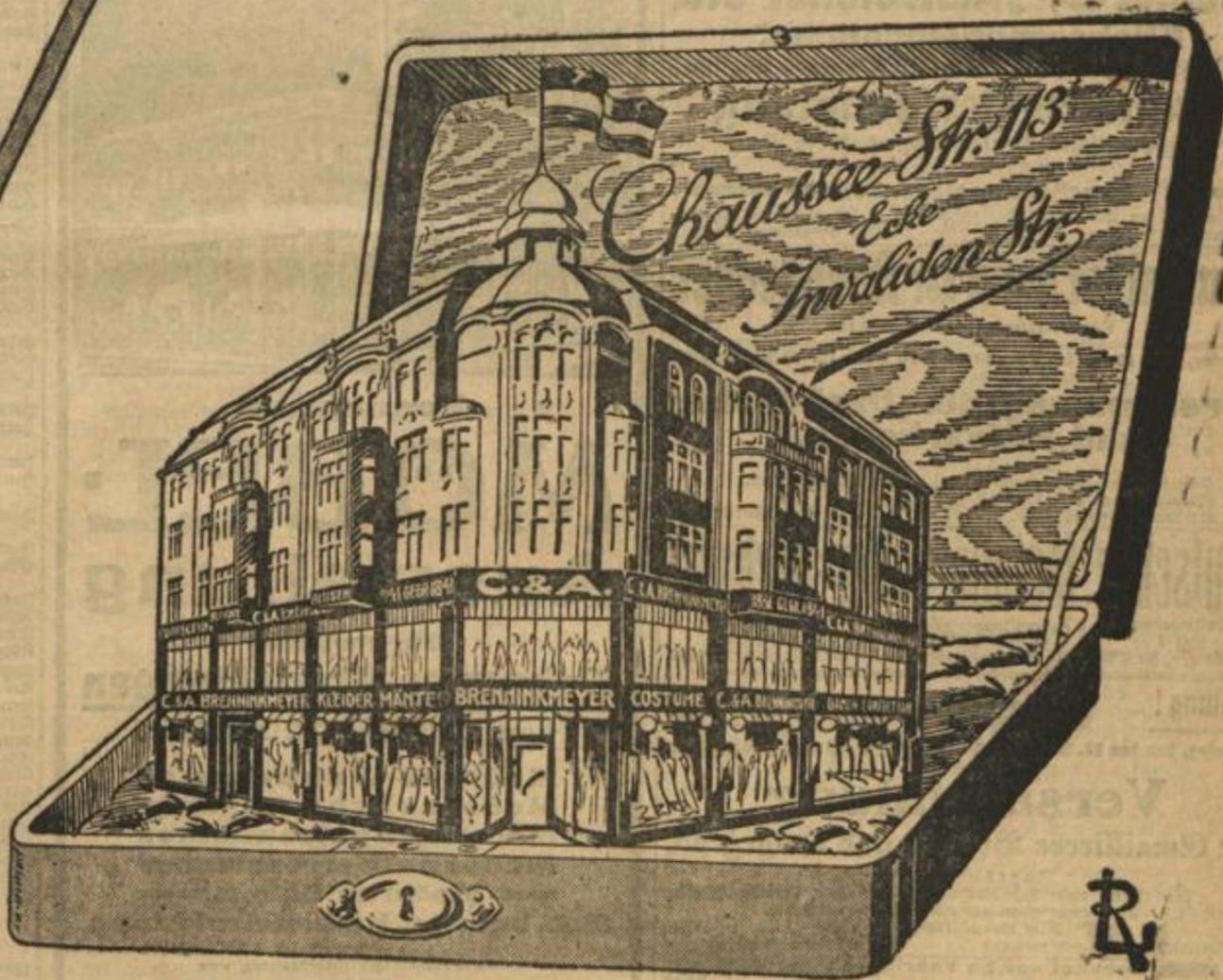
Achten Sie aber darauf, daß Kathreiners Malzkaffee niemals lose ausgewogen verkauft wird, sondern nur in geschlossenen Paketen mit Kneipp-Bild.

Daß Sie beim Einkauf von Kaffee-Surrogaten vorsichtig sind, liegt also — in Ihrem Interesse!

Lour Jofall muß's!



Ein Geschenk
der **MODE**
an die
Berlinerin



SONNABEND
den 16 März

Eröffnung unseres zweiten Hauses
Chaussee Str. 113 ^{Ecke} Invaliden Str.

C. & A. Brenninkmeyer

Spezialhaus für Damen-, Backfisch- und Kinder-Konfektion

Königstrasse 33
Am Bahnhof Alexanderplatz

Chausseestrasse 113
Ecke Invalidenstrasse

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Heute, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-
ufer 14/15, Saal 4 (Arbeitsloftsaal):

Sitzung der Ortsverwaltung.

Achtung!

Lehrlinge u. jugendliche Arbeiter der Holzindustrie!

Sonntagnachmittag von 3-8 Uhr abends ist der Arbeitsloftsaal
im Gewerkschaftshaus, Engelufer 14/15, als Lesesaal für die Lehrlinge und
jugendlichen Arbeiter geöffnet. Sämtliche Bücher und Zeitschriften der
Jugendbibliothek liegen zur freien Benutzung aus.

Nach stehen den Besuchern Unterhaltungsspiele zur Verfügung.
Die Werkstattvertrauensmänner werden gebeten, die Lehrlinge auf
den Besuch des Lesesaales aufmerksam zu machen.

Vergolder.

Sonntag, den 17. März cr., vorm. 10 Uhr, im Gewerkschafts-
haus, Engelufer 14/15 (Eingang B, Saal IV):

Verammlung der Verfilberer, Bronzschliff-Arbeiter und Firnissler Berlins.

Tagesordnung:

1. Die wirtschaftliche Lage im Verfilberergewerbe. 2. Verschiedenes.

Klavierarbeiter.

Achtung! Generalversammlungs-Delegierte.

Die Ausgabe der Delegiertenkarten und des Materials zu der
am 22. März cr. stattfindenden Generalversammlung erfolgt
am Sonntag, den 16. März, abends 7 Uhr, bei Bieberstein,
Kudowstr. 59.

Zahlstelle 38, Bezirk 2, ist bei Glesche, Kopenhagener Str. 74,
neu errichtet.

Zahlstelle 48 ist verlegt von der Stralauer Brücke 3 nach dem
Restaurant „Zum Sorgenbrecher“, Holzmarktstr. 21. 80/9

Verband der Maler, Sackierer, Anstreicher etc. Küchenmöbelbranche.

Heute Freitag, den 15. März 1912, abends 6 1/2 Uhr:

Branchen-Versammlung

im Englischen Garten, Alexanderstraße 7c.

Tagesordnung:

Die Kollegen werden ersucht, gleich nach Arbeitschluss zu der Ver-
sammlung zu kommen. Die Branchenleitung. 198/10

Zentralverband der Dachdecker

Verwaltungsstelle Berlin.

Sonntag, den 17. März, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschafts-
haus, Engelufer 15, Saal 1:

Versammlung der Dachdecker und Hilfsarbeiter.

Tagesordnung:

1. Unsere Stellungnahme zum Ablauf unseres Tarifvertrages. 51/6
2. Stellungnahme zum 1. Mal.
3. Verbandangelegenheiten. Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin Hauptbüro: Amt Norden, Nr. 1289. Charitéstraße 3. Amt Norden, Nr. 1087.

Achtung! Emaillierer. Achtung!

Sonntag, den den 17. März, vorm. 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus,
Engelufer 15:

Versammlung der Emaillierer Berlins und Umgegend.

Tagesordnung:

1. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Emailier-Berufen. 118/19
2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten. 4. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert. Die Ortsverwaltung.

Zahlreiches Erscheinen erwartet.

35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35

Sie sparen Geld! Wenn Sie
Möbel direkt in der Möbelfabrik
H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35
kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — eigene
Tischlerei und Polstererei. — Auf Wunsch Teilzahlung.
35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35

Beste mehligte EBkartoffeln
a Zentner 4,50 M. frei Haus exkl. Sack liefert
Interessengemeinschaft
Märkischer Milchproduzenten
Berlin O. 27, Schillingstr. 12. Telefon: Königstadt 4687.

Verband der Bureauangestellten.

Ortsgruppe Groß-Berlin.

Bureau und Stellennachweis: Lindenstraße 8. — Amt Köpenick, Nr. 605.

Geöffnet von 10 bis 5 Uhr.
Som 1. April 1912 ab Kaiser-Wilhelmstraße 18a, Ecke Mühlstraße.
Postfachkonto Nr. 12 730 August Ballhof.

Achtung! Versicherungsangestellte!

Heute Freitag, den 15. März 1912, abends 8 1/2 Uhr,

in den

Musikerkäfen, Kaiser-Wilhelmstraße 18 m:

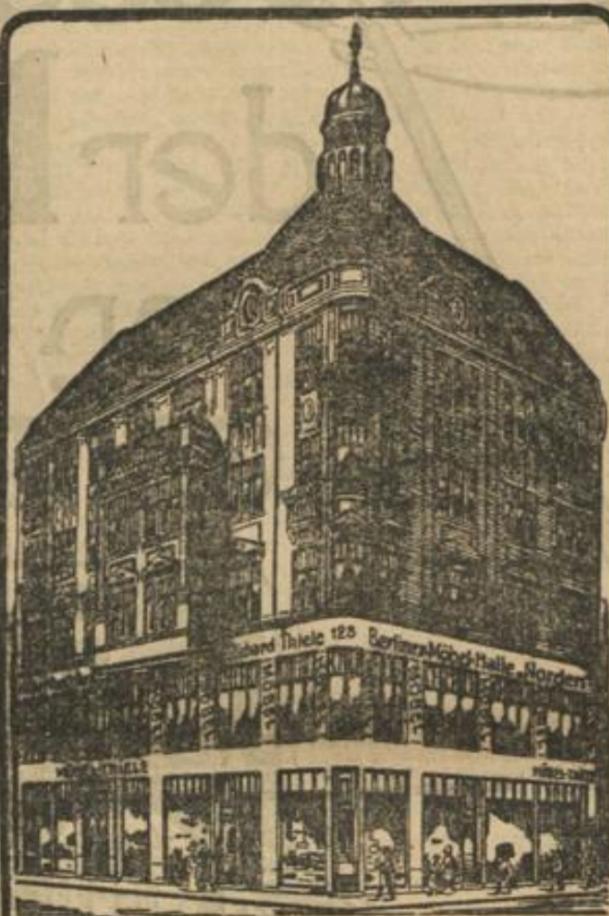
Öffentliche Versammlung.

Tagesordnung:

Staatshilfe — Selbsthilfe und die Ver- sicherungsangestellten.

Referent: Reichstagsabgeordneter Kollege Karl Siebel.

Freie Diskussion. 47/8
Zahlreichen Besuch erwartet in Anbetracht der wichtigen Tagesordnung.
Die Ortsverwaltung.



Permanente

MÖBEL- Ausstellung

Bürgerlicher

Wohnungen-Einrichtungen

von 200 bis 10000 Mark

Moderne Wohnzimmer

Moderne Schlafzimmer

Moderne Speisezimmer

Moderne Herrens Zimmer

— Moderne Salons —

Mod. buntfarb. Kücheneinrichtung.

Vollständige Ausstattung von
Pensionaten, Villen, Hotels usw.

Günstige Zahlungsbedingungen.
Barzahlung 5% Rabatt!

Besichtigung ohne Kaufzwang erwünscht.
Direkter Verkauf an das Privatpublikum.

Freie Zusendung durch eigene Gespanne für Groß-Berlin
Gekaufte Möbel können beliebig lange frei lagern.

Versand durch ganz Deutschland frankofrei.
Gelegenheitskäufe in gebrauchten und zurückgesetzten Möbeln.

Berliner

Möbel-Halle „Norden“

Inh. Rich. Thiele

128 Invalidenstr. 128

Ecke Borsigstraße, vis-à-vis Stettiner Bahnhof.

1. Geschäft: Ackerstrasse 120

Speicher u. Werkstatt Invalidenstrasse 118.

Verband der Schneider und Schneiderinnen

Wegen Nichtanerkennung des Tarifs haben in nachstehenden Firmen
unserer Kollegen die Arbeit eingestellt:

Kranz, W., Oranienburger Str. 4
Kühn, Ed., Friedrichstraße
Kunz u. Korf, Neuhäuser Str. 3

Krüger, Spittelmarkt
Kunz, S., Behrenstr. 14/16
Kühn u. Korf, Friedrichstr. 166

Berg u. Schl., Krausenstr. 3
Berger u. Rita, Charlottenstraße
Berlan, Leipziger Str. 103

Böcker, Unter den Linden 69
Böcher, Steglitz, Schloßstr. 208
Böbling, Kanonenstr. 1

Bollmann, Kaiser-Wilhelmstr. 31
Borch, Marktgrabenstr. 69/90
Boscher u. Dänger, Unt. d. Linden 13

Böttcher, Steglitz, Schloßstr. 88
Braun, Steglitz
Braun, Harth., Französischestr. 49

Braun, S., Hohmann, Zimmerstr. 49
Bul. Egan, Friedrichstr. 10
Cavanagh, Unter den Linden 3

Cohn, O., Kaiser-Wilhelmstr. 2
Cunow u. Co., Friedrichstr. 90
Dahms, Gebr., Krausenstr. 2

David, S., Friedemann, Siglindstr. 10
Dibbern, B., Charlottenburg,
Roehmsdaler Str. 40

Diekmann, A., Siegelstr. 25
Dittmann, A., Friedenau, Holdestr. 5
Dobbertin, Dresdenstr. 42

Ebenstein, Unter den Linden 40/41
Ehrich, Albert, Krausenstr. 95
Ehrlich u. Dany, Mittelstr. 9/10

Ehrlich, Alexanderstr. 2
Eising, Charlottenburg, Kantstr. 145
Elsot, Joh. Rud. Pabst, Unter den
Linden 57

Engel, B., Klosterstr. 37
Eppendorf, Französischestr. 62
Edders u. Dachtel, Gertraudenstr. 8/9

Ermer, Charlottenstr. 79
Fabian u. Ehrlich, Unter den Linden 71
Fackel, Philipp, Rosenhaller Str. 1

Fackel, Königgräber Str. 83
Fackel u. Plümann, Unt. d. Linden 2
Fischer, Ludwig, Unter den Linden 47

Fordan, Zimmerstr. 29
Förder, S., Kurfürstendamm 20/21
Fram u. Co., Französischestr. 49

Franz, Heinrich, Marktgrabenstr. 67
Gebuldig, Roehmsdaler Str. 9
Gensel u. Freitag, Volldamerstr. 13

Genossenschaft „Erite Produktio“, Kom-
mandantenstraße
Gerson, Fern., Berderstraße 5/6

Goldschmidt, Friedrichstr. 150
Gollap, Louis, Unter den Linden 15
Graetz, Gebr., Rastl. Lust u. Karl-
feld, Wallstr. 1

Greger, A., Oranienburger Str. 73
Griemisch, Fr., Unter den Linden 53
Groß u. Hartmann, Rohrenstr. 58

Groß, R., Wilhelmstr. 23
Groschler, Schützenstr. 53
Gumpert, S., Steglitz, Albrechtstr. 6

Haensch, Kruppstr. 5
Hanson, Paul, Gernaderstr. 23
Hanslein, Oranienstr. 123

Heidenberger u. Becker, Unter den
Linden 45/49
Herlich Edme, Leipziger Str. 9/11

Herr, D., Französischestr. 33
Herzberg, Gust., Zimmerstr. 24
Hendler u. Jean Jacques, Unter den
Linden 33

Hilmer, Dorotheenstr. 54
Hinkel, Französischestr. 19
Hoffmann, Hermann, Friedrich-
straße 50/51

Holters, Bild., Postenstr. 41.
Hornuth, Charlottenburg, Ralfer-
Friedrichstr. 48

Horvitz u. Co., Rohrenstr. 25
Hrncit u. Ralferstr., Unter den
Linden 20

Jantonski, Charlottenburg, Bismarck-
straße 9
Jary, Peter, Französischestr. 49

Jelland, Ernst u. Sohn, Charlotten-
straße 48
Kocher-Klub, Unter den Linden 75

Kochanski, Reanderstr. 25
Kort, Friedrichstr. 113
Kürgens, Friedrichstr. 216

Köpenberger, Anhaltstr. 17
Keller u. Burch, Friedrichstr. 153
Kern u. Richter, Charlottenstr. 88

Kirchstein u. Co., Charlottenstr. 49
Knebel, Friedrichstr. 30
Kneubühler, Krausenstr. 69

Koppel u. Hilles, Dorotheenstr. 42
Koppel, W., Kronenstr. 66/67
Koslowitz, Kanonenstr. 3

Krause u. Boldt, Krausenstr. 77
Kühn, Französischestr. 52
Krause, Charlottenstr. 1

Kriewitz u. Borgward, Kanonenstr. 10
Krebs, Charlottenburg, Wallstr. 30

Kröner, W., Postenstr. 41.
Kornuth, Charlottenburg, Ralfer-
Friedrichstr. 48

Korvitz u. Co., Rohrenstr. 25
Krcnit u. Ralferstr., Unter den
Linden 20

Jantonski, Charlottenburg, Bismarck-
straße 9
Jary, Peter, Französischestr. 49

Jelland, Ernst u. Sohn, Charlotten-
straße 48
Kocher-Klub, Unter den Linden 75

Kochanski, Reanderstr. 25
Kort, Friedrichstr. 113
Kürgens, Friedrichstr. 216

Köpenberger, Anhaltstr. 17
Keller u. Burch, Friedrichstr. 153
Kern u. Richter, Charlottenstr. 88

Kirchstein u. Co., Charlottenstr. 49
Knebel, Friedrichstr. 30
Kneubühler, Krausenstr. 69

Koppel u. Hilles, Dorotheenstr. 42
Koppel, W., Kronenstr. 66/67
Koslowitz, Kanonenstr. 3

Krause u. Boldt, Krausenstr. 77
Kühn, Französischestr. 52
Krause, Charlottenstr. 1

Kriewitz u. Borgward, Kanonenstr. 10
Krebs, Charlottenburg, Wallstr. 30

Kröner, W., Postenstr. 41.
Kornuth, Charlottenburg, Ralfer-
Friedrichstr. 48

Korvitz u. Co., Rohrenstr. 25
Krcnit u. Ralferstr., Unter den
Linden 20

Jantonski, Charlottenburg, Bismarck-
straße 9
Jary, Peter, Französischestr. 49

Jelland, Ernst u. Sohn, Charlotten-
straße 48
Kocher-Klub, Unter den Linden 75

Kochanski, Reanderstr. 25
Kort, Friedrichstr. 113
Kürgens, Friedrichstr. 216

Köpenberger, Anhaltstr. 17
Keller u. Burch, Friedrichstr. 153
Kern u. Richter, Charlottenstr. 88

Kirchstein u. Co., Charlottenstr. 49
Knebel, Friedrichstr. 30
Kneubühler, Krausenstr. 69

Koppel u. Hilles, Dorotheenstr. 42
Koppel, W., Kronenstr. 66/67
Koslowitz, Kanonenstr. 3

Krause u. Boldt, Krausenstr. 77
Kühn, Französischestr. 52
Krause, Charlottenstr. 1

Kriewitz u. Borgward, Kanonenstr. 10
Krebs, Charlottenburg, Wallstr. 30

Kröner, W., Postenstr. 41.
Kornuth, Charlottenburg, Ralfer-
Friedrichstr. 48

Korvitz u. Co., Rohrenstr. 25
Krcnit u. Ralferstr., Unter den
Linden 20

Jantonski, Charlottenburg, Bismarck-
straße 9
Jary, Peter, Französischestr. 49

Jelland, Ernst u. Sohn, Charlotten-
straße 48
Kocher-Klub, Unter den Linden 75

Kochanski, Reanderstr. 25
Kort, Friedrichstr. 113
Kürgens, Friedrichstr. 216

Köpenberger, Anhaltstr. 17
Keller u. Burch, Friedrichstr. 153
Kern u. Richter, Charlottenstr. 88

Kirchstein u. Co., Charlottenstr. 49
Knebel, Friedrichstr. 30
Kneubühler, Krausenstr. 69

Koppel u. Hilles, Dorotheenstr. 42
Koppel, W., Kronenstr. 66/67
Koslowitz, Kanonenstr. 3

Krause u. Boldt, Krausenstr. 77
Kühn, Französischestr. 52
Krause, Charlottenstr. 1

Kriewitz u. Borgward, Kanonenstr. 10
Krebs, Charlottenburg, Wallstr. 30

Kröner, W., Postenstr. 41.
Kornuth, Charlottenburg, Ralfer-
Friedrichstr. 48

Korvitz u. Co., Rohrenstr. 25
Krcnit u. Ralferstr., Unter den
Linden 20

Jantonski, Charlottenburg, Bismarck-
straße 9
Jary, Peter, Französischestr. 49

Jelland, Ernst u. Sohn, Charlotten-
straße 48
Kocher-Klub, Unter den Linden 75

Kochanski, Reanderstr. 25
Kort, Friedrichstr. 113
Kürgens, Friedrichstr. 216

Köpenberger, Anhaltstr. 17
Keller u. Burch, Friedrichstr. 153
Kern u. Richter, Charlottenstr. 88

Kirchstein u. Co., Charlottenstr. 49
Knebel, Friedrichstr. 30
Kneubühler, Krausenstr. 69

Koppel u. Hilles, Dorotheenstr. 42
Koppel, W., Kronenstr. 66/67
Koslowitz, Kanonenstr. 3

Krause u. Boldt, Krausenstr. 77
Kühn, Französischestr. 52
Krause, Charlottenstr. 1

Kriewitz u. Borgward, Kanonenstr. 10
Krebs, Charlottenburg, Wallstr. 30

Kröner, W., Postenstr. 41.
Kornuth, Charlottenburg, Ralfer-
Friedrichstr. 48

Korvitz u. Co., Rohrenstr. 25
Krcnit u. Ralferstr., Unter den
Linden 20

Jantonski, Charlottenburg, Bismarck-
straße 9
Jary, Peter, Französischestr. 49

Jelland, Ernst u. Sohn, Charlotten-
straße 48
Kocher-Klub, Unter den Linden 75

Kochanski, Reanderstr. 25
Kort, Friedrichstr. 113
Kürgens, Friedrichstr. 216

Köpenberger, Anhaltstr. 17
Keller u. Burch, Friedrichstr. 153
Kern u. Richter, Charlottenstr. 88

Kirchstein u. Co., Charlottenstr. 49
Knebel, Friedrichstr. 30
Kneubühler, Krausenstr. 69

Koppel u. Hilles, Dorotheenstr. 42
Koppel, W., Kronenstr. 66/67
Koslowitz, Kanonenstr. 3

Krause u. Boldt, Krausenstr. 77
Kühn, Französischestr. 52
Krause, Charlottenstr. 1

Kriewitz u. Borgward, Kanonenstr. 10
Krebs, Charlottenburg, Wallstr. 30

Kröner, W., Postenstr. 41.
Kornuth, Charlottenburg, Ralfer-
Friedrichstr. 48

Korvitz u. Co., Rohrenstr. 25
Krcnit u. Ralferstr., Unter den
Linden 20

Jantonski, Charlottenburg, Bismarck-
straße 9
Jary, Peter, Französischestr. 49

Jelland, Ernst u. Sohn, Charlotten-
straße 48
Kocher-Klub, Unter den Linden 75

Kochanski, Reanderstr. 25
Kort, Friedrichstr. 113
Kürgens, Friedrichstr. 216

Köpenberger, Anhaltstr. 17
Keller u. Burch, Friedrichstr. 153
Kern u. Richter, Charlottenstr. 88

Kirchstein u. Co., Charlottenstr. 49
Knebel, Friedrichstr. 30
Kneubühler, Krausenstr. 69

Koppel u. Hilles, Dorotheenstr. 42
Koppel, W., Kronenstr. 66/67
Koslowitz, Kanonenstr. 3

Krause u. Boldt, Krausenstr. 77
Kühn, Französischestr. 52
Krause, Charlottenstr. 1

Kriewitz u. Borgward, Kanonenstr. 10
Krebs, Charlottenburg, Wallstr. 30

Kröner, W., Postenstr. 41.
Kornuth, Charlottenburg, Ralfer-
Friedrichstr. 48

Korvitz u. Co., Rohrenstr. 25
Krcnit u. Ralferstr., Unter den
Linden 20

Jantonski, Charlottenburg, Bismarck-
straße 9
Jary, Peter, Französischestr. 49

Jelland, Ernst u. Sohn, Charlotten-
straße 48
Kocher-Klub, Unter den Linden 75

Kochanski, Reanderstr. 25
Kort, Friedrichstr. 113
Kürgens, Friedrichstr. 216

Köpenberger, Anhaltstr. 17
Keller u. Burch, Friedrichstr. 153
Kern u. Richter, Charlottenstr. 88

Kirchstein u. Co., Charlottenstr. 49
Knebel, Friedrichstr. 30
Kneubühler, Krausenstr. 69

Koppel u. Hilles, Dorotheenstr. 42
Koppel, W., Kronenstr. 66/67
Koslowitz, Kanonenstr. 3

Krause u. Boldt, Krausenstr. 77
Kühn, Französischestr

Die Gemeindewahlbewegung.

Friedenau. Nachdem unsere Genossen mit einer öffentlichen Wählerversammlung mit einem ausgezeichneten Referat des Reichstagsabgeordneten Genossen Thöne über unser Kommunalprogramm den Gemeindewahlkampf eröffnet hatten, wurde es auch unter den Ordnungsmännern lebendig. Die Hausbesitzer, der Handel- und Gewerbeverein, der Nahrungsmittelhändlerverein, der Bund der Handwerker, der Gast- und Schankwirtschaftler und selbstverständlich auch der evangelische Arbeiterverein, alle haben sich nun unter dem Fittichen des Reichs-wahrheits-Verbandes zusammengefunden. Bei der Regelung der Kandidatenfrage drohte der ganze Ordnungsbrei auseinanderzubersten, da bei der Besetzung der Kandidaturen außer dem Haus- und Grundbesitzerverein dem Handels- und Gewerbe- sowie dem sogenannten Bürgerverein keine der unzähligen kleinen Gruppen berücksichtigt wurden, was unter diesen große Empörung hervorrief. In einer öffentlichen Wählerversammlung, zu der, wie in großen Lettern auf dem Plakat zu lesen war, Sozialdemokraten und Demokraten der Zutritt verlagert war, protestierten die Brüder in Christo energisch gegen ihre Zurücksetzung, um, nachdem ihnen ein reicher Christenmensch plausibel gemacht hatte, daß sich ein evangelischer Arbeiter in allen Lebenslagen in Demut zu fassen habe, zu erklären, daß sie gegen den Umsturz stets an der Seite der Grundbesitzer nebst Anhängsel zu finden seien. Wir gehen in diesem Wahlkampf gemeinsam mit der Demokratischen Vereinigung vor. Von uns kandidiert der Genosse Ferdinand Pasche als Hausbesitzer und die Genossen Richard Hagen und Paul Marowski als Mieter. Die Demokraten stellen die Architekten Albert Meyer und Friedrich Sredow, beide Hausbesitzer, auf, für die unsere Genossen mit eingetreten haben. Die Wahl wird uns in beiden Bezirken den Sieg bringen, wenn ein jeder Genosse seine Schuldigkeit tut.

Franz. Buchholz. Heute, den 15. März, nachmittags von 1-4 Uhr, findet die Ergänzungswahl für die dritte Abteilung statt. Es wählt nur der erste Bezirk, umfassend die Straßen wie bei der Reichstagswahl. Unser Kandidat ist August Pirthe, Fabrikant. So ungünstig auch die Wahlzeit liegt, erwarten wir von unseren Wählern, daß sie ihre Pflicht erfüllen und vollständig und pünktlich zur Wahl erscheinen; nur wenn letzteres geschieht, wird es möglich sein, unserem Kandidaten zum Siege zu verhelfen.

Am Dienstag nahm nochmals eine Wählerversammlung zu der heute stattfindenden Gemeindevahl der dritten Klasse Stellung. Der Referent, Gemeindevorsteher Genosse Keumann, gab einen ausführlichen Bericht über seine Tätigkeit im Dorparlament, wobei er auch die „Taten“ unserer Gegner Neues pöfieren ließ. Besonderen Unwillen bei den Versammelten erregte der Bericht über die reaktionäre Kampfweise unseres Gemeindevorstehers. Dieser Herr hat bisher den gemäßigten Versammlungen beigewohnt und in einer Versammlung unsere Parteifreunde sogar vor den Augen der Gegner herabzusetzen gesucht. Einer Einladung, in einer Versammlung unserer Genossen zu erscheinen und dort Rede und Antwort zu geben, kam der Herr nicht nach. Nachdem noch einige Diskussionsredner den Ausführungen des Genossen Keumann zugestimmt, ermahnte der Vorsitzende Genosse Pisch nochmals die Wähler, trotz der überaus ungünstigen Wahlzeit ihre Pflicht zu tun.

Kaulsdorf. Die Stichwahl zwischen unserem Genossen Wilhelm Meyer und dem bürgerlichen Kandidaten findet am Sonntag, den 17. März, von 12 Uhr mittags bis 5 Uhr nachmittags im Lokal „Gödes Verggarten“, Frankfurter Str. 4-5, statt. Da unserem Genossen bei der Hauptwahl nur 8 Stimmen an der absoluten Majorität fehlten, so kann es am Sonntag, wenn jeder seine Pflicht erfüllt, nicht schwer sein, ihm den Sieg zu erringen. Nur durch die Wahl des sozialdemokratischen Kandidaten ist die Gewähr vorhanden, daß die Allgemeininteressen des Ortes gefördert werden.

Wie oft Versprechungen der bürgerlichen Kandidaten grundbeschieden sind von deren Praxis, zeigt folgendes in einem vom sozialdemokratischen Wahlkomitee an die Wähler des Ortes verbreiteten Flugblatt geschilderte Vorkommnis: Der bei der Hauptwahl mitkandidierende bisherige Gemeindevorsteher Herr Schadow hat, nachdem er bei der Hauptwahl unterlegen war, zwei in der Wilhelmstraße beschäftigte Arbeiter entlassen, weil diese am Tage der Wahl dem sozialdemokratischen Kandidaten die Stimme gegeben hätten. Die Angaben des Flugblattes stützen sich auf die Aussagen der entlassenen Arbeiter, denen Herr Schadow gesagt haben soll: „Nun gehen Sie doch jetzt hin zu den ehrlösen Gefellen und lassen sich da Arbeit geben.“ Sollte sich der Fall, wie dargelegt abgespielt haben, so wäre das das Schlimmste, was man vor den Loren Berlins an Unduldsamkeit gegen Andersdenkende überhaupt bisher gewöhnt war. Den Scharfmachern, die sich in der Sammlung von Material über angeblichen Terrorismus der Sozialdemokratie so besonders hervortun, wäre zu empfehlen, diesen Fall einer besonderen Würdigung zu unterziehen.

Vorsigwalde-Wittenau. Heute, Freitag, findet die Neuwahl der Gemeindevorstellung der 3. Abteilung in der Zeit von mittags 12 Uhr bis abends 8 Uhr statt. Kandidat ist Genosse Hermann Trapp, Former.

Die Ersatzwahl der 3. Abteilung ist morgen, Sonnabend, von mittags 12 Uhr bis abends 8 Uhr. Kandidat ist Genosse Karl Liebel. Wahllokal ist das Wittenauer Gesellschaftshaus, Hauptstr. 26. Wähler, erscheint an beiden Tagen und tut Eure Pflicht.

Wahlergebnisse.

Steglitz. Der Ausgang der Wahlen in der dritten Klasse hat die Optimisten in unseren Reihen enttäuscht. Hatten sie doch gehofft, diesmal endlich den zweiten Bezirk, um dessen Besitz wir seit Jahren vergeblich kämpfen, zu erobern. Die Reichstagswahl, bei der die Sozialdemokratie in Steglitz rund 40,5 Proz. aller abgegebenen Stimmen auf ihren Kandidaten vereinigte, schien diese Hoffnung zu stützen. Und die Hoffnung war berechtigt, denn von den insgesamt abgegebenen 8804 gültigen Stimmen erhielten unsere Kandidaten 1957 oder rund 22,25 Proz. Unter Berücksichtigung der Öffentlichkeit der Wahl, des geschlossenen Nicht-Eintretens der gesamten Gemeindevorsteher und Gemeindevorsteher für die bürgerlichen, sowie des geschlossenen Vorgehens des gesamten Bürgertums gegen uns, kann unsere Partei mit diesem Ergebnis in dem Amtsdorf Steglitz zufrieden sein. Nur die Ungleichheit in der Zusammensetzung der Wähler in den beiden Wahlbezirken hat es verschuldet, daß wir trotz absoluter Stimmenmehrheit nur einen Teilerfolg hatten. Das sehen auch die Lokaltblätter ein; sie verneinen sich die früher üblichen Siegesparolen. Das Mieterorgan läßt sich daran genügen, durch einen Additionsfehler seinen sonst richtigen Zahlen unsere 50,25 Proz. für sich in Anspruch zu nehmen. Die Wahlbeteiligung war sehr schwach, nur 82,17 Proz. der Wahlberechtigten übten ihr Wahlrecht aus. Eine Gegenüberstellung der Zahlen von der Hauptwahl 1910 mit den jetzigen ergibt folgendes Bild: Es erhielten Stimmen:

I. Bezirk

Table with 3 columns: Party, 1912, 1910. Sozialdemokraten: 1125, 897, + 228. Bürgerliche: 805, 948, - 143.

II. Bezirk

Table with 3 columns: Party, 1912, 1910. Sozialdemokraten: 882, 532, + 350. Bürgerliche: 1182, 778, + 404.

Unser Stimmengewinn betrug also gegen 1910 528, während sich die Gegner mit einem Plus von 216 begnügen mußten. Damit wird bestätigt, daß die Gegner absolut keinen Anlaß zu Siegesfeiern haben. Es geht vorwärts trotz unserer Niederlage.

Reichenhagen a. Ostbahn. Leider ist es uns bei der Hauptwahl, trotz erheblichem Stimmengewinn, nicht gelungen, auch nur einen Kandidaten durchzubringen. Neben der Festsetzung der ungünstigen Wahlzeit (Montag von 12-5 Uhr) trägt wohl die Hauptschuld die Heranziehung der vielen wirtschaftlich abhängigen Wähler. Bahnarbeiter, Postbeamten traten fast bis auf den letzten Mann an den Wahllokal und wählten den bürgerlichen Kandidaten, viele gegen ihre innere Überzeugung. Hätte nicht der bürgerliche Zettelverteiler in seiner eifrigen Tätigkeit ganz und gar vergessen, ebenfalls seine Stimme abzugeben, so wären beide Gegner gewählt worden. Genosse Reinhardt erhielt 80 Stimmen und Genosse Müller 60 Stimmen, während die Gegner 105 und 97 Stimmen auf sich vereinigten. Genosse Röser kommt somit in die Stichwahl mit dem Unternehmer Aug. Wolter. Gegen die Wahl des Herrn Benz wird Protest eingelegt werden.

Die Stichwahl findet am Sonntag, den 24. März, nachmittags von 2-5 Uhr, bei Pöfgertern statt. Von den gemeinschaftlich organisierten Wählern erwarten wir aber doch, daß sie dem Kandidaten der Sozialdemokratie ihre Stimme geben.

Partei-Angelegenheiten.

Vierter Wahlkreis (Görlitzer Viertel). Zu der am Sonnabend, den 23. März, bei Vorgmann, Andreasstr. 21, stattfindenden Aufzählung der „Jugend“ sind noch Eintrittskarten im Wahlereinsbureau, Stralauer Platz 1/2, a 60 Pf. inkl. Garberobe zu haben.

Wilmerdorf-Halensee. Eine Volksversammlung, in der Reichstagsabgeordneter Peus über den wirtschaftlichen Kampf als notwendige Ergänzung des politischen Kampfes spricht, findet heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Viktorgarten, Wilhelmstraße 114-116, statt. Es wird ersucht, für zahlreiche Beteiligung an dieser Versammlung zu agitieren.

Steglitz-Friedenau. Die heutige Theatervorstellung im Gesellschaftshaus des Westens, Schönberg, Hauptstr. 80/81, beginnt pünktlich 8 1/2 Uhr. Da die Veranstaltung eine geschlossene ist, das heißt, nur Mitglieder der Gewerkschaften und der Wählervereine Zutritt haben, so sind Karten an der Kasse nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches zu erhalten.

Friedenau. Morgen, den 16. März, abends 7 Uhr, vom Lokal Stein, Handjery-Göde Könnenbergstraße aus: Wichtige Flugblattverbreitung zur Gemeindevahl.

Alerodorf. Wir machen auf den Vortragzyklus über Deutsche Literatur und Dichtung aufmerksam, der jeden Freitag im Jugendheim stattfindet. Referent: Genosse Erwin Keumann. Heute abend: „Schiller und seine Zeit.“ Beginn Punkt 8 1/2 Uhr. Eintritt frei. Gäste willkommen. — Die Ausgabe der Bibliotheksbücher findet Sonntags von 10 1/2-12 Uhr statt. Wir bitten im Interesse der tätigen Genossen um möglichste Pünktlichkeit.

Grünau. Sonntag feilt 8 Uhr: Flugblattverbreitung. Montag: Öffentliche Gemeindevahlversammlung. Dienstag: Kubertverbreitung zu der am Mittwoch stattfindenden Gemeindevahl.

Friedrichshagen. Eine Theatervorstellung veranstaltet der hiesige Bildungsausschuß am Sonnabend, den 16. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Lerche, Friedrichstr. 112. Zur Aufführung gelangt: „Der Raub der Sabinerinnen“ von V. und Fr. v. Schönbach. Der Eintrittspreis beträgt 90 Pf. Die Plätze werden wie in der freien Volksbühne ausgelost. Nach der Vorstellung Tanz. Billets sind in der Konsumgenossenschaft zu haben.

Borghagen-Kummelsburg. Sonntag vormittag 8 Uhr von den bekannten Stellen aus Flugblattverbreitung. Die Bezirksleitung.

Wannsee. Am Sonnabend, den 16. d. M., abends 8 Uhr, im „Fürstendol“: Öffentliche Wählerversammlung. Tagesordnung: Unsere bevorstehenden Gemeindevorsteherwahlen. Referent: Genosse Fern. Reichardt-Mariendorf.

Petershagen bei Friedersdorf. Der hiesige Arbeitergesangverein „Sangeslust“ hat am Sonnabend, den 16. d. Mts., im Lokal „Zum alten Deffauer“ sein Stiftungsfest. Der Verein hofft, daß sich seine Mitglieder stets an den Parteiarbeiten beteiligen, auf guten Besuch seitens der Arbeiterschaft.

Reinickendorf-West. Sonnabend, den 16. d. M., findet in den Eichhornfälen, Eichbornstr. 60, die Wählerfeier des Wahlereins statt. Zum Vortrag gelangt: „Die deutsche Revolution 1848/49“, mit 90 farbigen Lichtbildern. Vortragender: Otto Roth-Berlin. Nach dem Vortrage: Gemütliches Beisammensein und Tanz. Billets sind bei den Bezirksführern zu haben. Anfang pünktlich 9 1/2 Uhr abends. Die Bezirksleitung.

Bezirk Oranienburg. Sonntag, den 17. d. Mts., nachmittags 4 1/2 Uhr, im Lokal von R. Frahm: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht von der Kreisgeneralversammlung. 2. Tätigkeitsbericht vom letzten halben Jahr. 3. Stellungnahme zum 1. Mal. 4. Parteiangelegenheiten. Die Bezirksleitung.

Wuh. Sonnabend, den 16. März: Jahlabend bei Starke. Sonntag, den 17. März, vormittags 8 Uhr: Flugblattverbreitung zu der am Montag, den 18. März, bei Albrecht stattfindenden öffentlichen Versammlung. Die Wuhölzer Genossen, die bei der Flugblattverbreitung helfen, treffen sich um 1/2 Uhr auf dem Blantenburger Bahnhof.

Steak. Morgen Sonnabend, den 16. März, abends 8 1/2 Uhr, im Gnädigs Gasthof: Mitgliederversammlung des Wahlereins. Es ist eine wichtige Tagesordnung zu erledigen. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Die Stadtverordnetenversammlung

beschäftigte sich gestern mit dem Stadthauskaltetat für 1912, der aus dem Auschuß an sie zurückgelangt war und ihr nun zur zweiten Beratung vorlag. Sie erledigte ein beträchtliches Stück des ganzen Etats, darunter das Kapitel „Gesundheitswesen“, das Kapitel „Armenwesen“ und vom Kapitel „Unterrichtswesen“ den größten Teil. Ueberall beschloß sie so, wie der Auschuß empfahl. Doch wurden auch noch manche Wünsche vorgebracht, namentlich von der sozialdemokratischen Fraktion. Beim Etat der Heimstätten regte Genosse Weyl an, den Verpflegungsjahr für Kinder herabzusetzen. Er teilte mit, daß Stadtrat Kallisch erklärt hat, die Armenverwaltung wolle die auf ihre Kosten zu verpflegenden Kinder lieber an private Erholungsheime geben, weil diese billiger seien. Unser Redner fügte hinzu, daß diese privaten Anstalten natürlich auch noch

mit Gewinn arbeiten müssen. Die Kinder seien freilich dort schlechter aufgehoben, unter anderem sei die Beköstigung unzulänglich. Zur Antwort auf die Ausführungen erhob am Magistratsstisch sich niemand. Die „zuständigen“ Herren — der Stadtrat Strohmann, den das Gesundheitswesen zum sachverständigen Berater hat, und der Stadtrat Kallisch, der den Chef des Armenwesens spielt — glänzten durch Abwesenheit.

Der Etat der Krankenhäuser gab dem Genossen Weyl Gelegenheit, gegen die etwa bestehende Absicht einer erneuten Erhöhung des Verpflegungsjahres im voraus Einspruch zu erheben. Es wurde dann bestritten, daß das jetzt schon wieder beabsichtigt werde. Andere Wünsche, die unser Redner hier vorbrachte, betrafen die Privatpraxis der Direktoren sowie die Lage der Kranken und der Pflegehelfer.

Beim Etat der Irrenhäuser brachte Genosse Reid die Klagen zum Ausdruck, die aus den Reihen der Wärter gekommen sind, weil die für die Angestellten der Gemeinde beschlossene Teuerungszulage ihnen versagt worden ist. Reid hob hervor, daß mindestens die Familien der in den Anstalten wohnenden Wärter unter der Teuerung zu leiden haben. Seinem Wunsche, der Magistrat möge diese Angelegenheit noch einmal prüfen, wurde vom Bürgermeister Reide Erfüllung versprochen.

Der Fortbildungsschuletat enthält auch einen Ausgabeposten für die „Jugendpflege“. Hier wies Genosse Rosenfeld auf die allerneuesten „Jugendpflegebestrebungen hin, die sich des Beifalls des Kultusministeriums erfreuen, desselben Kultusministeriums, das die eigene Jugendpflege der Arbeiterklasse unterdrückt sehen möchte. Rosenfelds Anfrage, wie der Magistrat die von „oben“ protegierte „Jugendpflege“ und im besonderen über die Sinecizierung von Offizieren denkt, wurde vom Stadtschulrat Michaelis mit einer gewundenen Erklärung beantwortet. Die freisinnige Mehrheit dankte dem Stadtschulrat mit begeistertem „Bravo!“

Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde über einige Petitionen verhandelt. Zu der Petition eines Blumenhändlers, dem die Polizei seine Erwerbstätigkeit fortgesetzt erwidert, wies Genosse Manasse auf die Drangsalierungen hin, die die Straßenhändler in Berlin überhaupt von der Polizei zu erdulden haben. Seinem Versuch, Einzelsfälle vorzutragen, widersetzte sich die Mehrheit mit lärmendem Protest. Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten beschlossen dann die Freisinnigen den Uebergang zur Tagesordnung. Eine Petition, zu den Kosten der „Akademischen Unterrichtskurse für Arbeiter“ eine Beihilfe zu gewähren, wurde dem Magistrat zur Erwägung überwiesen. Genosse Grunwald hob hier hervor, daß dieses Unternehmen Unterstützung verdient.

Zu einer Debatte über den Tiergarten kam es aus Anlaß des Magistratsantrages, den Jahresbeitrag der Stadt zu den Kosten des Tiergartens von 50 000 M. auf 75 000 M. zu erhöhen. Genosse Jubeil trat mit Wärme für die schon vor zwei Jahrzehnten aufgestellte, aber noch immer nicht erfüllte Forderung ein, auch im Tiergarten einen großen Spielplatz zu schaffen. Die Antwort, die vom Magistratsvertreter gegeben wurde, lautete dahin, daß der Magistrat nach wie vor auf die Tiergartenverwaltung keinen Druck ausüben will. Stadtrat Wenzky hält so etwas nicht für „vornehm“.

Eröffnung eines neuen Posthauses. Der Posthausneubau am Ende der Alexander- und Magazinstraße wird am 21. März dem Betrieb übergeben. In der Nacht vorher wird das Postamt O 27 in der Blumenstraße nach dem Neubau verlegt. Das Postamt führt dann die Bezeichnung Berlin O 27 (Alexanderstraße). Gleichzeitig bleibt in einem Teil der bisherigen Räume des Postamts O 27 eine Postzweigstelle unter der Bezeichnung Berlin O 99 (Blumenstraße) bestehen. Sie befaßt sich auch mit der Annahme von Paketen und Postprovisionen und hat Telegraphenbetrieb mit Hilfe eines Ferndruckers. Die Postzweigstellen O 78 in der Kaiserstraße und O 99 in der Schillerstraße werden mit Ablauf des 23. März aufgehoben.

Auf dem Wege zur genossenschaftlichen Feuerversicherung ist die Konsumgenossenschaft. Der Zentralverband deutscher Konsumvereine hat zunächst eine Generalagentur von einer Versicherungsgesellschaft übernommen, um auf diese Weise die Angemessenheit vorzubereiten. Auf Anfrage aus unserem Leserkreis über den Stand der Sache übermittelte uns die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung folgendes Zirkular, das sie an ihre Mitglieder richtet: „Für Berlin und Umgebung sind eine Reihe von Agenten tätig, um für diese Gesellschaft Versicherungen aufzunehmen. Eigentlich paßt der Name „Agent“ für die Genossenschaftler, die sich dieser Mühe unterziehen, nicht recht. Es sind Vertrauensleute, die es übernehmen haben, die an sich nicht leichte Agentenarbeit zu machen. Wir bitten daher auch unsere Mitglieder, einen anderen Wahnhaft anzulegen, wenn der betreffende Agent vorsprechen sollte und sich nach dem Stande der eventuell laufenden Versicherung erkundigt resp. eine Versicherung abschließen will, als man sonst Agenten begegnet. Wir bieten auch jetzt schon Vorteile gegenüber anderen Versicherungsgesellschaften; a. B. beträgt die Prämie immer nur 1 M. pro Wille von der Versicherungssumme, mindestens jedoch 2 M. (bei anderen Gesellschaften 3 M.). An Schreibgebühren — Gebühren für die Police, Aufnahmegebühren usw. — berechnen wir insgesamt nur 50 Pf., andere Gesellschaften 2,50 M., 3 M., 6 M. und noch höhere Beträge. Bei Versicherungen von jährlicher Dauer und Vorauszahlung der Prämie wird nur für 4 Jahre Prämie erhoben. Ein Jahr ist also frei. Diese Vorteile kommen allerdings nur den Mitgliedern der Genossenschaft zu. Nichtmitglieder unserer Genossenschaft kommen daher für die Feuerversicherung nicht in Frage.“

Kunststoffe erteilen im übrigen die Vogelhöher der Verkaufsstellen.

Von der „Jugendpflege“ in Berlin.

Aus der Millionentrippe für „Jugendpflege“, die in Preußen von der Staatsregierung bereitgestellt worden ist, haben bei der Verteilung ihres Anhalts auch die Jugendklubs für ehemalige Gemeindefürer Berlins einen Anteil erhalten. Der Oberpräsident der Provinz Brandenburg hat aus der ihm zur Verfügung überwiehenen Summe an 45 dieser Berliner Jugendklubs je 100 bis 120 M. auszahlen lassen, nachdem zuvor über die Würdigkeit jedes um Beihilfe nachsuchenden Klubs der „Hauptauschuß für Lebensübungen und Jugendpflege“ sein Gutachten abgegeben hatte. Die blauen Lappen sollen den Jugendklubs die Möglichkeit schaffen, den von ihnen umwohnenden jungen Leuten in den Klubveranstaltungen, den Spielen, Ausflügen, Vorträgen usw., etwas mehr zu bieten, damit sie nicht zu bald wieder davon laufen.

In der Lehrerschaft scheint man sich der Hoffnung hinzugeben, daß nunmehr den Berliner Jugendklubs, die bisher gleich dem Weichem im Verborgenen „geblüht“ haben, die 100—120 M. ein kräftiger Anstoß zu rascher Aufwärtsentwicklung sein werden. Ach nein, um das zu erreichen bedarf es ganz anderer Mittel, nicht nur anderer Geldmittel, sondern vor allem eines anderen Geistes, als er aus diesen Jugendklubs den schulentlassenen Arbeiterjungen entgegenweht. Die Gelder aus der Millionenkruppe, die den Klubs bewilligt werden, sollen Munition im Kampf um die Befreiung der Arbeiterklasse sein, Munition gegen die Arbeiterklasse, deren Nachwuchs man möglichst lange vor einer Erkenntnis der Klassenlage des Proletariats bewahren möchte. Solchen Versuchen sehen wir das Mittel der Aufklärung entgegen, die trotz allen „Jugendpflege“-Bemühungen unserer Gegner dafür sorgen wird, daß unseren Söhnen und Töchtern zeitig genug die Binde von den Augen fällt. An dieser Aufklärungsarbeit teilzunehmen und nach bestem Können zu ihrem Erfolg beizutragen, ist Pflicht jedes Vaters und jeder Mutter aus der Arbeiterklasse. Kein Vater und keine Mutter darf dulden, daß man Anschauungen, die sie selber als richtig erkannt haben und von deren Sieg die Befreiung der Arbeiterklasse erwarten, ihre Kinder zu entfremden sucht. Wenn in diesen Wochen vor Ostern die ihrer Schulentlassung entgehenden Jungen den Eltern allerlei von den Jugendklubs vorzuschwärmen, die ein Lehrer ihnen angepriesen hat, so werden die Eltern ihnen die nötige Belehrung darüber geben, um was es sich handelt und sie werden ihre Kinder zu bewahren wissen vor einer Berührung mit diesen Klubs, die den Verfall der Herzschenden haben.

Die Schule, die den Kindern das Gebot „Du sollst Deinen Vater und Deine Mutter ehren!“ predigt, wird sich hoffentlich nicht beklagen wollen, wenn in dem Kampf um die Jugend nicht sie, sondern selbstverständlich das Elternhaus den Sieg davonträgt. Sie wird sich auch nicht wundern dürfen, wenn ihre Beteiligung an diesem Kampf früher oder später zum Schaden für die Schule ausschlägt insofern, als sie das Vertrauen der Eltern zur Schule erschüttert. Man kann es den Eltern nicht verdenken, daß sie unter solchen Umständen alle aus der Lehrerschaft ihren Kindern entgegengebrachte Anteilnahme, die über den bloßen Unterricht hinausgeht, mit Argwohn aufnimmt.

Der gestrige städtische Seefischverkauf hatte sich eines besonders lebhaften Zuspruchs zu erfreuen, zumal eine reiche Auswahl der verschiedensten Konsumfische vorhanden und die Preise besonders billig waren. Trotz der billigen Preise gelangte nur die beste Nordseezware zum Verkauf.

Die Zahl der in Berlin im Jahre 1911 Verstorbenen belief sich auf 32 206, der Totgeborenen auf 1646, zusammen 33 955. Von diesen sind in Leichenhallen der Begräbnisplätze bis zur Beerdigung 30 281, also rund 89,5 Proz. untergebracht worden, während im Jahre 1910 nur 88,5 Proz., im Jahre 1909 88 Proz. und im Jahre 1908 76 Proz. der Verstorbenen von den Leichenhallen aus beerdigt wurden. Die ständige Steigerung dieser Ziffer zeigt deutlich, wie sehr sich die Vermehrung der Leichenhallen bei der Bevölkerung eingebürgert hat und wie groß das Bedürfnis der Hinterbliebenen ist, die Verstorbenen bis zur Beerdigung in den Leichenhallen unterzubringen.

Ein Hundertjähriger. Seinen 100. Geburtstag feierte gestern der frühere Schlossermeister und jetzige Rentner Wilhelm Frische bei bestem Wohlbefinden. Der alte Frische, der seit längerer Zeit, beinahe 35 Jahre lang, am Engelauer W. bei seiner Tochter, der 72-jährigen Frau Eigenlumerin A. Weidlich wohnt, ist am 14. März 1812 in Wriezen a. O. geboren. Wie mitgeteilt wird, ist der Hundertjährige jetzt 80 Jahre in Berlin und nennt sich mit Recht ein Berliner. Er liest noch mit Interesse seine Zeitung, nimmt Anteil an öffentlichen Leben, geht spazieren, kramelt infolge seiner regelmäßigen Lebensweise fast gar nicht und meint, daß „Pünktlichkeit und kein Alkoholtrinken die Hauptsachen sind.“

Ein Unhold treibt seit Monaten in Berlin sein Wesen, ohne daß es gelingen will, ihn zu erwischen. Wie schon einmal mitgeteilt, sind seit Monaten eine Menge wertvoller Hunde böswilligerweise vergiftet worden. U. a. hat ein Herr am Schönberger Ufer innerhalb kurzer Zeit drei Masthunde verloren. Wie der Tierarzt feststellte, sind alle drei mit Strichnium vergiftet worden. Das Gift ist den Hunden, als sie im Garten am Karlsbad weilen, hingeworfen worden. Der Besitzer hat für die Ermittlung des Täters eine Belohnung von 100 M. ausgesetzt. Diefem Beispiel sind andere Geschädigte gefolgt.

Ein schwerer Unfall ereignete sich am Mittwochnachmittag in der Badstraße. Der 70-jährige Invalide Berthold Wollbraun, Grünthalerstraße 5 wohnhaft, wollte seine im Krankenhause liegende Tochter besuchen. Als er in der Badstraße den Fahrstamm überschritt, um zur Elektrischen zu gelangen, wurde er von einem in schnellem Tempo herannahenden Viehtransportwagen erfasst. Der Kaufherr versuchte zwar zu bremsen, doch vermochte er sein Gespann nicht mehr zum Halten zu bringen und so geriet der Greis unter die Räder des Wagens, die über seinen Körper hinweggingen. Der alte Mann, der einen schweren Schädelschuss, Gehirnverletzung und innere Verletzungen erlitten hatte, wurde nach der nächsten Unfallstation und von dort aus nach dem Virchow-Krankenhaus geschafft, wo er in sehr bedenklichem Zustand darniederliegt. Die Schuld an dem Unfall trifft nach Aussagen der Augenzeugen den Kutscher des Fuhrwerks.

Zu einer wahren Plage haben sich in der letzten Zeit die Fußwerkdiebstähle ausgewachsen. Es vergeht kaum noch ein Tag, an dem nicht zwei oder drei verübt werden. So wurde erst jetzt wieder dem Händler Wendt aus der Tegelstraße 16 ein Geschäftswagen mit einem Fuchswalch vom Alexanderufer weggestohlen. Der Mann erlitt einen Schaden von 1000 M. In Lichtenberg wurden zwei Nachbarn bestohlen, der Schächtermeister Rosemann aus der Friedrich-Karlstraße 21 und der Handelsmann Bruns aus derselben Straße Nr. 23. Dieser hätte eine Fuchswalch ein, während Rosemanns Gespann in der Lehnert Straße wiedergefunden wurde, aber ohne die Ladung. Für die erbeuteten Pferde finden die Diebe jetzt leicht Absatz auf dem Lande. Zu Beginn der Frühjahrseinstellung haben die Landwirte mehr Bedarf als je und bezahlen deshalb auch gute Preise. Diese „Konjunktur“ nützen die Diebe regelmäßig aus. Die Fuhrwerkbesitzer und Kutscher werden deshalb gut tun, gerade in der jetzigen Jahreszeit besonders auf ihre Gespanne zu achten und sie nicht ohne Aufsicht auf der Straße stehen zu lassen. Auch die Landwirte sollten nicht unterlassen, sich die Pferdeberäuber etwas genauer anzusehen, wenn sie sich vor Schaden bewahren wollen. Denn es kann ihnen leicht geschehen, daß die gestohlenen Pferde ermittelt werden, und sie müssen sie dann ohne jeden Schadenersatz herausgeben. Wenn sie sie auch in noch so gutem Glauben gekauft haben.

Ein drittes Diebstahl ist in der Frauenausstellung verübt worden. Aus einem der Schauwände wurde eine goldene Medaille für Kunst und Wissenschaft, die dem Nachf. von Marie Seebach entkammt, von einem bisher noch nicht ermittelten Dieb gestohlen. Die Medaille trägt das Bildnis des Großherzogs von Sachsen-Weimar. Obwohl die Ausstellung ständig gut besucht ist, gelang es dem treuen Dieb, die Medaille völlig unbemerkt zu entwenden.

Ein ethnologischer Garten soll umweit der Rennbahn Grunewald angelegt werden und es ist zu dessen Aufbau des bekannte Stabfischerei „Seefisch“ bei Bicheldorfer mit weiten angrenzenden Bänderchen für die zu begünstigende Aktiengesellschaft gesichert worden. Auf diesem Gelände, das die doppelte Größe des „Zoologischen Gartens“ erreicht, wird ein fremdartiges Getriebe entstehen, welches uns die ganze Fauna der fernster Länder erschließen will.

Die interessantesten Menschenrassen und Typen aus allen Weltteilen sollen uns hier in ganzen Stämmen und Familien in der charakteristischen Umgebung ihrer Heimat mit deren Tier- und Pflanzenwelt vorgeführt werden. Ein Völkergarten soll entstehen, in dem jedermann aus eigener Anschauung die fernsten Menschen in ihrem heimatischen Treiben und Wirken beobachten kann. Besondere große Pavillons sollen für jeden einzelnen Weltteil errichtet werden als Ausstellungshallen und zur Aufstellung ethnologischer Sammlungen. Eine weite Halle für besonders große Schauhallungen und eine Arena mit verschiebbarem Dache sind als weitere Bauten vorgesehen, deren „Höhepunkt“ ein gewaltiger Aussichtsturm bilden soll. Neben populären Vorträgen berufener Gelehrter wird auch ein großes Kinetographen-Theater nicht fehlen, in welchem die neuesten, ethnologisch interessanten Aufnahmen aus aller Welt vorgeführt werden.

Das Polizeipräsidium teilt mit: Am 9. März 1912, mittags gegen 12 Uhr, verunglückte der Müllergeselle Gustav Kallweit, 4. 7. 1861 Arien Kreis Dacheim geboren, Wohnung unbekannt, dadurch, daß er auf dem Hochbahnhof Kollendorferplatz aus einem in Bewegung befindlichen Zuge sprang und schwere Verletzungen davon trug. Er ist bald darauf gestorben, ohne wieder zum Bewußtsein zu kommen. Da es nicht gelungen ist, Angehörige des Kallweit zu ermitteln, wird gebeten, Nachrichten hierüber der Kriminalpolizei zur Tagebuchnummer 1030 IV 23, 12. einzusenden.

Das Dienstmädchen Emilie Gohl, am 18. August 1893 zu Mariensfelde geboren, hat sich am 12. Februar 1912 aus der elterlichen Wohnung Goglowstraße 13 entfernt und ist seitdem verschwunden. Sie ist 1,65 Meter groß, von schlanker Gestalt, hat hellblondes Haar, blaue Augen, plombierte Zähne und gesunde Gesichtsfarbe. Bekleidet war sie bei ihrem Fortgange mit grünem Filzhut, grauem Rock, blaugestreifter Bluse, grauem Jackett, schwarzen Strümpfen und schwarzen Halbschuhen. Ihre Bände ist L. G. gezeichnet. Vermutet wird, daß sie Selbstmord begangen hat. Nachrichten über ihren Verbleib werden in jedem Polizeirevier und bei der Kriminalpolizei, Alexanderstr. 8/9, 8 Treppen, Zimmer 346, schriftlich oder mündlich zu 568. IV. 14. 12 entgegengenommen.

Der erste Zeitball in Berlin. In der unteren Zimmerstraße, nahe der Wilhelmstraße, lenkte gestern ein großer roter Ball, der in Höhe der ersten Etage des Hauses Zimmerstraße 9 an einem Festgestütz hing, die Aufmerksamkeit der Vorübergehenden auf sich. Die „Deutsche Lohmeyer-Zeitung“, welche hier ihre Geschäftsräume besitzt, hatte sich einen „Zeitball“ zugelegt, den ersten in Berlin, und man war allgemein begierig, zu sehen, ob dies Signal auch richtig funktionieren werde. Mit dem Glockenschlage „Eins“ fiel der rote Ball, und da er schon von der Friedrichstraße aus deutlich sichtbar ist, konnte jeder, der auf Pünktlichkeit hält, danach seinen Chronometer auf die Sekunde genau einstellen.

Der vierte Vortrag über die Alkoholfrage, den die Ortsgruppe Berlin des Arbeiter-Abstinenzbundes veranstaltet, findet heute Abend um 8½ Uhr im Saal 5 des Gewerkschaftshauses statt. Herr Dr. med. A. Reyer, Spezialarzt für Lungenleiden, spricht zu dem Thema: „Alkohol und Tuberkulose“.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

In der Stadtverordnetenversammlung vom Mittwoch wurden zunächst die in den Erziehungswahlen neu gewählten Stadtverordneten, darunter unsere Genossen Ahrens und Scheel in der üblichen Weise durch den Bürgermeister eingeführt. Die sozialdemokratische Fraktion ist nunmehr auf 14 Mitglieder angewachsen.

Nach Erledigung einer Reihe unbedeutender Vorlagen, bei denen es sich meist um Verjährung verschiedener Etatspositionen handelt, beriet die Versammlung den Antrag Dr. Stadthagen und Genossen, durch den der Magistrat ersucht wird, baldmöglichst eine Verkehrsdeputation einzusetzen. Heute werden die Verkehrsangelegenheiten von der Verkehrsdeputation bearbeitet, die ihrerseits einen Unterausschuss als Verkehrsauditschuss eingesetzt hat. Seit Jahren hat die Stadtverordnetenversammlung wiederholt die Schaffung einer besonderen Verkehrsdeputation beantragt, aber der Magistrat hat sich dem stets widersetzt. Auch jetzt wieder konnte er sich trotz der zahlreichen Mängel im Verkehrswesen, die der Antragsteller vortrug, und die nicht abzuwehren sind, mit dem Antrag nicht einverstanden erklären. Man muß dem Magistrat darin beipflichten, daß der augenblickliche Zeitpunkt zur Einsetzung einer besonderen Verkehrsdeputation nicht gerade günstig gewählt ist, da der Zweckerband in nächster Zeit in Tätigkeit treten wird. Von diesem Gesichtspunkt legen sich auch die Stadtverordneten Otto (lib.) und Gebert (Soz.) leiten, die zwar rückhaltlos die von dem Stadtverordneten Stadthagen angeführten Mängel anerkennen, aber sich mit Rücksicht darauf, daß der Zweckerband das Verkehrswesen in die Hand nehme, nicht für den Antrag erklären konnten. Der Antrag wurde schließlich einem besonderen Ausschuss zur Vorberatung überwiesen.

Ueber die Vorlage betreffend Änderung des Gemeindebeschlusses über den städtischen Arbeitsnachweis referierte Stadtverordneter Jietich (Soz.). Es handelte sich im wesentlichen um drei Neuerungen; einmal soll mit Rücksicht darauf, daß möglicherweise die Arbeitslosenversicherung doch noch in Kraft tritt, das Statut dahin abgeändert werden, daß der Arbeitsnachweis nicht nur für die Bürgerlichen, sondern auch für andere, ihm durch Gemeindebeschluss zugewiesenen Aufgaben zuständig sein soll. Die zweite Änderung besteht darin, daß die Möglichkeit gegeben werden soll, durch besonderen Gemeindebeschluss die Zahl der Mitglieder durch Sachverständige als Bürgerdeputierte zu vermehren, und endlich sollen für diejenigen Berufe gelernter Arbeiter, die den Arbeitsnachweis benutzen, der Deputation als Sachverständige angegliedert werden. Genosse Jietich, der sich mit den grundsätzlichen Änderungen einverstanden erklärte, beantragte die Überweisung der Vorlage an einen Ausschuss. Insbesondere wies er darauf hin, daß nach dem bisherigen Statut bereits die Möglichkeit besteht, auch Vertreter der Dienstboten in den Arbeitsnachweis zu wählen, ein Standpunkt, den auch der Delegierte des Magistrats als richtig anerkannte. Dagegen konnte der Magistratsvertreter sich dem Wunsch unseres Genossen, auch einen Vertreter der Gastwirtsgehilfen als Arbeitsvermittler anzustellen, vorläufig noch nicht anschließen. Auch diese Vorlage wurde einem Ausschuss überwiesen.

Dietrich berichtet die Veranlassung den Antrag der Sozialdemokraten, denjenigen städtischen Arbeitern, Arbeiterinnen und Anstellten, deren Lohn resp. Gehalt auf das Jahr herabgerechnet 2000 M. nicht übersteigt, während der Dauer der bestehenden Lebensmittelerhöhung, mindestens aber auf die Zeit von 6 Monaten, eine Teuerungszulage von 6 Proz. zu gewähren. Genosse Vogel erinnerte in der Begründung des Antrages daran, daß Charlottenburg im Gegensatz zu einer Reihe anderer Gemeinden bisher so gut wie nichts zur Bekämpfung der Teuerung getan habe. Stadtverordneter Reyer (lib.) erklärte, daß seine Freunde ihren alten Antrag auf Gewährung einer einmaligen Teuerungszulage wieder eingebracht hätten, und hat, seine Anträge dem Magistrat als Material für die gemischte Deputation zur Bekämpfung der Lebensmittelerhöhung zu überweisen. Die Versammlung beschloß dementsprechend.

Ein weiterer sozialdemokratischer Antrag verlangt, daß die Badeanstalt aus anderen als betriebswirtschaftlichen Gründen an einem Wochentage, vor allem an einem Sonnabende, nicht vorzeitig geschlossen werden darf. Dieser Antrag veranlaßt, wie Genosse Will zur Begründung ausführte, seine Entstehung dem Umstande, daß zur allgemeinen Heberaushebung des Publikums die städtische Badeanstalt am Sonnabend, den 27. Januar, pünktlich bereits mittags um 2 Uhr geschlossen worden ist. Mit Recht verlangte unser Redner, daß in erster Linie auf die Bedürfnisse des habenden Publikums Rücksicht genommen wird. Auf einen anderen Standpunkt stellen sich die Vertreter der bürgerlichen Parteien, die Herren Otto und Stadthagen, sowie

der Vertreter des Magistrats; sie sind der Meinung, daß es unpatriotisch ist, wenn jemand an Kaisers Geburtstag das Bedürfnis empfindet, ein Bad zu nehmen. Ihren Vorwurf, daß ein Antrag nur agitatorische Zwecke bezwecke, wiesen die Genossen Will und Jietich mit Entschiedenheit zurück. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokratie abgelehnt.

Gegen die Vorlage betreffend Bewilligung eines Beitrags zur Bildung eines Fonds für Unterbringung erkrankter Kolonialkrieger in Erholungsheimen machte Genosse Bode das Bedenken geltend, daß die Gemeinden nicht verpflichtet seien, dem Reiche Aufgaben abzunehmen. Die Stadt Charlottenburg solle in erster Linie einmal an ihre eigenen Invaliden denken. Nach einigen hurrapatriotischen Nebenbürgerlicher Stadtverordneter und Magistratsmitglieder wurde auch diese Vorlage gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Vom Spiel in den Tod. Ein bebauernswürdiger Unfall ereignete sich am Mittwochnachmittag an der Spree. Der 34-jährige Schüler Ehrhardt Sins, dessen Eltern in der Königin-Luisenstr. 15 wohnen, spielt mit mehreren Altersgefährten. Die Knaben vergnügten sich damit, vom Ufer aus mit Stöcken im Wasser nach treibenden Gegenständen zu fischen. Plötzlich verlor der Kleine S. das Gleichgewicht und stürzte kopfüber ins Wasser. Seine Spielkameraden eilten um Hilfe zu holen, hinweg und kehrten schließlich nach geraumer Zeit mit einem Rettungsring von der Schloßbrücke zurück. Der Knabe war inzwischen jedoch schon ertrunken und konnte nur noch als Leiche geborgen werden.

Wilmerdorf-Galensee.

Gegen die Vernehmung der Stadtverordneten. Wilmerdorf zählt jetzt etwa 125 000 Einwohner und muß dem Ergebnis der letzten Volkszählung gemäß die Zahl seiner Stadtverordneten von 45 auf 60 erhöhen. Nach der Städteordnung bedarf es zu diesem Schritt nicht der Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung, vielmehr kann der Magistrat durch einfachen Beschluß die Vernehmung einleiten lassen. Die Vernehmung des bisherigen Zustandes ist nur möglich, wenn Magistrat und Stadtverordnetenversammlung übereinstimmend beschließen, daß von der gesetzlichen Befugnis kein Gebrauch gemacht werden soll. Unter Führung des rechtsnational-liberalen Stadtverordneten Dr. Leidig versucht nun eine einflussreiche Gruppe die Vernehmung der Stadtverordneten zu hintertreiben. Man fühlt sich in der Wölle; die paar Sozialdemokraten und Demokraten sind zur Rot auszufallen, und die vier oder fünf Fortschrittler bleiben schon um deswillen bedeutungslos, weil sie, wo es angeht und nicht angeht, mit der Mehrheit liebäugeln. Bei neuen Stadtverordneten besteht nun die Gefahr, daß sie die Opposition stärken. Würde der Magistrat sich dem reaktionären Verlangen beugen, so würde das bedeuten, daß er die vor Jahresfrist unternommene Abkühlung des Herrn Leidig als mißglückt ansieht und gesonnen ist, sich auf absehbare Zeit unter sein Kommando zu stellen.

Weißensee.

Durch einen leichtsinnigen Schützen ist am Mittwoch nachmittags die 44-jährige Frau Wille, Sedanstraße 70, schwer verletzt worden. Frau W. unternahm einen Spaziergang in dem Trianonpark und hatte dort auf einer Bank Platz genommen. Plötzlich krachte ein Schuß und die Frau brach verletzt zusammen. Passanten schafften Frau W. zum nächsten Arzt, der feststellte, daß die Angeschossene von einer großkalibrigen Leuchtpistole unterhalb des linken Ohrs in den Hals getroffen war. Da die Kugel nach dem hinteren Halswirbel zu gedrungen war, wurde eine Operation notwendig. Die leichtsinnigen Schützen, die sich in dem Park mit einem Leuchtpistolen vergnügten, konnten noch nicht ermittelt werden.

Ober-Schöneweide.

Ein Baumfall trug sich, wie uns nachträglich gemeldet wird, am Montag, den 11. März, kurz vor 12 Uhr mittags auf dem Neubau der Baufirma Franke in der Luisenstraße zu. Der dort als Küster beschäftigte Bauarbeiter Heinrich Hartmann aus Rummelsburg stürzte 1½ Stagen herunter und verlor in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch, Nacht eigenartig waren die Verletzungen, die die Verletzung für den Abgeführten traf. Nachdem man den Arbeiter nach der Baubude getragen hatte, ließ man ihn in der Annahme, daß es wohl nicht so schlimm sei, eine halbe Stunde allein in derselben liegen, ohne einen Arzt zu holen. Schließlich wurde der innerlich schwerverletzte Arbeiter auf einem nichtgefederten Steinwagen die mit schlechtem Pflaster ausgefahrene Straße entlang nach der Anfallstation der Kesselwerke gebracht.

Die in der Luisenstraße gelegenen Bauten einschließlich des Frankeschen sollten — nach Ansicht der dort beschäftigten Arbeiter — von den Organen der Polizei sowie der Berufsgenossenschaft mehr beachtet werden. Trotz Kontrolle durch den Aufsichtsbeamten der Berufsgenossenschaft fehlen überall die Schutzvorrichtungen, die bei solchen Öffnungen, wo Material hindurch transportiert wird. Die Keller entbehren jeder Abdeckung, die Laufgänge aus einer teilweise nur 30 Zentimeter breiten Bohle, selbstverständlich ohne jedes Geländer. Trotzdem jedes Schuttdach fehlt, wird zu gleicher Zeit an nebenstehenden Giebeln gearbeitet, obwohl der eine 12 Meter höher ist wie der andere. Alle dort befindlichen Bauten wären ein ergiebiger Tätigkeitsfeld für unsere Polizeiorgane zum Schutze auch arbeitswilliger Bauarbeiter, der ja der Regierung in den letzten Tagen so heiß empfohlen wurde.

Jugenderanstaltungen.

Rotwased. Am Sonnabend, den 16. März, abends 8 Uhr, feiert die Freie Jugendorganisation Rotwased im Lokal des Herrn Max Singer, Breitenstr. 31, ihr drittes Stiftungsfest. Wir hoffen, daß zu diesem Tage die gesamte hiesige Arbeiterschaft erscheinen und das freundschaftliche, das brüderliche Band, welches und verknüpft, nur enger und fester schließen möge.

Witterungsübersicht vom 14. März 1912.

Stationen	Barometer-Höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur Grad C	Stationen	Barometer-Höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur Grad C
Swinemünde	767,0	SO	1	bedeckt	Opavanda	768,5	SO	4	bedeckt
Danzburg	764,5	SO	2	Dunkel	Petersburg	767,0	SO	1	Schnee
Berlin	766,5	SO	2	bedeckt	Essen	762,5	SO	4	wolkig
Frankfurt a. M.	765,5	SO	3	Regen	Amsterdam	756,5	SO	2	wolkig
München	769,5	SO	4	wolkig	Paris	767,5	SO	2	bedeckt
Wien	760,5	SO	3	bedeckt					

Wetterprognose für Freitag, den 15. März 1912.

Mild, jedoch vorwiegend trüb mit Regenschauern und ziemlich lebhaften südwestlichen Winden; später zeitweise aufklaren.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 13.		am 14.		Wasserstand	am 13.		am 14.	
	cm	cm ³	cm	cm ³		cm	cm ³	cm	cm ³
Remel, Mühl	596 ¹	-7	596 ¹	-7	Saale, Großhitz	135	-5		
Bregel, Wittenburg	181 ⁴	-3	181 ⁴	-3	Qabel, (Dambau?)	88	0		
Wichel, Thon	330	+20	330	+20	Retzenow ²	110	+2		
Ober, Rathbor	234	+2	234	+2	Spree, (Sprembow?)	70	-10		
Frankfurt	193	-5	193	-5	Reeslow	108	-1		
Frankfurt	200	-8	200	-8	Weser, Wänden	194	-14		
Wandberg	166	-20	166	-20	Weser, Wänden	294	-14		
Rege, Vordamm	48	-6	48	-6	Hörsing, (Wandbau)	415	-7		
Elbe, Lestmerg	73	-13	73	-13	Köln	328	-31		
Preßden	47	-20	47	-20	Redar, Heilbronn	110	+4		
Berlin	202	-12	202	-12	Rain, Berthelm	208	-15		
Magdeburg	214	-14	214	-14	Rosel, Trier	160	-13		

¹) + bedeutet Hoch, - Fall. - ²) Unterpegel. - ³) Eisstopfung. - ⁴) höher.
Die Remel ist seit gestern morgen bei Schmalenkingen, wo noch einzelne Schollen treiben, um 32, bei Tüß nur um 3 cm gefallen.

Briefkasten der Redaktion.

Offiz. P. R. 1. Beantworten Sie bei dem Vorfinden der Veranlagungsanweisung die Dauer eines Vierteljahres. 2. Die genannten Beiträge sind nicht abzugänglich. — **G. Z. 31. 12.** Kommen Sie mit dem Urteil in die Sprechstunde. — **R. Z. 30.** 1. Ja, das 4.80 M. täglich übersteigende Einkommen. 2. Erinnerung beim Gericht. 3. Der Antrag kann noch gestellt werden. 4, 5. und 6. Daraus haben Sie keinen Anspruch. 7. Der Ablehnungsantrag kann auch mündlich gestellt werden. Durch die etwa notwendig werdende Terminverlegung entstehen Kosten. **R. Z. 33.** 1. Falls Beweiführung möglich: ja. 2. Die erwiderten Sachen ja. — **G. G. 100.** 1. bis 3. Unseres Erachtens leider nein. — **R. Z. 20.** Die Heirat kann Ihnen nicht unterjagt werden. Sie bleiben aber der Mutter gegenüber unterstützungspflichtig. — **Watterstr. Nr. 7.** **W. Z. 10.** 1. und 2. Bureau für Auswanderer, Karlsbad 9/10, gibt sachgemäße Auskunft. 3. Ja. 4. Die Sozialist Federation of Australasia in Sidney M. S. W. 274, Pitt Street. 5. und 7. Näheres nicht bekannt. Fragen Sie unter der genannten Adresse an. — **S. 1. 30.**

läßt sich erst nach Einsicht in den Mietvertrag beantworten. — **Soldat. Rein. — R. Z. 110.** 1. In dreißig Jahren. 2. Nach jedem Zwangsauflösungsvertrag beginnt die Verjährungsfrist von neuem zu laufen. — **M. Z. G. 4416.** 1. und 2. Bureau für Auswanderer, Karlsbad 9/10, gibt sachgemäße Auskunft. 3. Ja. 4. Die Sozialist Federation of Australasia in Sidney M. S. W. 274, Pitt Street. 5. und 7. Näheres nicht bekannt. Fragen Sie unter der genannten Adresse an. — **S. 1. 30.**

läßt sich erst nach Einsicht in den Mietvertrag beantworten. — **Soldat. Rein. — R. Z. 110.** 1. In dreißig Jahren. 2. Nach jedem Zwangsauflösungsvertrag beginnt die Verjährungsfrist von neuem zu laufen. — **M. Z. G. 4416.** 1. und 2. Bureau für Auswanderer, Karlsbad 9/10, gibt sachgemäße Auskunft. 3. Ja. 4. Die Sozialist Federation of Australasia in Sidney M. S. W. 274, Pitt Street. 5. und 7. Näheres nicht bekannt. Fragen Sie unter der genannten Adresse an. — **S. 1. 30.**

Kavon-Geife

eine neuartige Haushaltseife
von
fabelhafter Waschkraft.

Es ist jeder Hausfrau aufs dringendste anzuzurufen, unbedingt einmal einen Versuch zu machen, und sie soll zu diesem Waschversuch empfindlichere oder **besonders verschmutzte** Sachen nehmen. **Man wird die Wäsche nicht wiedererkennen, so schön ist sie geworden.**

Ein Stück Kavon-Seife (Preis 20 Pfennig) genügt zu diesem Versuch vollständig. Mit einem Stück Kavon-Seife kann man einen ganzen Haufen Wäsche und andere Sachen waschen. **(Achtung!** Die Kavon-Seife gibt sofort Schaum. Starke Ausdrücken wie bei anderen Seifen ist unnötige Verschwendung! Bei richtiger Behandlung muß man mit **halb so viel** Seife wie sonst auskommen.)

Wer mit Kavon-Seife einmal gewaschen hat, nimmt keine andere Seife wieder.

201/3

Theater und Vergnügungen

Freitag, 15. März 1912
Anfang 7 1/2 Uhr.

Rgl. Opernhaus. Cavalleria rusticana. Fezzoli.
Rgl. Schauspielhaus. Freund Rich. Deutsches. Benchesien.
Alteins. Langmause.
Birkus Dusch. Gala-Vorstellung. Jirko Schumann. Gala-Vorstellung.
Birkus Carrasani. Gala-Vorstellung.
Soverland. Spezialitäten.
Anfang 8 Uhr.

Urania. Taubenstraße 48/49.
Der Großlockner, Gasteln und die Salzburger Alpen.
Schauspiel: Prof. Dr. Klose: Schutz der geologischen Naturdenkmäler. Kammerstücke. Der Riese. Fezzoli. Ein Volkslied.
Sonnabend 8 Uhr: Die fünf Frankfurter.
Neues Schauspielhaus. Familien-Klub.
Sonnabend 8 Uhr: Der liebe Augustin.
Residenz. Alles für die Firma.
Sonnabend 8 Uhr: Die Komische Oper. La Traviata. Langmause.
Karlshofener. Tiesland.
Sonnabend 8 Uhr: Wiener Blut.
Schauspielhaus. Die Damen des Regiments.
Berliner. Große Hofjungen.
Neues Operetten. Coa!
Sonnabend 8 Uhr: Ein idealer Gatte.
Die ...
Birkus Dusch. Schauspielhaus.
Sonnabend 8 Uhr: Die Komische Oper.
Schauspielhaus. Die Komische Oper.
Sonnabend 8 Uhr: Die Komische Oper.
Schauspielhaus. Die Komische Oper.
Sonnabend 8 Uhr: Die Komische Oper.
Schauspielhaus. Die Komische Oper.
Sonnabend 8 Uhr: Die Komische Oper.

Berliner Theater.
Abends 8 Uhr:
Große Hofjungen.
Theater in der Königgrätzer Straße
Abends 8 Uhr:
Die 5 Frankfurter.
Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Der liebe Augustin.
Sonnabend 8 1/2 Uhr zum erstenmal: Der Vogelhändler.
Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
Abends 8 Uhr:
Alles für die Firma.
Schauspiel in 3 Akten von R. Hennequin und G. Mühsel. Für die deutsche Bühne bearbeitet von Volker-Baerens. Morgen u. folg. Tage: Alles f. d. Firma. Sonntag 3 Uhr: Kumm. Dich um Amalie.
Belle-Alliance-Theater.
1/2 8 Uhr:
Die Ehre.
Sonnabend: Die Dollarprinzessin.
Schauspielhaus.
Freitag: Sommerput.
Sonnabend 4 Uhr: Robinson Crusoe. 8 Uhr: Der Verschwendler.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Die Grille. Abends: Die Rose von Japan.
Montag: Der Verschwendler.
Metropol-Theater.
Abends 8 Uhr: Rauchen gestattet.
Die Nacht von Berlin!
Große Baderevue in 7 Bildern von Jul. Freund. Musik von V. Holländer. In Szene gesetzt vom Dir. R. Schulz.
Apollon Theater.
Ab 8 Uhr.
Das gr. komische Programm
mit
Oskar und Suzette
moderne Tänzer
Los No. 33
u. s. w.

Arbeiter-Bildungsschule.
Sonntag, den 17. März 1912, abends 7 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engelauer 15:
Bunter Abend
Mitwirkende: Herr Hans Schmid-Kayser: Lieder zur Laute, 6/7
Frau Herta Schmid-Kayser: Rezitationen.
Nachdem: Gemütliches Beisammensein und Tanz.
Eintritt 40 Pf. Garderobe frei.

Zentral-Verband der Maschinisten und Heizer
sowie Berufsgenossen Deutschlands. — Verwaltungsstelle Berlin.
Die Verwaltungsstelle Berlin bezieht am Sonnabend, den 16. März, im großen Saale der Brauerei Friedrichshain die Feier des
35jährigen Stiftungsfestes
unter Mitwirkung des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“. Die Festrede wird vom Reichstagsabgeordneten **Dr. Georges Weill** gehalten.
Während der Kaffeepause: Vorträge der Gesellschaft Ghorardy. Um zahlreiches Erscheinen ersucht Die Ortsverwaltung.

„CLOU“
Berliner Konzert-Haus.
Mauerstr. 82 Zimmerstr. 90/91.
Großes Konzert!!!
Musik d. 1. Grde.-Ulan-Regts. Oberm. Loeser und
!!! Zillerthaler und Tegernseer Sänger, Plattler und Jodler!!!
Anfang 8 Uhr. Anfang 8 Uhr.
An allen Wochentagen nachm.:
Promenaden-Konzert bei freiem Eintritt.

Die Frau in Haus und Bern
Kunststallungen Zoologischer Garten, Berlin 1912
Deutsch. Lyceum-Club
Geöffnet 10-8 Uhr.
Eintritt M. 1.00

Großes Eisbeinessen
Eisbein, Sauerkohl und Erbsenpurree a Portion 50 Pf.
Freitag, 15. März **Hackepeter**, Gr. Frankfurter Straße 106.
Verstärktes Orchester!

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
8 Uhr:
Der Großlockner, Gasteln und die Salzburger Alpen.
Hörsaal Prof. Dr. Klose 8 Uhr: Schutz der geologischen Naturdenkmäler.
Trianon-Theater.
Täglich abends 8 Uhr:
Das kleine Café.

Zirkus Busch.
Freitag, den 15. März 1912: **Humor. Gala-Abend.**
7 1/2 Uhr: Beginn der Vorstellung „Die Hexe“. m. d. Volks-Manege-Schauspiel
9 Uhr ca. **Zirzensisches Programm.** 9 Uhr ca. 9 1/2 Uhr **Ringkampf.** 9 1/2 Uhr
Aus d. täglich. Möglichkeiten d. Ringerauslösung seien u. a. genannt:
Kornatz gegen Sturm
Weber gegen Markussen
Kornatz gegen Markussen
Weber gegen Sturm
Kornatz gegen Weber
Markussen gegen Sturm
Kein Kampf wird wiederholt! Näheres im Abend-Programm!

Zirkus A. Schumann
Freitag, 15. März, abends 8 Uhr:
Keine Zirkusvorstellung
sondern
Gastspiel d. Deutsch. Theaters
König Oedipus
von Sophokles
übertragen von Hugo v. Hoffmannsthal. Regie M. Reinhardt
Morgen Sonnabend 7 1/2 Uhr:
Grande Soirée Highlife
u. a.:
Die besten Radkünstler
5 Herren Aurora 5
Um 9 Uhr:
Das Motorpferd
in 5 Akten
Sonntags: 2 Vorstellungen
3 1/2 und 7 1/2 Uhr.

Passage-Theater.
Heute: **Premiere!**
Das
Geisterfenster.
Das weiße Geheimnis.
Melia d. schönsten Tänzerin Rußlands.
Schneider-Duncker
und das große März-Programm!

Casino-Theater
Lothring. Str. 37. Täglich 8 Uhr.
Novität!
Der neue Possenspieler
Die lustige Strohvitwe.
Hoffe von Witsch und Jacoby.
Sonnabend 8 1/2 Uhr: Die Tochter d. Sträflings.

Königstadt-Kasino.
Ede-Hofgarten u. Alexanderstraße
Täglich abends 8 Uhr.
Sonnabend 1/2 8 Uhr:
Theater und Varieté.
Tom L. — 10. März 8 Spezialitäten und „Kinder der Wüste“ Operetten-Burleske v. D. Richter.

Admiralspalast
Am Bahnhof Friedrichstraße
Allabendlich:
Tänze auf d. Eise.
Die kleine Charlotte.
Weltmeister
Bror Meyer.
Das prächtige Eisballett
Alpenzauber.
Nachmittags:
Kunstlauf-Produktionen.
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr abends halbe Kassapreise.

Schiller-Theater O. Scharnerburg.
Freitag, abends 8 Uhr:
Ein idealer Gatte.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Gräfin Len.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Der Probekandidat.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Ein idealer Gatte.
Schiller-Theater Charlottenburg.
Freitag, abends 8 Uhr:
Zum erstenmal:
Die Jüdin von Toledo.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Kyritz-Pyritz.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Don Carlos.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die Jüdin von Toledo.
Theater des Westens.
Abends 8 Uhr:
Wiener Blut.
Sonntag 3 1/2 Uhr: Ein Walzertraum
ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Abends 8 Uhr:
Napoleon Bonaparte u. seine Frauen.
Sonnabend 4 Uhr: Torurdschächer.
8 Uhr: Napoleon Bonaparte.

Herrnfeld Theater
Ein neuer
Sensationserfolg
Wie man Männer bessert.
2 Akte von Anton u. Donat Herrnfeld mit den Autoren in den Hauptrollen.
Hierzu die Novität:
Der Hausteufel.
Anfang 8 Uhr.
Sonnabend 11-2 (Ehe alterfasse)
Folies Caprice.
Gente: **Premiere.**
Der Polizeihund.
Schwanf von Glinger und Tauffig.
Das Broadway Girl.
Hoffe mit Gesang von Theo Gallon. Musik von Hugo Fischer.
Sein letzter Wille.
Schwanf von Glinger und Tauffig.

